

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., vierteljährlich 2 M., frei ins Haus, einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements 1,10 Mark pro Monat, eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die lechgebaltene Kolonnenzeile über deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 30 Pfg. (außer 2 getragene Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schloßstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 13 Buchstaben zählen für zwei Worte. Quotieren für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 29. Dezember 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Eine „Verteidigung“ der Getreidezölle.

II.

Der Hinweis auf die Konkurrenz der erstensden transoceanischen Landwirtschaft, der stärkste Trumpf der Agrarier, hinkt jedoch in noch einer anderen Hinsicht. Es ist bekannt, daß Amerika rasch zur Intensifizierung des Betriebes übergeht. Es verwendet beispielsweise schon sehr bedeutende Kapitalmengen, und weist auch eine enorme Preissteigerung des Bodens auf, im letzten Jahrzehnt um 117 Prozent. In selbst Rußland führt die intensive Kultur ein. Der Rigaer Roggenpreis steht heute fast auf der Höhe, auf der der Königsberger vor dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs stand. Die Furcht vor der ersten Wirtschaft ist also übertrieben.

Außerdem weist Diehl auf die erhöhten Produktionskosten, vor allem auf die gesteigerten Arbeitslöhne hin. Daß aber auch gleichzeitig die Arbeitsproduktivität gestiegen ist, vermag er. Kurzum, Diehl ist es ebenbürtig wie den anderen Agrariern gelungen, die Notwendigkeit der Agrarzölle im Interesse der Landwirtschaft zu beweisen, wenn man nicht etwa seine Verurteilung auf den „Genossen“ Schutz als Beweis betrachten will.

Noch schäme man sich mit den Anstrengungen Diehls, die Tatsache zu bestritten, daß Getreidepolitik Großgrundbesitzpolitik ist. Er verweist darauf, daß der Fläche nach die Klein- und Mittelbetriebe obenan stehen. Als ob nicht die Menschen, sondern der Boden an den Zöllen interessiert sei. . . . Aber abgesehen davon widerspricht diese Behauptung auch völlig den Tatsachen; da die mittleren Betriebe nur 32,7 Proz. der landwirtschaftlich benutzten Fläche einnehmen, die Großbetriebe dagegen 51,5 Proz. Die Großbetriebe haben also ein viel stärkeres Interesse an Getreidezöllen. Auf den Einwand, daß die Bauern als Viehzüchter selber Futter und Getreide kaufen müssen, antwortet Diehl nicht. Auch die durch die österreichische Enquete festgestellte Tatsache, daß hohe Getreidezölle den Ruin der Bauernschaft herbeiführen, verweigert Diehl. Damit tritt der Charakter dieser Arbeit als eine Tendenzschrift im Interesse der Agrarier grell hervor.

Auch die deutschen Verhältnisse zeigen, daß die Bauernwirtschaft sich bei niedrigen Getreidezöllen zu entwickeln vermag. Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sanken von 1882 bis 1895, begannen seit Anfang des 20. Jahrhunderts rasch in die Höhe zu gehen. Es wurde in Preußen gezahlt (in Mark pro Tonne):

	Weizen	Roggen	Gerste	Ofer
1880-1885	189,6	160,0	154,8	145,8
1890-1895	165,5	148,5	142,5	134,4
1900-1905	167,8	138,2	140,7	140,9
1907	201,0	199,0	170,0	179,0

Man könnte also wohl annehmen, daß die Bauernwirtschaft in den 80er und 90er Jahren zugrunde gegangen sei. Um so mehr, als die Herren Agrarier behaupten, daß die Erträge selbst bei den früheren hohen Getreidepreisen die Produktionskosten nicht deckten und die Landwirte daher mit Verlust arbeiteten. In der Wirklichkeit sehen wir aber, daß sich die Zahl der Bauernwirtschaften gerade in der Periode 1882 bis 1895 am stärksten vermehrt hat. So wurden gezählt

	1882	1895	1907
Betriebe mit 2-5 Hektar	981 407	1 016 318	1 000 277
5-20	926 805	998 804	1 065 538

Die Zahl der Betriebe stieg (oder verminderte sich)

	gegenüber 1882 absolut in %	gegenüber 1895 absolut in %
Betriebe mit 2-5 Hektar	+ 84 911 + 8	- 10 041 - 1
5-20	+ 73 199 + 8	+ 66 734 + 7

Die Kleinbäuerlichen Betriebe haben sich also in der zweiten Periode vermindert; die mittleren Betriebe haben in beiden Perioden zugenommen, aber in der ersten absolut und relativ stärker als in der zweiten. Daraus geht deutlich hervor, daß die steigenden Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Entwicklung der Bauernwirtschaften hemmten — daß also die Rentabilität der bäuerlichen Betriebe in umgekehrtem Verhältnis zu Getreide- und Futterpreisen steht. . .

Daß der Großbetrieb es ist, der aus den Agrarzöllen den größten Vorteil gezogen hat, haben auch die Untersuchungen Rothkegels bewiesen, wonach die Bodenpreissteigerung der großen Güter in Preußen viel bedeutender war, als der kleinen und mittleren. So war die Steigerung von 1901/03 bis 1907/08 größer als von 1895/97 in Prozenten:

in Betrieben	bis 2 Hektar	12 Proz.
von 2	5	11
5	20	13
20	100	23
über	100	86
durchschnittlich		18 Proz.

Wie kann man trotzdem behaupten, daß die Agrarpolitik nicht den Großgrundbesitzern zugute kam? Andererseits beweist die Preissteigerung des Bodens, daß alle Berechnungen über die Rentabilität der Landwirtschaft, wonach die Landwirte immer noch nicht auf ihre Produktionskosten kommen, Schwindel sind. Denn sonst wäre die Bodenpreissteigerung

eine unerklärliche Erscheinung. Da die Bodenpreise und die Grundrente infolge der Zölle sehr gestiegen sind, so kann die Landwirtschaft unmöglich unrentabel gewesen sein.

Die Schutzzöllner berufen sich ferner noch darauf, daß die Löhne stärker gestiegen sind als die Lebensmittelpreise und daß deshalb die Arbeiter darunter gar nicht leiden. Auch in dieser Hinsicht verwechselt Diehl zwei Perioden: die bis 1900, als die Lebensmittelpreise im allgemeinen sanken, wenn in Deutschland auch nicht so rasch wie in England — und die darauffolgenden Jahre mit stark ausgesprochener Preissteigerungstendenz. In dieser letzten Periode sind die Löhne weit hinter der Preissteigerung zurückgeblieben. So sind beispielsweise die Brotpreise und Fleischpreise in Berlin gestiegen:

	Brotpreise im Kleinhandel per 100 kg	Rindvieh im Großhandel per 100 kg	Schweine im Großhandel per 100 kg
1900	23,93	119	95
1904	23,50	181,5	98,0
1907	30,82	146,6	110,3
1910	27,65	145,0	128,0

Das Brot ist also um ungefähr 11 Proz., das Rindfleisch um 13 Proz. und das Schweinefleisch gar um 33 Proz. gestiegen. In anderen Gegenden des Reiches ist die Preissteigerung der Lebensmittel teilweise noch größer gewesen. So waren die Preise der Krupp'schen Konsumanstalt in Essen (im Vergleich zu den Preisen von 1871 beziehungsweise 1875, die als 100 gesetzt werden):

	Schwarzbrot	Kartoffel	Rohfleisch	Rindfleisch	Speck
1900	83	69	121	111	102
1910	107	90	162	131	134

Das Schwarzbrot ist also hier um 30 Prozent, Kartoffeln ebenfalls um 30 Prozent, Rohfleisch um 34 Prozent, Rindfleisch um 18 Prozent und Speck um 30 Prozent gestiegen.

Man kann also eine Preissteigerung von 15 bis 30 Prozent annehmen. Und wie haben sich die Löhne entwickelt? Darauf geben die Durchschnittslöhne im Bergbau eine wenn auch nicht genaue, so doch annähernde Antwort. Der Jahreslohn eines Arbeiters im preussischen Steinkohlenbergbau war:

	Ober-Schlesien	Dortmund	Saarbrücken
1900	983	1592	1193
1904	932	1415	1230
1910	964	1382	1122

Die Löhne sind also durchweg gesunken gegenüber 1900 und auch 1904. Der neue Zolltarif hat also keineswegs eine allgemeine Erhöhung der Löhne mit sich gebracht.

Das ist das wahre Resultat der glorreichen „nationalen“ Wirtschaftspolitik. Gewiß ein Resultat, um dessen willen Herr Prof. Diehl in die Arena treten muß.

Agrarische Wühlügen.

IV.

Bei der gekennzeichneten grandiosen Auslegung der Verfassung durch das „Nützzeug“ kann es nicht wundernehmen, daß die vertriebenen Rechte als Verstoß bezeichnet werden. So soll die Wahl von Sozialdemokraten zu Vizepräsidenten in Landtagen „eigentlich“ eine Verfassungsverletzung bedeuten. Durch das „eigentlich“ verrät das „Nützzeug“, daß ihm diese Kunstlei selbst nicht recht geheimer erscheint. Um so freier und wilder zeigt es aber in der Frage des Wahlrechts von Beamten seine Unkenntnis der Verfassung, seinen Haß gegen Parlament und Wahlrecht. Der alte Ladenaüter wird wiederholt herausgestellt: Unterstützung einer Partei „auf antimonarchischem Boden“ durch Beamte verstoße gegen Dienstleid bzw. Fahneneid.

Jede Verfolgung eines Beamten wegen Ausübung seines Wahlrechts verstößt vielmehr gegen die verfassungsmäßigen staatsbürgerlichen Rechte, die dem Wähler nach auch dem Beamten gewährleistet sind. Bei dem geheimen Wahlrecht ist die Sachlage so klar, daß sie eigentlich gar keiner Erörterung bedürfte. Der geheime Wähler soll ja gerade gegen jeglichen ungeschmacklichen Nachteil in der Ausübung des Wahlrechts geschützt werden. Wenn aber die Tat selbst gescheit ist, muß doch die Vorbereitung und Aufforderung dazu ebenso ungehindert sein.

Nicht nur den schon stark eingeschränkter Genus des Wahlrechts wollen die rechtsstehenden Parteien den Beamten beschneiden, sie haben auch sonst noch allerlei Wünsche für sie. Das „Nützzeug“ rühmt zunächst die angebliche Fürsorge dieser Parteien für die Beamten. „erwartet“ aber dafür, daß die Beamten „auf die schaffenden Stände die gebotene Rücksicht nehmen“. Die schlecht bezahlten Beamten sollen also gegen ihre Ausbeuter, die agrarischen Lebensmittelhändler und die schwerindustriellen Schlotjunken, nicht Opposition machen! Diesen frommen, aber hoffentlich immer weniger erfüllten Wunsch hält das „Nützzeug“ in die groteske Phrase, daß „jeder Beamte sich dessen bewußt bleiben oder werden müßte, daß er mit jedem Einkauf eine soziale Verantwortung übernimmt“. Von einer sozialen Verantwortung der Produzenten beim Verkauf steht aber nichts geschrieben. Und wie ein Hohn klingt es weiter: „Er darf der wichtigen Arbeit den angemessenen Preis nicht vorenthalten.“ Als ob die Großagrarien und Aktienbesitzer selbst die „wichtige Arbeit“ leisteten, als ob nicht in den Preisen Extraprofite durch eine wucherische Steuer- und Zollpolitik stecken und als ob schließlich die wirkliche Arbeit der Beamten nicht einen weit angemesseneren Preis verdiente, als er jetzt gezahlt wird!

Zu dem Hohn fügt das „Nützzeug“ dann noch den Schrei gegen die Konsumvereine, die in etwas den Beamten helfen und sie gegen die „schaffenden“ Kapitalisten schützen könnten.

Was hat's genützt?

Ganz gleich, ob mit Honig oder mit dem Knüttel — ruhig muß das Proletariat im kapitalistischen Staate gemacht werden.

Schon 1869 brachte mit der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund — sie wurde auf das Deutsche Reich übernommen — und ihrem § 152 auch den berichtigten geordneten Paragraphen 153. Er ist bis zum heutigen Tage

nur gegen die Arbeiter

angewendet worden, trotzdem er klar und deutlich jeden Arbeitszwang und jede Arbeitshinderung als strafbar erklärt.

In den lebhaften siebziger Jahren stürmten die Unternehmer den Reichstag mit Petitionen; unter der Parole: Gegen die Gewerbeordnung! zogen sie vom Leder. Die folgende Regierung brachte 1873 und dann 1874 eine Revisionsvorlage der Gewerbeordnung ein, die sich um die „Verbesserung“ des § 153 drehte. Es handelte sich um eine Vervollständigung des Verzeichnisses strafbarer Handlungen Streifenber und die Hinausschiebung der Straflosigkeit bis zu einem halben Jahre Gefängnis gegen die drei Monate des alten Gesetzes.

Schon die Kommission lehnte den Entwurf ab, er verschwand im Delfus.

Dafür kam Polizei und Justiz!

Der aufstrebenden Arbeiterbewegung wurde durch den Verwaltungsapparat das Leben gründlich schwer gemacht. Trotzdem ging es vorwärts. Dann kam in Form der Strafgesetznovelle von 1875/76 ein vollständiges Wein, über welches die Arbeiterbewegung stolpern und das Genid brechen sollte. Der Reichstag lehnte ab! Bismarck löschte!

Hödel schob am 11. Mai 1878, am 20. Mai hatte der eiserne Kanzler sein Gesetz zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen fertig, es brachte ihm von nationalliberaler Seite nur drei Professoren als Gefolge: Beseler, Gneist und Treitschke.

Am 2. Juni schob Robiling, Bismarck löste den Reichstag auf, legte die nationalliberalen Wähler gegen ihre Abgeordneten, sie wurden „an die Wand gequert“, trotzdem die „Nationalzeitung“ noch rasch vor der Reichstagsauflösung die Zustimmung der Fraktion zu einem Ausnahmegesetz gegeben hatte! Am 19. Oktober 1878 nahm der neue Reichstag das Sozialistengesetz an.

Wir fragen: Was hat's genützt? Unser Genosse Braude tat den Schuß ins Schwarze, als er im Reichstage erklärte: „Wir pfeifen auf das Gesetz!“ Der Präsident ließ der Journalistentribüne extra sagen: Braude hätte wirklich nur auf das Gesetz — gepfeifen.

Im Jahre 1886 kam Puttkamer mit den berichtigten Streikerlassen und 1890 erschien Verlepsch mit seiner Gewerbeordnungsnovelle. Die Peitsche hatte nichts geholfen, jetzt mußte der Honig der sozialen Volksschaft nützlich werden.

Der § 153

sollte Strafverschärfung bis zu einem Jahre Gefängnis erhalten! Die plötzliche Arbeitseinstellung sollte durch den Fußparagrafen dem Unternehmer Selbstschädigung aus den Kassen der Gewerkschaften gewähren! Die Regierung mußte aber unzufrieden abziehen, sie hinterließ die Mitteilung: wir kommen wieder!

Und richtig, im Dezember 1884 ging dem Reichstage die Umsturzvorlage zu. Strafgesetzbuch, Militärstrafgesetzbuch und das Gesetz über die Presse sollten ein solider Strich werden, mit dem die Arbeiterbewegung endlich und ganz sicher umzubringen sei.

Die Hochkonservativen hatten sich gerade über die vernünftige Handelsvertragspolitik Caprivis geärgert, sie machten auf Wilhelm II. Vitten die Umsturzvorlage mit den Nationalliberalen, die sich auf ihrem Frankfurter Delegiertentag als Kerntruppen zur Revolutionsbekämpfung empfohlen hatten, herzlich gern; verfiel auch dabei Capriwi.

Aus dem Kampf gegen den Umsturz der Arbeiter wurde eine Umsturzbestämpfung der Wissenschaft und der Schule durch Konservative und Zentrum! Dreieinhalb Monate Kommissionsberatung nützten nichts, am 8. Mai 1895 fiel der ganze Entwurf.

Die anderen Mächte der deutschen Politik fingen nun an, umso lauter zu reden:

„Rücksichtslose Wiederherstellung des Umsturzes und schwerste Strafe dem, der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern“

„Kang es aus Bielefeld, und von Bad Dyrhousen kam die Ankündigung der Zuchthausstrafe.“

Das Gesetz zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses (Zuchthausgesetz) wurde 1898/99 beraten. Es hob — nach dem Entwurfe — den § 153 der Gewerbeordnung ganz

auf, und schaffte für die darin festgelegten Defizite und noch einige mehr die Möglichkeit, sie mit

Zuchthaus bis zu fünf Jahren

zu ahnden!

Das ganze Zentrum kämpfte gegen das Gesetz weil es in eifrigster Arbeit begriffen war, die eigenen Arbeiterschaften in den christlichen Gewerkschaften zu fangen. Sein Dr. Lieber sagte:

„Wenn man die Koalitionsfreiheit schützen will, so muß zunächst die Koalitionsfreiheit wirklich da sein.“

Das Gesetz fiel im November 1899.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine stellte sich als neuer Versuch dar, der aufstrebenden Gewerkschaftsbewegung den Hals zuzuschneiden. Er mußte fehlschlagen, die Arbeiterschaft Deutschlands ist schon zu mächtig.

Und jetzt ist's wieder einmal die Strafgesetzbuchreform, die bemutet werden soll, dem kämpfenden Proletariat sein Recht zu nehmen. Dazu kommen noch die Hilferufe der Großindustrie um ein Zuchthausgesetz. Gerade dies Gesetz ist die ständige Mahnung an die Arbeiter, auf der Hut zu sein!

Deutschland ist heute nicht weniger reaktionär, als vor vier Jahrzehnten!

Nur ein starkes Proletariat ist mächtig genug, die Rechte der Arbeiter zu schützen!

Darum muß jeder Arbeiter am 12. Januar sozialdemokratisch wählen!

Zur Reichstagswahl.

Fosadowsky oder Severing?

Im „Berliner Tageblatt“ schreibt der bisherige fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Heinz Potthoff über die Frage „Fosadowsky oder Severing?“ Er fährt aus, daß die Auffassung einer fortschrittlichen Kandidatur in Viesefeld nur dann einen Zweck haben könne, wenn in der Stichwahl von der Fortschrittspartei die Parole „Gegen rechts!“ ausgegeben werden soll. Dann legt Dr. Potthoff dar, daß das Argument, Fosadowsky gehöre als „großer Mann“ in den Reichstag, deshalb wirkungslos sei, weil zunächst das deutsche Verfassungsleben demokratisiert und die Macht des Reichsparlamentes vergrößert werden müsse, ehe die großen Männer im Parlament irgend eine Rolle spielen könnten. In der Sozialpolitik wolle Fosadowsky eigentlich nicht mehr als die christlichsozialen Stöcker'schen Richtung, und für all das, wofür Fosadowsky in der Sozialpolitik eintritt, gebe es jetzt schon Parteien oder sogar Mehrheiten im Reichstage. Die Hemmung der sozialpolitischen Gesetzgebung kommt aber vom Bundesrat. Und da Fosadowsky als christlicher Monarchist und konservativ gerichteter Mann sicherlich nicht geneigt sein würde, gegen den Bundesrat parlamentarische Machtmittel (Ablehnung des Beschlusses des Reichskanzlers, Staatsverweigerung) anzuwenden, so sei für die Machtvergrößerung des Reichstags jeder Sozialdemokrat wichtiger und besser als Graf Fosadowsky.

Wahlblüten aus Hinterpomern.

Die Landräte, Amtsvorsteher und nachgeordneten Organe sind eifrig an der Arbeit, ihre konservativen Parteiblondeheiten zu erfüllen. Einige Beispiele mögen zeigen, wie diese Wahlmacher arbeiten.

Nach Kölsin, Kreis Neustettin, kommt zum dortigen Gemeindevorsteher ein Beauftragter der Nationalliberalen, um Abschrift von der Wählerliste zu nehmen. Der Dorpschä — Wolf heißt er — zeigt dem Mann einen meterlangen Knäuel, an welchem ein Zettel mit der deutlichen Aufschrift befestigt war: „Wer ohne Legitimation die Wählerliste einsehen will, hier ist sie.“ Ein anderer Gemeindevorsteher verweigert die Einsichtnahme in die Listen kurzweg mit der Begründung, er und seine Leute wählen nur konservativ, und ein anderer wieder hat keine Zeit, er muß — seiner Schwester beim Umzug helfen. — Bezeichnend für die Fähigkeit dieser landrätlichen Wahlkerngruppen ist nachstehendes Aktenstück:

„Die Reichstagswahl findet am 12ten Dezember statt die Listen liegen vom 21 Dezember d. Js. zu jedermanns Einsicht in Meiner Wohnhaus. Es wird hierdurch bekannt gemacht das die Wählerliste offen liegt. Wer die Liste für unrichtig kann innerhalb 8 Tag vom 14ten Dezember d. Js. bei Mir schriftlich anzeigen zu Protokoll geben.“

Glakensheide den 11ten Dezember 1911.

Pöple, Gemeindevorsteher.“

Konservativer Wahlknäuel.

In Oshel-Hermendorf, zum Wahlkreis Grünberg-Fraustadt gehörend, hatten Konservative und der Bund der Landwirte zu einer königstreuen Wählerversammlung eingeladen. Um die Versammlung zugkräftiger zu gestalten und vielleicht auch in der bestimmten Absicht, die richtige Stimmung für den konservativen Redner zu machen, wurden vor Beginn sämtliche Tische mit mehreren gefüllten Schnapsflaschen dekoriert. Trotz alledem waren nur 20 königstreue Wähler erschienen. Der Referent hatte also das Vergnügen, zwar vor gefüllten Schnapsflaschen, aber vor leeren Stühlen zu sprechen.

Dieser Vorgang ist in konservativen Versammlungen durchaus nicht ungewöhnlich. An Bedeutung gewinnt er nur dadurch, daß der konservative Kandidat, Kommerzienrat Weuheit-Grünberg, in dessen Interesse zweifellos die ganze Batterie von Fuletsflaschen aufgestellt wurde, Ausschußmitglied der Wanderausstellung gegen den Alkoholismus ist. Auf den Dörfern läßt man die konservativen Wähler mit dem Junkerfusel, in den Städten ist man gegen den Alkoholmißbrauch.

Die Kriegsinvaliden und die Kriegervereinler.

Zu den Petitionen, die am regelmäßigsten beim Reichstage eingehen, gehören die der Militärinvaliden. So war es z. B. auch im Jahre 1895. Zehntausende von Invaliden haben unter Hinweis auf ihre traurige Lage um Erhöhung ihrer Pensionen. Doch was antwortete die Regierung? In der Petitionskommission erklärte der Geheime Oberregierungsrat Blath, daß an eine allgemeine Erhöhung der Pensionen nicht gedacht werden könne. Durch das Gesetz vom Mai 1893 seien den Invaliden Zugeständnisse in weitem Maße gemacht worden. Zu weiteren Zulagen fehle das Geld. Und was war im Jahre 1893 für die Aufbesserung der Pensionen getan? Die Kriegszulage war von monatlich 6 auf 9 Mark, also pro Tag um knapp 10 Pfennig erhöht worden!

Aber neben den eigentlichen Invaliden waren Tausende von ehemaligen Soldaten vorhanden, die zwar unversehrt aus den Feldzügen zurückgekehrt, aber infolge der erlittenen Strapazen vorzeitig siech und erwerbsunfähig geworden waren. Diese Armen hatten seit Jahren um Gewährung eines Ehrensoldes gebeten. Es mögen von Teilnehmern am Kriege 1870/71 heute noch etwa 600 000 bis 700 000 Mann leben. Im Jahre 1895 konnte über diese Bitten nicht gut mehr hinweggegangen werden und die Regierung beantragte daher, den völlig erwerbsunfähig gewordenen Teilnehmern an Feldzügen einen Ehrensold von jährlich 120 M. zu gewähren.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten beantragten dagegen, den Sold auf 360 M. zu erhöhen, mit der Begründung, daß für einen völlig erwerbsunfähigen Menschen 1 M. pro Tag das mindeste sei, was er zum Leben haben müsse.

Nach hitzigen Debatten wurden die sozialdemokratischen Anträge von allen übrigen Parteien des Reichstages niedergestimmt und die Vorschläge der Regierung angenommen. Gegen den maßvollen Vorschlag der Sozialdemokraten wurde unter anderem angeführt: vom Staatssekretär Graf v. Posadowsky:

„Hier in Berlin mag man mit 120 M. nicht leben können, wenn man vollkommen arbeitsunfähig ist. Wenn Sie sich aber an die Verhältnisse der kleinen Städte und des platten Landes erinnern wollen, so kann man dort mit unheimlich niedrigen Beiträgen auskommen. Die Empfänger der Altersversicherungssumme müssen ja auch davon leben. Es sind Verwandte, bei denen sie sich in Pension geben, verheiratete Kinder usw. Man kann in kleinen Städten aber auch anderwärts sehr billig unterkommen, so daß ich doch glaube, daß ebenso wie die Empfänger von Alters- und Invalidenrenten davon leben müssen, sich auch eine Möglichkeit für die vollkommen arbeitsunfähigen Kriegsteilnehmer bieten wird, für ihre Beihilfe bei Verwandten unterzukommen oder doch wenigstens auf dem Lande ein, wenn auch sehr bescheidenes, sehr dürftiges, doch von der öffentlichen Wohltätigkeit unabhängiges Leben zu führen.“ (Sitzung des Reichstages vom 15. Mai 1895. S. 2364.)

Durch die Belastung infolge der Höhe, Grenzverrenten und der famosen „nationalen Finanzreform“ allein wird der Haushalt einer Familie, die aus fünf Köpfen besteht, jährlich mit mindestens 150 M. belastet. Aber mit 120 M. sollen vollkommen erwerbsunfähige Vaterlandsverteidiger auskommen können! Die Witwen sollen ja gar vom 1. Januar 1912 ab mit noch nicht 20 Pfennig pro Tag auskommen.

Namens des Zentrums wollte Abg. Bachem einen Rechtsanspruch auf hinreichende Unterstützung für die, die am Kriege teilgenommen haben, nicht anerkennen.

Der konservative Abgeordnete v. Leipziger wendete sich gegen die Erhöhung von 120 auf 360 M. und führte dabei aus (Stenographischer Bericht Seite 2268):

„Der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamt hat sehr überzeugend ausgeführt, daß Herr Kollege Singer die Verhältnisse der Stadt vor Augen hat. Wie steht's denn bei der Alters- und Invaliditätsversicherung? Glauben Sie mir, daß die Leute, die auf dem Lande eine Rente von 100, 120 M. haben, von den meisten Leuten gern ins Haus genommen werden. Ein alter Mann, der dies bare Einkommen hat, ist sich noch mit am Tische des Wirtes satt, und wir haben das bare Geld jeden Monat in der Tasche, sagt der kleine Mann, und ist damit sehr zufrieden.“

Die Konservativen, das Zentrum und die Regierung sehten freilich das Einkommen des Reichskanzlers auf 100 000 Mark fest. Wäre der Konservative mit einem eigenen Einkommen von nur 120 M. jährlich sehr zufrieden? Der damalige Landwirtschaftsminister hielt sein Einkommen von circa 50 000 M. für so unzureichend, daß seine Frau bei der Firma Toppel'sch noch ein paar mal hunderttausend Mark jährlich hinzuverdienen mußte!

Im Jahre 1908 wurde abermals der Antrag der Sozialdemokratie abgelehnt, den Ehrensold auf 360 M. zu erhöhen. Abgelehnt wurde auch der Antrag, den Sold allen Veteranen zukommen zu lassen, die weniger als 900 M. Jahreseinkommen haben. Es ist kein Geld da, hieß es, die „nationalen“ Schnapsbrenner könnten ihre Liebesgabe von 45 Millionen Mark jährlich nicht entbehren, die ist notwendig, um die Schulden ihrer Herren Leutnants- und Studenten-Söhne zu bezahlen. Wartet, bis noch mehr Veteranen sterben, weiß dann nichts kostet, bewilligen wir alles. Das war der Restrain der „nationalen“ Talmipatrioten. Schließlich wurde einstimmig beschlossen, wenigstens den Veteranen, die unter 600 M. Einkommen haben, jährlich 120 M. zu bewilligen.

Durch die Steuerfinanzreform ist natürlich auch diese Rente beschnitten und soll im künftigen Reichstag durch neue Steuern, für die die bürgerlichen Parteien bereit sind, noch mehr geschmälert werden.

Man ersticht auch aus dieser Erinnerung, wie tief die sich „staatsverhaltend“ nennenden Parteien die wirklich Darbenden, die wirklich Erwerbstätigen mißachten. Den Kriegervereiner, die für solchen Ordnungsbrei ihre Stimme abgeben, wird freilich das Verbalten der Junker und Junkergenossen im Parlament sorgfältig verschleiert.

Wer sein Wohl und das Wohl seiner Familie im Auge hat, wer für sein Vaterland wahrhaft national eintreten will, darf nicht für den Hurrapatriotismus, sondern muß für die Sozialdemokratie stimmen!

Ein Kriegervereinsmitglied ist kein Bürger zweiter Klasse. Zu Bürgern zweiter Klasse werden aber die Mitglieder der Kriegervereine, wenn sie sich durch patriotischen Phrasenschwall und große — Versprechungen verleiten lassen, ihre eigenen Interessen, die ihrer Familie und der Gesamtheit der Staatsbürger, also die wahren Interessen des Vaterlandes, durch Bekämpfung der sozialdemokratischen Bestrebungen zu verraten. Das Heer wollen die bürgerlichen Parteien zu einem Machtmittel zur Unterdrückung der Rechte des Volkes gestalten. Daher die sorgsame Scheidung zwischen den aus der herrschenden Klasse entnommenen Vorgesetzten und den „Untergebenen“. Ein Volksherr, in dem jede Stellung dem dazu Befähigten ohne Rücksicht auf seinen und der Seinen Geldsack oder Herkunft zugänglich ist, würde unter unendlich geringeren Opfern des einzelnen schlagfertig gegen alle Feinde des Vaterlandes, des Volkes sein. Ein Volksherr kämpft unbefieglich für die Interessen des Volkes, der Gesamtheit, des Vaterlandes. Ein Heer, das in seiner Masse aus Soldnern oder aus Untergebenen besteht, die auch im Interesse der bestehenden Klasse gegebenen Befehlen ihrer Vorgesetzten zu gehorchen haben, kann diesen Interessen nicht dienen, muß Mißhandlungen der Untergebenen, Unterdrückung des Menschlichen im Menschen zur Folge haben!

Es ist verständlich und erklärlich, wenn ehemalige Soldaten ihre Erinnerungen an ihre frühere Dienstzeit unter-

einander in gefälligem Beisammensein austauschen wollen. Ein anderes Gesicht bekommt die Sache, wenn von Offizieren außer oder in Diensten versucht wird, unter dem Deckmantel des Kriegervereins politische Zwecke zu verfolgen, insbesondere den die Kriegervereinskameraden von der Verfolgung ihrer wahren Interessen durch Klimbim und Hinterlistigen und Dressur gegen freiheitliche Regungen den Interessen der bestehenden Klasse dienlich zu machen!

Leider haben sich bei den Stottentottenwahlen 1907 auch viele Kriegervereiner durch die hurrapatriotische Phrase und die Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie dazu verleiten lassen, gerade gegen diejenige Partei zu stimmen, die, wie wir oben nachwies, im Ernstfalle einzig von allen Parteien für die Kriegsinvaliden eingetreten ist!

Sie hat die Sozialdemokratie wahrhaft positive Arbeit leisten wollen, die bürgerlichen Parteien, Junker, Antisemiten, Zentrum und Freisinn haben jedoch diese positive Arbeit der Sozialdemokratie vereitelt!

Darum, Ihr Kriegsinvaliden und ehemalige Soldaten, wählt am 12. Januar so, wie es Euch die Vernunft, Euer und des Vaterlandes Interesse gebietet. Wer sich durch dies leiten läßt, muß sozialdemokratisch wählen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Dezember 1911.

Ueber die neuen preussischen Steuergesetze

weiß die halboffizielle Korrespondenz Both zu berichten:

Die neuen preussischen Steuergesetze sind vom preussischen Staatsministerium angenommen worden, die Entwürfe werden dem Abgeordnetenhaus gleichzeitig mit dem Etat am 15. Januar vorgelegt werden. Diese Entwürfe werden die provisorische Steuergesetzgebung von 1909, die bekanntlich anlässlich der neuen Beamtenbesoldungsgesetze für die Staatseinkommensteuer Zuschläge vorsah, zu einer definitiven machen, indem die Steuerzuschläge in die neuen Staffelsätze der Vorlage eingearbeitet sind und fortan auch für die Kommunalsteuern zur Erhebung gelangen. Die neuen Sätze der Vorlage sind so gestaffelt, daß die Härten, die die Novelle von 1909 oft ergab, vermieden werden. Im allgemeinen werden die neuen Gesetze eine Erhöhung der Steuer nicht bringen, sondern mehr ausgleichend wirken (?). Dagegen enthalten die Gesetze neue Bestimmungen über den Deklarationszwang bei der Einkommensteuer und dehnen diesen Zwang auch auf die Ergänzungsteuer aus. Die Strafbestimmungen für Steuerhinterziehungen werden verschärft werden, eventuell kann bei diesen im Unvermögensfalle Haftstrafe eintreten.

Nach der Novelle von 1909 sollte die endgültige Neuordnung der Steuergesetze spätestens bis zum 26. Mai 1912 erfolgen. Es ist jedoch fraglich, ob dieser Termin eingehalten werden kann, da bei der Kürze der Zeit die Erledigung des Etats im Landtage vor Ostern sehr in Frage gestellt ist. Man nimmt deshalb an, daß der Landtag sich damit einverstanden erklären wird, daß die alte Steuerordnung bis zum 1. April 1913 in Kraft bleibt und die neuen Steuergesetze erst mit diesem Termin in Kraft treten. Ein anderer Modus ist auch nicht möglich, weil die Einschätzung für das Steuerjahr 1912 bereits vor dem 1. April 1912 erfolgen muß und innerhalb dieses Steuerjahres Abänderungen der Steuereinschätzung nicht statthaft sind. Dazu kommt, daß die Verabschiedung der Steuergesetze im Landtage erst kurz vor der Vertagung der Session zu erwarten ist und die Bearbeitung neuer Ausführungsbestimmungen ebenfalls noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Der Etat für 1912 rechnet mit der Neuordnung der Steuergesetzgebung noch nicht.

Der innere Kampf im Zentrumslager.

Wir veröffentlichten vor kurzem einen Brief des Generalsekretärs der christlichen Gewerkschaften, des Herrn Stegerwald, an Herrn v. Bachem, in welchem er über seine Konferenz mit dem Bischof Korum von Trier wegen der Politik der christlichen Gewerkschaften berichtet und den Bischof Korum als einen weltfremden doktrinären Fanatiker charakterisiert. Der Zentrumspresse ist die Veröffentlichung dieses schönen Briefes des Oberleiters der christlichen Gewerkschaften sehr unangenehm; teils hat sie ihren Lesern dieses Schreiben ganz verheimlicht, teils ist sie mit einigen allgemeinen Verlegenheitsphrasen darüber hinweggehuscht. Die kleinen Kirchen- und katholischen Vereinsblätter, die in den Händen des „doktrinären“ Klerus sind, verspüren jedoch wenig Neigung, die Angriffe Stegerwalds vertuschen zu lassen. So brachten dieser Tage die am Sitze des Bischofs Korum erscheinenden, neugegründeten „Petrusblätter“ in ihrer Nr. 12 den Brief und die nachträgliche Verteidigung des Schreibers unter der Ueberschrift „Traurige Enthüllungen“ zum Abdruck und sagten dazu:

Unnötig viele Worte zu verlieren über diese anmaßende Sprache, die sich ein katholischer Arbeitersekretär gegenüber einem hochverdienten Mitglied des deutschen Episcopats leistet! Diese Sprache ist pietätlos, ja, unerhörte. Daß dieses Urteil nicht ungerichtet ist, quitiert die Stegerwald'sche Erklärung vom 6. Dezember d. J. Wir und mit uns noch recht viele — hätten erwartet, daß ein katholischer Mann, der überdies durch seine Stellung zur Führung großer katholischer Arbeitermassen berufen ist, ein Wort der Entschuldigung für seine schriftstellerische Leistung gefunden hätte. Doch nein! das entspricht nicht der Mentalität dieses christlichen Gewerkschaftssekretärs. So sind also wohl jene bedauerlichen Sendungen lediglich der Niederschlag seiner momentanen Verärgerung, in der der kalt rechnende Verstand von der lebenden Leidenschaft überwältigt wird? Mit nichten —, wer von dem Original eines umfangreichen Schriftstücks noch eine ganze Anzahl Kopien anfertigt, hat doch wahrlich Zeit und Muße, zu überlegen und seiner Herr zu werden.

Doch der Brief war ja nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, und in solch streng vertraulichen Zusammenhängen legt man nicht jedes Wort auf die Goldwaage. Aber wo fängt denn für Herrn Stegerwald die Öffentlichkeit an? Ein Brief, der abschriftlich an eine Reihe von Vertrauensgenossen versendet und von diesen erfahrungsgemäß doch auch verwertet wird, ist in der Öffentlichkeit. Die Goldwaage hätte also dem Schreiber ganz entschieden gute Dienste geleistet, im Interesse der Ehre seines Nächsten und nicht zuletzt auch im eigenen Interesse; übrigens wäre, falls „Form und Ausdruck“ dieses Briefes typisch sind für Stegerwald'sche Schreibart, statt der Goldwaage eine Dezimalwaage ein dringendes Bedürfnis seiner Schreibstube.

So bleibt es denn trotz aller Erklärungen der Stegerwald'schen „Erklärung“ bei der harten, unabwendbaren, kandalösen Tatsache: Herr Stegerwald, der einen weit über die Grenzen seiner Diözese hochberechneten deutschen Kirchenfürsten als einen

„erbosten“, „wütenden“, „welfischen“ den doktrinären Fanatiker brandmarkt, den man am besten vorläufig „Inso liegen lassen“ müßte, findet kein Wort des Bedauerns über seine unqualifizierbare Handlungsweise. Ebenjowenig hört man ein Wort des Bedauerns von unserer führenden katholischen Presse! Die bevorstehenden Wahlen gebieten Zurückhaltung! Wir befürchten sehr, daß für solche Bedenken unser katholisches Volk kein Verständnis hat. Es wird in seiner Zentrumstreue sicherlich nicht gestärkt werden, wenn unter seinen Augen die katholische Presse aus politischen Gründen einem Bischof gegenüber die Divise „Für Wahrheit und Recht“ ertönt.

Im übrigen sehen wir in der Handlungsweise des Herrn Stegerwald nur einen Ausfluß des „schlauern, opportunistischen“ reinwirtschaftlich-interkonfessionellen Systems, dessen Urheber die eigentliche Verantwortung tragen.

Durch diese Angriffe sieht sich endlich auch das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften genötigt, zu dem Brief Stegerwalds Stellung zu nehmen. Der Brief wie die nachträgliche Erklärung Stegerwalds werden vollständig abgedruckt und dazu bemerkt:

„Die „Frankfurter Zeitung“ will in dem Brief einen Beitrag zu der Frage sehen, daß die „Interkonfessionalität der christlichen Gewerkschaftsbewegung“ nur in der Theorie vorhanden sei, und die sozialdemokratische Presse plappert es ihr gedankenlos nach. In Wirklichkeit geht aus dem Brief lediglich die eine Tatsache hervor, daß die katholischen Führer der christlichen Gewerkschaften mit allem Nachdruck an der Beilegung der Widerstände arbeiten, die gegen die Grundlage der christlichen Gewerkschaftsbewegung im katholischen Lager von der organisatorisch bankrotten Fachabteilungseinstellung immer wieder hervorgerufen werden.

Daß „Siz Berlin“ diesen Brief wieder für seine Sache auszunutzen versucht, ist eine Selbstverständlichkeit. Weil man nun inhaltlich nicht viel damit ausfangen weiß — der Kommentar der „Kreier Petrusblätter“ enthält eine Anzahl Unwahrheiten und großkloyiger Uebertreibungen, gegen die wir mit rechtgefälligen Berichtigungen vorgehen würden, wenn dem Blättchen eine Bedeutung beizumessen wäre — kopiert man sich auf die Form des Briefes. Darüber ist in der Stegerwaldschen Erklärung das Erforderliche gesagt. „Siz Berlin“ misstami seinen literarisch tätigen Hintermännern können wir indes nichts als wahre und aufrichtige Hüter der kirchlichen Autorität anerkennen: „Iud die kirchliche Autorität absolut, wenn sie uns den Willen tut.“ Das ist das praktische Programm der Leute um den Pariser Univeris, und daß „Siz Berlin“ nicht weit von diesem Grundgedanken entfernt ist, beweist neben vielem anderen — geradezu grabierende Einzelheiten weiß man in Reg zu erzählen — dessen neuester Streich mit dem Herrn Bischof von Dresden und der Zeitung des Caritasverbandes.

Man sieht, das Organ der christlichen Gewerkschaften gestattet sich eine recht hochfahrende Sprache. Es weiß, daß man ihm jetzt in der Wahlbewegung nicht an den Stragen gehen wird. Aber hinter dem „Siz Berlin“ steht fast der gesamte deutsche Episkopat, und nach den Wahlen wird man Herrn Stegerwald und seinen schriftstellernden Anhängern den Größenwahnsinn abgewöhnen.

Industrielle Konzentration!

Konservative und Mittelständler betreiben den Stimmensfang wieder mit dem alten Schwindel, die Sozialdemokratie wolle den Mittelstand, den Kleinemwerbetreibenden vernichten. Dummheit und Bosheit läßt die falschen oder törichtesten Mittelstandsfreunde verschweigen, daß die technisch-großkapitalistische Entwicklung die kleinen Unternehmen immer mehr ausmerzt und den Großbetrieb zum Beherrscher des Marktes macht. Wie sich, ohne Mitwirkung der Sozialdemokratie, in Deutschland die industrielle Konzentration vollzogen hat, veranschaulicht die folgende Zusammenstellung. Es betrug die

Jahr	Zahl der Werke	Kostenförderung in Tonnen überhaupt	pro Werk
1870	220	11 812 228	53 693
1910	818	152 827 800	450 390

Rubenzuckerzeugung:

Jahr	Zahl der Fabriken	Erzeugung in Tonnen überhaupt	pro Fabrik
1874/75	333	256 412	770
1909/10	354	2 512 928	7098

Bierproduktion:

Jahr	Zahl der Brauereien	Produktion in Hektolitern überhaupt	pro Brauerei
1874	13 030	20 494 800	1 570
1910	4 529	88 080 292	8 794

Roheisenerzeugung:

Jahr	Zahl der Werke	Erzeugung in Tonnen überhaupt	pro Werk
1873	244	379 240 800	9 182
1910	89	303 14 798 604	149 430

Überall ist eine ganz gewaltige Steigerung der Erzeugung und eine darüber hinausgehende Produktionszunahme pro Betrieb zu konstatieren. Und diese Entwicklung geht weiter. Unaufhaltsam vollzieht sich der Zusammenschluß des industriellen Kapitals. Nur Dummköpfe und Verräter können den Mittelständlern einreden, für solche Entwicklung sei die Sozialdemokratie verantwortlich. Das Großkapital findet in seinem Vernichtungszuge vielmehr in der Hochfinanzpolitik der Schwarzen und Blauen seine beste Stütze und Förderin.

Die agrarische Wahlspende.

Der Bund der Landwirte hat bekanntlich aus der Glogauer Ständekasse 2000 M. zu Wahlzwecken erhalten. Wer da weiß, wie preussische Behörden gegen Arbeiterorganisationen vorgehen, die Gelder zu Wahlzwecken hergeben, der war gespannt auf die Antwort, die das preussische Ministerium auf die gegen die agrarische Wahlspende gerichtete Eingabe des Wahlkreisvorsitzenden des Deutschen Bauernbundes für Grünberg-Freystadt in Niederdeutschland geben würde. Diese Antwort liegt jetzt vor. Im Auftrage Vethmanns teilt Unterstaatssekretär v. Eilenhart-Noske mit, daß die Sache in den Bereich des Landwirtschaftsministeriums gehört und dessen Entscheidung endgültig sei. Die Glogauer Kreisständekasse bilde einen Sonderfonds, über den die staatlichen Behörden nichts zu sagen hätten.

Wenn man doch auch von Arbeiterangelegenheiten die Finger halten wollte!

Auch eine Teuerungszulage.

Eine Berliner Korrespondenz berichtet: „Unbemühten Kadetten wird beim Uebertreten in die Armee auf ihren Antrag hin eine sogenannte Königszulage von 20 M. monatlich gewährt. Diese Gelder stammen aus dem allgemeinen Militär-Dispositionsfonds und sind dazu bestimmt, den jungen Offizieren zu Minderunterhalt als Zuschuß zu dienen. Infolge der allgemeinen Teuerung sind auch die Preise in den Offizierskasinos gestiegen. Um hier nun einen Ausgleich zu schaffen, ist in Aussicht genommen, die Königszulage zu verdoppeln.“

Nachdem dem preussischen König eine ansehnliche Teuerungszulage zuteil geworden ist, kann man die Verdoppelung der „Königszulage“ verstehen; um so verständlicher erscheint aber, daß den Mannschaften die geringe Lohnerhöhung noch nicht gewährt worden ist.

Lohnerhöhungen der Arbeiter auf den Reichswerken.

Die Arbeiter der Reichswerken, der Torpedowerkstatt, des Artillerie- und Minendepots hielten bekanntlich vor einiger Zeit Versammlungen ab, die den Zweck verfolgten, eine Teuerungszulage zu erwirken. Die nächste Folge dieser Versammlungen war, daß die Arbeiterausschüsse durch Vermittlung der Direktionen eine Eingabe an das Reichsmarineamt abschickten.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts hat nun einen Tagesbefehl erlassen, worin den Arbeitern der Reichswerken mit geringen Ausnahmen eine Lohnaufbesserung zugesagt wird. In diesem Erlaß, dem auch ein neuer Lohnstarif beigelegt ist, heißt es:

„Der anliegende Lohnstarif tritt mit Beginn der nächsten nach Eintreffen der Verfügung beginnenden Lohnperiode in Kraft. (Am 27. Dezember bezw. 2. Januar.) Die Arbeiter für Bureaus gehen als solche ein. Die vorhandenen Leute sind, soweit sie sich dazu eignen, ihrer Beschäftigung entsprechend in Bureaushilfsdiener oder in Lohnschreiber umzuwandeln, die übrigen in passenden Stellen im Betriebe unterzubringen. Die in Monatslohn umgewandelten Arbeiter für Bureaus sind entsprechend dem Verdienst des letzten Jahres mit der Maßgabe einzugliedern, daß ihr künftiger Jahresverdienst den bisherigen mindestens um 80 M. übersteigt. Der Wachlohn der Lieger wird von 10 Pf. auf 13 Pf. pro Stunde erhöht. Die Monatslöhner aller Kategorien sind, soweit sie sich nicht schon in der höchsten Lohnstufe befinden, am 1. Januar um eine Stufe zu erhöhen, wenn Führung und Leistung es rechtfertigen. Diese Maßnahme hat auf die sonstigen Verfassungstermine keinen Einfluß. Ein Lohnschreiber also, der am 1. Juni 1911 den Lohnsatz von 120 M. erhalten würde, jetzt aber auf Grund der Teuerungszulage 130 M. erhält, kann am 1. Juli 1913 gleichfalls auf 140 M. erhöht werden. Die sonst zum Frühjahr üblichen Verfassungen der Stundenlöhner sind in einem dem Bedürfnissen Rechnung tragenden Umfange schon jetzt vorzunehmen. Eine nach Vornahme der Verfassungen aufgestellte Lohnstabelle ist zum 1. Februar einzureichen, wofür die am 1. Mai fällige Tabelle in Fortfall kommt. Dabei ist förmlich zu machen, wie viele Arbeiter jeder Gattung verlaßt worden sind.“ (Verlassen heißt: hinaufsteigen in eine höhere Lohnklasse.)

Die Oberwertdirektion hat noch hinzugefügt: „Da diese Lohnerhöhung die Teuerungszulage mit zu ersetzen bestimmt ist, liegt es im Sinne der Verfügung, eine Verknüpfung im weiteren Sinne vorzunehmen.“

Am besten sind die Monatslöhner mit 10 M. Erhöhung davon gekommen. Die Stundenlöhne sind folgendermaßen erhöht worden: Gruppe I (Blodmacher, Wächter, Büchsenmacher, Dreher, Klempner, Hochmacher, Maler, Maschinenbauer, Rauer, Dachdecker, Steinseher, Tapezierer, Sattler, Schiffbauer, Schiffszimmerleute, Schlosser, Segelmacher, Schmiede, Teller, Tischler, Werkzeugmacher, Zimmerleute) erhielt bisher 40—51 Pf. in 6 Stufen. Die Erhöhung beträgt 2 Pf. Die niedrigste Stufe von 40 Pf. bleibt für Neueingestellte bestehen. Gruppe II (Wach- und Winkelschmiede, Formler, Stellschmiede, Torpedoschlosser) erhielt bisher 41—54 Pf. Die Erhöhung beträgt 1 Pf. Kupferschmiede und Modellstecher kommen jetzt ebenfalls in diese Gruppe, sie erhalten 4 Pf. Gruppe III (Was- und Wasserfilter, Mechaniker, Elektromonteur, Torpedobauer, Dreh- und Hammer-Schmiede) steigt um 1 Pf. auf 44—57 Pf. Hilfsarbeiter erhalten 2 Pf. Helfer, Anstreicher, Putzer, Aufschläger, Bohrer, Hobler, Stöper, Präger, Locher, Schraubenschneider, Dreh- und Hammerführer werden um 2 Pf. auf 40—42 Pf., Kernmacher, Rieter, Stemmer, Schmelzer um 2 Pf. auf 42—46 Pf. erhöht. Schallbrettmacher (gelernte Mechaniker oder Maschinenbauer) erhalten 2 Pf., doch bleibt die höchste Stufe von 56 Pf. bestehen. Betriebsleiter, Rieterwärmer, Stellschreiner und junge Wurschen von 16—19 Jahren erhalten 1—2 Pf. Handlanger in den Werkstätten erhalten nichts.

Werden jetzt auch die Privatwerften den an sie gerichteten Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen? Die Howaldts-Werke in Kiel haben die Gewährung einer Teuerungszulage abgelehnt mit der Begründung, sie hätten die Löhne erst im Vorjahre erhöht. Die Kruppische Germania-Werft in Kiel hat noch keine Antwort erteilt. Hoffentlich brauchen die Arbeiter nicht mehr zu lange warten.

Ein katholischer Arbeiter gegen die Zentrumspolitik.

In einer in dem Industrieort Osterfeld im Wahlkreis Reddinghausen-Vorlen abgehaltenen Wählerversammlung der Zentrumspartei hielt Herr Mathias Schiffer eine Bahrtrede und lobte das Verhalten des Zentrums über den grünen Alee. Da trat ein Arbeiter auf und stellte an Schiffer die Frage, wie es komme, daß die Zentrumspartei für das Wohl aller Stände gestrebt habe, nur nicht für die Arbeiter?

Er begründete diese Frage mit dem Hinweis, daß das Zentrum für die Beamten Teuerungszulagen bewilligt und den Landwirten hohe Hölle verschafft habe, aber dem Arbeiter seien dafür hohe Steuern auferlegt worden. Er werde diesmal noch aus religiösen Rücksichten dem Zentrum seine Stimme geben —, so könne es aber nicht weiter gehen. In der Zentrumspartei spiele der Großgrundbesitz und das Kapital eine zu große Rolle, was zur Folge habe, daß die Interessen der Arbeiter beiseite gesetzt würden. Kurz vor den Wahlen komme dann irgend ein hoher Herr und halte einen schönen Vortrag, und die Arbeiter dürften dann fleißig Weisfall flätschen, aber keiner habe den Mut, etwas zu sagen, wo ihn der Schuh drücke. Die Arbeiter könnten sich nicht hinreichend ernähren, und klage man sein Leid, dann heiße es: „Arbeite und spare!“ Ja, aber arbeite und spare mal einer, wo fünf bis sechs Kinder Brot und Kleider verlangen.

Auf diese Ausführungen hatte Herr Schiffer, der ehemalige Arbeiter, nichts zu erwidern, als daß die Arbeiter ihre Wünsche nicht zu hoch spannen sollten, die Bessersituierten hätten es auch nicht so leicht durchzukommen. Dann entschuldigte er sich, daß er sich nicht weiter mit der Anfrage beschäftigen könne, da er noch in einer anderen Versammlung reden müsse. Als der Arbeiter darauf nochmals das Wort verlangte, schnitt der Vorsitzende, ein katholischer Geistlicher die Diskussion mit den Worten ab, daß dabei ja doch nichts herauskäme.

Oesterreich.

Graf Aehrenthal über die politische Lage.

Wien, 28. Dezember. Die Delegationen sind zur Erledigung des viermonatigen Budgetprovisoriums zusammengetreten. Die ungarische Delegation wählte Baron Lang zum Präsidenten und den Grafen August Jazy zum Vizepräsidenten. Nach einer Ansprache des Präsidenten wurde das Budgetprovisorium dem Vereinigten Oesterreich-Ausschuß zugewiesen, der sofort nach der Plenarsitzung zusammentrat.

Minister des Aeußeren Graf Aehrenthal nahm zunächst das Wort und führte aus:

Die kurze Vorlesung der Delegation bietet mir willkommenen Anlaß, mich über die auswärtige Politik auszusprechen. Das hohe Haus wird es begreiflich finden, wenn ich mit Rücksicht auf den zwischen Italien und der Türkei bestehenden Kriegszustand in meinen Aeußerungen eine große Reserve beobachte. Die Herren Ministerpräsidenten haben in den Parlamenten am 22. Oktober Erklärungen betreffend die auswärtige Politik abgegeben und die Neutralität der Oesterreich-ungarischen Monarchie betont. Aus diesen Aeußerungen hat die Öffentlichkeit ferner entnommen, daß die Oesterreich-ungarische Diplomatie bemüht war, auch nach Eintritt der Feindseligkeiten nach Möglichkeit für die Beendigung des Krieges einzutreten. Diese Bestrebungen haben

bisher leider zu keinem Resultat geführt. Wir wissen uns aber das in diesen Bestrebungen mit allen anderen neutralen Mächten und hoffen, daß in einem gegebenen Zeitpunkt unsere Bemühungen von Erfolg begleitet sein werden. Wir wünschen den baldigen Abschluß des Krieges, weil es sich um einen Waffengang handelt zwischen einer mit uns verbündeten Macht und einem Staat, mit welchem wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Unser Interesse an der baldigen Herstellung des Friedens ist um so intensiver — als bei einer längeren Kriegsdauer eine Gefahr für die Erhaltung des Statusquo am Balkan entstehen könnte. Wir hegen die Zuversicht, daß diese Gefahr nicht eintreten wird. Die italienische Regierung hat gleich bei Beginn des Krieges in un- zweideutiger Weise öffentlich erklärt, daß sie an dem politischen Prinzip, welches die Erhaltung des Statusquo am Balkan zum Ziele hat, bestimmt festhalten wolle. Diesem Entschluß hat Italien seine Haltung angepaßt. Die Zuversicht, von der ich eben gesprochen habe, gründet sich ferner auf den übereinstimmenden Wunsch aller Großmächte, daß der Statusquo am Balkan nicht gefährdet werde seitens der Regierung der Balkanstaaten. Ich glaube auch, es ist das allgemeine Bestreben, die Gefahr und Grauel eines Krieges zu vermeiden. Die türkische Regierung ist bemüht, trotz der großen Schwierigkeiten die öffentliche Ordnung im Reiche aufrecht zu erhalten.

Es ist zu wünschen, daß diese Bestrebungen bis zum Friedensschluß sich bewähren werden, und daß durch den Friedensschluß, den wir aufrichtig wünschen, die Kraft und die Autorität der Türkei ungehindert erhalten wird. Darin wäre eine neue Bürgschaft für ein friedliches Nebeneinanderleben der Türkei und der Balkanstaaten gelegen. Die Grundlagen unserer auswärtigen Politik bleiben selbstverständlich unverändert (Weisfall), gestützt auf unsere bewährten Grundsätze und die freundschaftlichen Beziehungen, die wir mit allen Mächten unterhalten, wird unsere Hauptaufgabe darin liegen, dazu beizutragen, daß der auch für andere Staaten nicht ungefährliche italienisch-türkische Krieg durch einen Friedensschluß beendet werde, welcher für beide Teile gleich ehrenvoll sein wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich will mich nun kurz dem marokkanischen Problem zuwenden, welches in den letzten Monaten stark im Vordergrund der Dinge stand und nun glücklicherweise zu einem friedlichen Abschluß gebracht wurde. Wir wurden ebenso wie die anderen an der Konferenz von Algieras beteiligten Mächte seinerzeit von den militärischen Maßnahmen Frankreichs und Spaniens unterrichtet, welche diese Staaten zum Schutze ihrer Interessen in Marokko zu ergreifen sich genötigt sahen.

Wir haben gleich den anderen Regierungen diese Mittelungen zur Kenntnis genommen und dabei dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die drei in Algieras vereinbarten Grundsätze, die Integrität des scherrischen Reiches, die wirtschaftliche Gleichberechtigung und die Handelsfreiheit, auch in Zukunft intakt erhalten bleiben. Im Verlauf der Ereignisse hat die deutsche Regierung die Auffassung gewonnen, daß vielleicht diese Prinzipien nicht in allen Stücken aufrecht erhalten werden können, und sich veranlaßt gefanden, mit der französischen Regierung Fühlung zu nehmen und zu versuchen, die wirtschaftlichen Prinzipien, das ist die wirtschaftliche Gleichberechtigung und die Handelsfreiheit für den Weltmarkt dauernd zu sichern. Diesem Zweck diente die Mitteilung der deutschen Regierung vom 30. Juni, welche an sämtliche Signatarmächte der Algierasakte gerichtet worden ist. Wir haben diese Mitteilung mit dem aufrichtigsten Wunsche für einen gedeihlichen Fortgang und Abschluß der Verhandlungen aufgenommen und betont, daß wir bei Mangel eines direkten politischen Interesses an der marokkanischen Frage nur darauf Wert legen, daß unsere nicht unbeträchtlichen und sehr entwicklungs-fähigen kommerziellen Interessen vor jeder Störung bewahrt werden. Deutschland hat von Anfang an deutlich die Absicht kundgegeben, die Verhandlungen ohne Herbeiziehung einer anderen Macht mit Frankreich allein zu Ende zu führen. Dieses Ziel hat Deutschland vollkommen erreicht. Wir haben uns aber nicht bloß auf das Aussprechen guter Wünsche beschränkt, in Uebereinstimmung mit der Haltung, welche die Oesterreich-ungarische Diplomatie seit Beginn der marokkanischen Wirren eingenommen hatte. Sie war auch diesmal bestrebt und in der Lage, im Sinne eines friedlichen Abschlusses zu wirken. Die am 4. November erfolgte Unterzeichnung der deutsch-französischen Konvention hat uns mit aufrichtigster Genugthuung erfüllt, nicht nur weil dadurch eine Frage, die die Welt durch eine Reihe von Jahren in Unruhe versetzt hat, in friedliche Bahnen gelenkt worden ist, sondern weil die wirtschaftlichen Prinzipien in Marokko keine Veränderung erfahren haben. Oesterreich-Ungarn war und wird immer eine Stütze der konservativen Richtung in Europa und im nahen Orient bleiben. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Hebung unserer eigenen Sicherheit (Allgemeine Zustimmung) und um uns in die Lage zu versetzen, mit unseren Verbündeten für den allgemainen Frieden einzutreten. (Lebhafte Zustimmung.) Das waren die Beweggründe, welche die hohen Delegationen veranlaßt haben, im vorigen Winter materielle Forderungen der Kriegs- und Marineverwaltung mit großer patriotischer Opferwilligkeit und ungeachtet der ungünstigen finanziellen Lage zu votieren. (Weisfall.)

Die Wehrmacht bedarf zur Durchführung der auf die Wahrung des Friedens und der Interessen der Monarchie gerichteten Aufgabe noch dringend einer Kräftigung durch die Erhöhung ihres personellen Bestandes. Diesem Bedürfnis soll durch die Wehrvorlagen abgeholfen werden, welche den Parlamenten seit geraumer Zeit vorliegen. Gestatten Sie, daß ich vom Standpunkte der überaus verantwortungsvollen Leitung der Oesterreich-ungarischen auswärtigen Politik die Ansicht ausspreche, daß durch die rasche Verabschiedung dieser Wehrvorlagen die eminent friedlichen Ziele der Politik der Monarchie eine wesentliche Förderung erfahren würden. (Weisfall.)

Delegierter Heltai richtete an den Minister des Aeußeren unter Berufung auf die großen Interessen des Dreieundes die Anfrage, ob das Auswärtige Amt von Oesterreich-Ungarn mit dem Standpunkte der reichsdeutschen Regierung in der Marokkofrage übereinstimme.

Gemeinsamer Minister des Aeußeren Graf Aehrenthal: Der Delegierte Heltai hat an mich mit Bezug auf meine Darstellung über den Verlauf der marokkanischen Angelegenheit eine Doppelfrage gerichtet. Die Erklärung der deutschen Regierung vom 30. Juni hätte, wie der Delegierte meinte, den Zweck gehabt, die Signatarmächte von Algieras zu verständigen, daß die deutsche Aktion das Ziel habe, die wirtschaftliche Gleichberechtigung und die Handelsfreiheit in Marokko sicherzustellen. Wenn sich der Delegierte meine Ausführungen gegenwärtig hält, so wird er sehen, daß ich gesagt habe, die deutsche Regierung sei im Laufe der Ereignisse zu der Auffassung gekommen, daß die Prinzipien von Algieras nicht in allen Stücken aufrecht erhalten werden könnten, und sie habe daher Fühlung mit der französischen Regierung gesucht, um gerade die wirtschaftlichen Prinzipien zu sichern. Was die zweite Frage betrifft, daß Deutsch-

Land die Verhandlungen allein führen wollte, so verweise ich auf die Rede des deutschen Reichskanzlers vom 5. Dezember, worin er gegenüber der Kritik, die an der deutschen Politik von gewissen Seiten geübt wurde, mit allem Nachdruck darauf verwies, daß die deutsche Regierung es als die vornehmste Aufgabe ihrer Politik betrachte, die Verhandlungen mit Frankreich allein zu führen. Nachdem die deutsche Regierung mir mitgeteilt hatte, daß ihre Bemühungen darauf gerichtet seien, die wirtschaftliche Gleichberechtigung und Handelsfreiheit in Marokko aufrecht zu erhalten, so war ich mit der Führung der Verhandlungen vollkommen einverstanden und habe ihren Gang vertrauensvoll verfolgt. (Weisfall.)

Eine interessante Szene im bosnischen Landtag.

Srajewo, 23. Dezember. (Fig. Ber.) Vor einigen Tagen war der Saal des bosnischen Landtags die Stätte eines ungewöhnlichen Schaupiels. In der Sitzung des Staatsausschusses behaupteten die muslimänischen Deputierten Arnautobits und Karamehmedovits, daß bei Salzlieferungen für das staatliche Monopol ganz unfaire Geschäfte gemacht werden, und daß die Beamten in Wien mit über 100 000 Kronen bestochen sind. Sie erklärten, diese Beschuldigung solange aufrecht erhalten zu wollen, bis die Regierung dem Ausschuss die amtlichen Akten über Salzlieferungen vorlege. Der Vertreter der Regierung weigerte sich, die amtlichen Akten vorzulegen, erklärte aber, daß die Beamten in dieser Sache ganz korrekt gehandelt hätten. Da sich die Abgeordneten wegen der erhobenen Vorwürfe nicht entschuldigen wollten, wurden sie durch den Vorsitzenden Scholla mit einem Ausschluss aus der Sitzung des Landtags für 24 Stunden bestraft. Diese Strafe erfolgte unter dem Druck der Regierung, da der Landtagspräsident nicht von dem Landtag selbst gewählt, sondern vom Kaiser ernannt wird. Gegen die Strafe protestierten alle Abgeordneten. Da es ihnen aber nicht möglich war, die Strafe aufzuheben, so entschlossen sich die bestraften Abgeordneten sofort zu protestieren, daß sie im Laufe der 24 Stunden den Sitzungssaal überhaupt nicht verlassen. Sie haben nach Schluß der Sitzung ihre Stühle ausgezogen, nach türkischer Sitte die Füße gekreuzt und zu rauchen begonnen, sich ihr Bettlager und Kahrung bringen lassen, und erst am nächsten Tage, genau nach 24 Stunden verlassen sie den Saal. Freilich haben sie nicht schlafen können, da die ganze Nacht hindurch sich eine Menge von Abgeordneten in dem Saale aufhielten.

Durch diesen Protest ist die Anklage gegen die Regierung nur noch schärfer geworden.

England.

Der englische Liberalismus und die Arbeiterschaft.

London, 23. Dezember. (Fig. Ber.)

Die Ergebnisse der letzten Nachwahlen in Großbritannien deuten darauf hin, daß sich die liberale Partei in einem Zustande des Zerbröckelns befindet und daß das Pendel nach der konservativen Seite hinüber schlägt. Im letzten Jahre hat die Regierungspartei nicht weniger als 4 Sitze an ihre konservativen Gegner verloren. Ein Mandat verlor sie zwar nur mit vier Stimmen und ein zweites ging ihr durch das Eingreifen der Arbeiterpartei verloren, aber die Verluste sind dennoch bedeutend für ein erstes Jahr nach den allgemeinen Wahlen. Man setzt diese Verluste allgemein auf das Konto des Versicherungsgesetzes, das seine anfängliche Popularität stark eingebüßt hat. Große Teile der Bevölkerung sind zweifellos mit dem Versicherungsgesetz unzufrieden, in vielen Fällen allerdings aus Gründen, die mehr mit dem Gefühl als mit dem Verstand zu tun haben, und es ist durchaus noch nicht sicher, ob nicht die Durchführung des Gesetzes auf ähnliche Schwierigkeiten stoßen wird wie die Anwendung des Alterspensionsgesetzes in Frankreich. Die Arbeiter stehen dem Gesetze kühl und kritisch gegenüber. Die Gewerkschaften sind nicht geneigt, Obstruktion zu treiben, aber sie fühlen, daß sie einen Sprung ins Ungewisse wagen, bei dem die Gewerkschaften, die der Selbsterhaltungstrieb zwingt, sich als Klassen zu konstituieren, schweren Schaden erleiden können. Aber mehr noch als die Unbeliebtheit der Versicherungsgesetzgebung dürfte die Unbeliebtheit der Regierung den Ausfall der Nachwahlen beeinflussen. Durch die Verwendung von Truppen bei Streiks haben sich die Liberalen vielen Arbeiterwählern entfremdet. Erst vor einigen Tagen sind wieder Soldaten nach Dundee geschickt worden, um die dort streikenden Arbeiter einzuschüchtern. Die unmittelbare Folge dieses Schrittes ist die Veröffentlichung eines Manifestes der Arbeiterpartei in Govan, wo augenblicklich eine Neuwahl stattfindet. Der Vorstand des Komitees für Arbeitervertretung in Govan fordert jeden Arbeiterwähler auf, gegen den Regierungskandidaten zu stimmen. Als Gründe werden angeführt: die Weigerung der Regierung, das Oberneurteil umzustößen und die Verwendung des Militärs bei Streiks, die zur Politik der Regierung gehöre. Die Arbeiterpartei hat keine Politik für die jetzt stattfindenden Nachwahlen formuliert; sie überläßt dies den einzelnen Wahlkreisen. Wenn man daher auch nicht von einer organisierten Opposition der Arbeiterpartei gegen die liberale Regierung sprechen kann, so ist es doch sehr wahrscheinlich, daß in der nächsten Zukunft andere lokale Gruppen der Arbeiterpartei der Wahlpolitik Govans folgen werden.

Persien.

Das Programm der russischen Raubpolitik.

Petersburg, 27. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Mit Rücksicht auf die Lage, wie sie sich aus den vorweggenannten Angriffen der Menge auf die russischen Truppen und Einrichtungen in Tabris, Rescht und Enseli ergibt, und in Betracht dessen, daß diese Ausbrüche der Feindseligkeit überdies stellenweise mit brutalen Marterungen der Verwundeten und Schändungen der Gefallenen verbunden waren, welche die strengste Strafe verdienen, und weil schließlich die persische Regierung, obwohl sie diesen Dingen fernsteht, nicht die Macht besitzt, die Schuldigen zu bestrafen, glaubt sich die russische Regierung verpflichtet, von sich aus Repressionsmaßregeln in den genannten Städten zu treffen. Zu diesem Zwecke hat sie den Befehlshabern der russischen Abteilungen befohlen, unerbittlich in Einvernehmen mit den russischen Konsuln in Tabris und Enseli die strengsten Maßnahmen zur Bestrafung der an den Angriffen Beteiligten und zur Befestigung der Ursachen derartiger Ereignisse für die Zukunft zu treffen. Unter diesen Maßnahmen sind besonders die folgenden angeführt: Die Verhaftung aller russischen und persischen Untertanen, die an dem Angriff auf die russischen Truppen teilgenommen haben, und deren Aburteilung nach dem Kriegsrecht, Entwaffnung der Jidai und anderer unruhiger Elemente unter den Eingeborenen, Verhinderung der dem Widerstand dienenden Pläne sowie alle Maßnahmen, die sich zur Wiederherstellung der Ordnung und zur Bestrafung der Schuldigen notwendig erweisen sollten.

Da können sich russische Henserknechte und russische Kosaken wieder einmal gründlich austoben.

Russische Grenzstaten in Tabris.

London, 23. Dezember. (Meldung aus Teheran Berichten, daß die Russen in Tabris 600 Männer, Frauen und Kinder hingschlachtet haben. Die Russen drangen in die Häuser der Perser ein und vergewaltigten die Frauen vor den Augen ihrer Angehörigen. Die Soldaten schickten jeden nieder, der sich auf der Straße zeigt.

Marokko.

Neue Kämpfe der Spanier im Rifgebiete.

Melilla, 23. Dezember. Gestern haben wieder sehr schwere Kämpfe zwischen spanischen Truppen und Rifabnylen stattgefunden. Die Marokkaner sollen sehr schwere Verluste gehabt haben. Die Verluste der Spanier sind noch nicht bekannt, man weiß nur, daß General Ros verwundet worden ist.

Befehung von Agadir durch Sultanstruppen.

Tanger, 23. Dezember. (Meldung der Agence Havas.) Eine Abteilung scharifischer Truppen wird demnächst an Bord eines französischen Kreuzers als päpstliche Besatzung nach Agadir entsandt werden.

Der Krieg.

Italienische Dementis und Missionen.

Rom, 23. Dezember. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Benghazi von gestern: Aus zuverlässiger Quelle stammende Nachrichten geben die Verluste des Feindes am Weihnachtstage auf über 500 Verwundete an, unter denen sich einige Führer befinden sollen; auch ein Geschütz sei unbrauchbar gemacht worden. — Einige Stämme haben das türkische Lager verlassen. Aus Tripolis wird von gestern gemeldet: Zahlreiche Gruppen von Arabern sammeln sich im Süden von Ainzara. Nach einem Bericht sind Munir Pascha und der frühere Chef der Gendarmenrie von Tripolis in Gharian gestorben. Ein Araber, der aus Accara in der Nähe von Birtobras zurückgekehrt ist, erklärte, die Araber hätten beschlossen, die italienische Fahne aufzuziehen, sobald sich die Italiener der Ortschaft näherten. Zufällig gaben die Araber, sobald sie die Italiener bemerkt hatten, das Zeichen, daß sie sich unterwerfen wollten. Als die Türken dies erfahren hätten, seien sie zusammen mit anderen Arabern in das Dorf eingedrungen, hätten mehrere Männer, Frauen und Kinder getötet und die Ueberlebenden gefesselt.

Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht folgende Mitteilungen: Londoner Blätter verbreiten Meldungen, nach denen von Italien Friedensverhandlungen eingeleitet worden seien, denen sich aber die öffentliche Meinung der Türkei widersetze. Es ist kaum nötig, zu betonen, daß diese Nachrichten jeder Grundlage entbehren.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der Kriegsminister eine Depesche veröffentlicht hat, nach der die Türken und Araber am 22. Dezember die italienischen Stellungen bei Tobruk angegriffen hätten und bis zu den italienischen Befestigungen vorgegangen seien, wo sie sich einiger Maschinengewehre bemächtigten und mehrere Mann verletzten. Diese Meldung ist ebenso unzutreffend wie andere frühere aus der gleichen Quelle. Den Türken und Arabern ist es in diesem Kampfe weder gelungen, die italienischen Linien zu durchbrechen noch irgend etwas zu erbeuten, sondern sie wurden mit erheblichen Verlusten zurückgeschlagen.

Die Situation im türkischen Lager.

Konstantinopel, 23. Dezember. Nach den letzten Nachrichten vom Kriegsschauplatz ist es türkischen Schiffen wiederholt gelungen, der Aufmerksamkeit der wachhabenden italienischen Hilfskreuzer, die eine unbehaltensmäßig lange Küstenstraße zu beaufsichtigen haben, zu entgehen und Feldgeschütze, Waffen, Munition und Proviant zu landen. Von ägyptischer Seite sind bereits mehrere Millionen Frank zur Verpflegung der türkischen Truppen gesammelt worden, und die zahlreichen im türkischen Hauptquartier zusammenströmenden Rekruten der Beduinenstämme werden jetzt von türkischen Staboffizieren sorgfältig u. a. auch im Bajonettfechten ausgebildet.

Djanet und Solum.

Konstantinopel, 23. Dezember. Zur Befehung der wichtigen Oase Djanet durch Frankreich und zur Befestigung des Distriktes Solum an Ägypten wird mitgeteilt, daß es ein Fehler wäre, in diesem Zusammentreffen einen vorher vereinbarten Zusammenhang zu suchen. Auf Grund eines Abkommens zwischen der Türkei und Frankreich im Jahre 1908 sollte die sritische Oase Djanet bis zur definitiven Regelung der Grenzfrage weder von Franzosen noch Türken besetzt werden. Trotzdem quartierte sich im vorigen Jahre eine türkische Kompanie baselst ein. Frankreich erhob Protest, der aber fruchtlos blieb. Vor 10 Tagen zog die türkische Kompanie aus Djanet ab, um sich mit der Armee Rescheds zu vereinigen. Frankreich zögerte nunmehr nicht, zur Befehung der Oase zu schreiben. Seliens zur Aufrechterhaltung der Ruhe und dann um diesen wichtigen Verkehrs-knotenpunkt nicht zum Spielball von Intrigen werden zu lassen; dann aber auch, um zu vermeiden, daß nach dem Friedensschluß die Djanetfrage ein Streitobjekt zwischen Frankreich und Italien bilde. Die Fessung von Solum war ein Entgegenkommen des Großwesir Saïd gegen über England. Saïd glaubt, sich dadurch die wohlwollende Haltung Englands bei der von ihm ins Auge gefassten Regelung des Tripoliskontos zu sichern, und mit Hilfe dieses Wohlwollens wenigstens die Cyrenaika für die Türkei zu retten.

Die Revolution in China.

Rußland besetzt die Mongolei.

Petersburg, 23. Dezember. (S. V.) Der hiesige chinesische Gesandte teilte seiner Regierung mit, der Minister des Auswärtigen Sasanow habe ihm erklärt, daß die in der Mongolei bereits einmarschierten und noch einrückenden Truppen nicht zur Okkupation der Mongolei, sondern lediglich zum Schutze der russischen Interessen dorthin marschieren. Es ist dies die erste offizielle Bestätigung von dem längst gerüchweise gemeldeten Vormarsch russischer Truppen nach der Mongolei.

Ratlosigkeit am Peking Hofe.

Peking, 23. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Kaiserin-Witwe, Juanshilai und die Mandchu-Prinzen haben den ganzen Vormittag damit verbracht, über die von der Friedenskonferenz in Schanghai gemachten Vorschläge zu beraten. Prinz Julang und Prinz Tsaiiao traten dem Plan entgegen, eine zahlreichere und mehr repräsentative Konferenz als die in Schanghai einzuberufen, während sich Prinz Tsching für diesen Plan aussprach. Der Thron wurde sich schließlich

lich dahin schlüssig, den Vorschlag anzunehmen. Infolgedessen ließ der Thron dem Kabinett die Weisung zukommen, das notwendige Reglement für die Einberufung einer neuen Konferenz auszuarbeiten und die Delegierten der Friedenskonferenz in Schanghai davon zu verständigen, daß der Thron die Entscheidungen dieser neuen repräsentativen Konferenz annehmen werde, welche Regierungsreform sie auch beschließen möge. — Angestrichelt der Tätigkeit der Aufständischen in Schanghai freigegeben die Regierungsbefehle, ab die Aufständischen die lange Verzögerung, die bei Einberufung einer neuen Konferenz unabweislich wäre, annehmen werden, obgleich die Haltung des Thrones keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß er bereit ist, abzugeben, wenn die Abdankung das einzige Mittel wäre, die gegenwärtige Krise zu befeitigen.

Letzte Nachrichten.

Zu den Massengiftungen der Obdachlosen.

Das Nachrichtenbureau des Magistrats teilt mit: Wegen der bekannten Vergiftungserscheinungen sind bis gestern Abend acht Uhr im ganzen 79 Erkrankte in das städtische Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert worden. Von diesen sind 35 verstorben. Die Gesamtzahl der Verstorbenen beläuft sich einschließlich der vorgestern im Krankenhaus Noabit verstorbenen zwei Personen und der im Obdach verstorbenen vier Personen auf zusammen 44. Weitere Fälle derselben Krankheitserscheinung sind nach amtlicher Feststellung bis gestern Abend in keinem der anderen städtischen Krankenhäuser zur Anmeldung gelangt.

Im übrigen hat gestern nachmittag vor Aufnahme der Abendbesucher des städtischen Obdachs sicherheitsshalber eine nochmalige Desinfektion des Obdachs stattgefunden. Der geistliche Besuch des Obdachs hat gegen den vorangegangenen Tag sich um 280 verringert, er betrug 8980 Personen.

Die Genossen Stadtoberordneten Hoffmann und Jucht, die bis 12 Uhr nachts mit den Obdachhelfern im Verwaltungsbureau der Anstalt anwesend waren, teilen uns mit:

In dem Obdach sind seit 6¼ Uhr bis nachts 11 Uhr keine weiteren Krankheitsfälle eingetreten.

Die Nachricht des „Berliner Tageblatt“, daß Herzog des Anstaltens Friedrichshain im Obdach tätig waren, entspricht nicht den Tatsachen, sondern es haben die Herzog des Obdachs die schwere Tätigkeit allein vollbracht, ja sogar hat Dr. Kojes einen Krankentransport nach dem Friedrichshain-Krankenhaus selbst begleitet.

In der Gegend des Halleschen Torcs wurde gestern ein Flugblatt verbreitet, monach im Obdach die Cholera ausgebrochen sein sollte. Diese Spekulation eines profitglühernen Luchdruckerbesitzers auf die Leichtgläubigkeit des Publikums ist ein solch großer Unfug, der gar nicht scharf genug beurteilt werden kann.

In Potsdam ist gestern ein Mann unter denselben Erscheinungen, die sich in Judungen und Krämpfen äußern, auf der Straße zusammengebrochen; er hatte in Potsdam in der Herberge zur Heimat genächtigt. Man brachte ihn nach dem Potsdamer städtischen Krankenhaus, wo er bald darauf verstarb. Es handelt sich um den 80 Jahre alten Arbeiter Josef Grane. Er ist vor einigen Tagen noch in Berlin gewesen, doch war es bisher nicht möglich festzustellen, ob er auch das städtische Asyl in der Fabelstraße besucht hat.

Aus Hermsdorf an der Nordbahn wird gemeldet: In der vorhergehenden Nacht übernachteten in einer Scheune in Hermsdorf drei obdachlose Leute. Als gestern vormittag einer derselben erwachte, sah er seine beiden Kameraden sich vor Schmerzen wälzend neben sich liegen; bald darauf waren sie tot. Er erzählte verschiedenen Leuten von diesen Todesfällen, die ihm rieten, sich doch an die Polizei zu wenden, das wollte er aber nicht, da er befürchtete, in ein Krankenhaus gesteckt zu werden. So entfernte er sich unerkannt. Die Leichen der beiden Personen wurden nach der Leichenhalle im Hermsdorf transportiert. Ueber die Todesursache und die Namen der beiden Toten konnte bisher nichts ermittelt werden, sie waren, wie ihr Kamerad mitgeteilt hatte, mit diesem vor einigen Tagen in einem Asyl in Berlin gewesen. Ob auch hier die Todesursache auf Vergiftungserscheinungen beruht, bedarf noch der Aufklärung.

Das Marokkoabkommen im französischen Senat.

Paris, 23. Dezember. (S. T. B.) In der Senatskommission für das deutsch-französische Abkommen bemerkte Ribot, die Zustimmung des Sultans Mulay Hafid genüge nicht, um ein Protektorat in Marokko zu errichten. Es bedürfe dazu eines besonderen Vertrages mit dem Sultan, der einen Umgang zu dem Abkommen vom 4. November bilden sollte. Ministerpräsident Caillaux plädierte dieser Ansicht bei und erklärte, daß die Regierung darüber beraten werde.

Regeraufstand in Belgisch-Kongo.

Brüssel, 23. Dezember. (Meldung der „S.-G.“) Aus der Kongo-Kolonie wird ein großer Regeraufstand gemeldet. 3000 Rebellen terrorisierten das Kongogebiet. Die Regierung hat 2000 Soldaten zur Niederschlagung des Aufstandes entsandt.

Schiffszusammenstoß an der grönländischen Küste.

New-York, 23. Dezember. (Meldung der „S.-G.“) Einer Meldung aus Halifax zufolge, ließ in der Nähe der grönländischen Küste der französische Personendampfer „Saint Peter et Paul“ mit dem Frachtdampfer „Renwick“ zusammenstoßen. Der Zusammenstoß ist auf Unachtsamkeit des Kapitäns der „Renwick“ zurückzuführen. Drei Matrosen des Frachtdampfers, der infolge des Unfalls schwere Beschädigungen erlitt und in wenigen Augenblicken sank, wurden über Bord gespült. Die andere Mannschaft konnte durch die Leute des französischen Dampfers gerettet werden.

Zusammenbruch einer Lotteriebanc.

Stettin, 23. Dezember. (S. T. B.) Die „Offizeitung“ mitteilt, ist das Bank- und Lotteriegeschäft Stettin u. Kolbe in Konkurs geraten. Geschädigt sind etwa 200 Gläubiger, meist kleinere Leute. Auch die Volkssparkasse soll mit einem Betrage von 20 000 Mark in Mitleidenschaft gezogen sein. Zahlreiche Depots sollten angegriffen worden sein. Von einer Verhaftung der Inhaber ist vorläufig noch Abstand genommen worden.

Lawinsturz in Tirol.

Innsbruck, 23. Dezember. (Meldung der „S.-G.“) In Feuchten wurden vier Bergführer, die sich auf dem Wege bergabwärts befanden, von einer Lawine überrollt und verschüttet. Einer sofort ausgefandenen Rettungssolonne gelang es, die Verschütteten lebend aus Tageslicht zu bringen. In Feuchten selbst richtete in der vergangenen Nacht eine Lawine großen Schaden an; mehrere Häuser wurden von den Schneemassen verschüttet.

Zu den Massenvergiftungen der Obdachlosen.

Obdachlosen Leben und Sterben.

Die bürgerliche Presse gefällt sich in langen Jeremiaden über das Asylunglück. Ach, diese armen . . . armen Menschen! Daß doch sie, die im Leben vor dem Nichts standen, auf so tragische Art enden müssen. Das Bürgertum mag sich beruhigen, mag in Sentimentalitätslasterheit nicht so lausidisch heucheln. Wenn es galt, Abwehrmaßnahmen zu treffen gegen den Andrang zu dem städtischen Asyl und den Asylisten den Brotkorb höher zu hängen, sind es stets Vertreter der bürgerlichen Parteien im Noten Hause gewesen, die sich in ungerechter, gehässiger Beurteilung der „Gesunkenen“ und des „Gefindels“ nicht genug tun konnten. Sie haben kein Verständnis für die sozialen Ursachen, unter deren Zeichen der tägliche Massenbesuch in den Asylten steht, wollen und können es auch kaum haben, da die Not ihrem eigenen lieben Ich meilenfern blieb. Was nun da jetzt erst, wo das Unglück geschehen, das plärrende Gebahren über soviel schlechendes Elend in der glänzenden Zweimillionenstadt? Die mehr als vier Tausend Toten werden davon nicht wieder lebendig. Sicher wahrer ist ihnen jetzt auf dem Operationstisch und ein paar Tage später im Friedhofsfelder Proletengrab als im Leben, das für sie nur ein Vegetieren war, ein Leben wie das eines hertenlosen Hundes . . .

Wir wollen eine andere wieder mal aktuelle Frage etwas näher betrachten: wie nähren sich die Obdachlosen? Allein von dem, was im Asyl gereicht wird, von dem Stück Brot und dem Raps Mehlspeise, können die Leute auf die Dauer nicht existieren. Sie würden sich den Magen, der so schon wenig widerstandsfähig ist, verpampfen und krank werden. Jeder, der die Obdachverhältnisse aus eigener Anschauung kennt, weiß nur zu genau, wie gewaltig stets und ständig der Hunger unter den obdachlosen Scharen wütet. Es ist richtig, daß gewisse Asylisten, viele sogar fast regelmäßig, den wenig angenehmen Nachbarn verschmähen. Andere stürzen sich über ihren Kapsinhalt mit einer herzzerreißenden Gier. Das ist der Wollschinger der dräuendsten Not. Jenes fürchterliche „Nohlendampfschieben“, das nur würdigt, wenn es am eigenen Leibe gefressen hat. Der Hunger, wie er zeitweise ja auch in Tausenden von Familien herrscht, die bei altem Unglück wenigstens noch ein Obdach haben. Die Obdachlosen sind also darauf angewiesen, sich zur besseren Ernährung irgend etwas zu verdienen oder zu erbeuteln. Mit beiden Gelegenheiten wird es für Leute, die weiter nichts als ein paar Lumpen auf dem Leibe ihr Eigentum nennen, auf Berliner Boden immer schlechter. Die bürgerliche Presse, die jetzt in Schmerz schier versinkt, warnt ja oft genug davor, Türbettelern irgend etwas zu geben. Und was noch gegeben wird in Naturalien, ist es nicht immer das Beste. Wie oft mögen Bettler ein Stück Bursch oder Fleisch erhalten haben, das halb oder ganz verdorben war und das sie trotzdem heißhungerig verschlang. Dann bricht so ein Mensch plötzlich auf der Straße zusammen, ist nach einigen Stunden eine Leiche, wird als „Unbekannt“ nach dem Schauhaus geschafft. Niemand kümmert sich viel um die Todesursache . . . es ist ja nur ein Obdachloser, ein Verlorener. Und doch war auch das vielleicht weiter nichts als eine Vergiftung! Man schreit jetzt über den Mißstand, der sich in der Erlangung und im Vertrieb verdorbener Markthallenware zeigt. Die Kamellen! Alle Kontrollvorschriften werden da nicht ein gelegentliches Unglück verhüten. Gerade Wüdlings können noch ganz appetitlich aussehen und dennoch Fischgift enthalten wie jede andere Räucherware. Das kommt doch auch bei Speigaus und einwandfrei aussehendem anderen Fleisch vor. Es riecht nicht mal immer nach Fäulnis. Und Alkoholiker haben bekanntlich einen sehr schlechten Geruch, einen noch schlechteren Geschmack. Im Kaufzustand, zum guten Teil hervorgehoben zur Vertreibung sozialen Elends, sind sie nicht wählerisch, essen Dinge, die jeder Hund zurückweist. Deshalb machen auch die „Asylbuden“ mit minderwertigster Ware ein gutes Geschäft. Sicher nicht alle, aber viele Asylisten essen vor Hunger, was ihnen als anrüchlich und gesundheitschädlich bekannt ist. Was fragen sie nach der Gefahr! Der Tod hat wenig Pein für sie. Ob heute oder morgen — sie kommen ja doch nicht mehr hoch. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende . . .

Das Massensterben der Obdachlosen bedeutet eine schwere Anklage gegen die heutige kapitalistische Gesellschaft. Massenelend auf der einen und ungeheurer Reichtum auf der anderen Seite sind die Folgeerscheinungen der heutigen „göttlichen“ Weltordnung. Eine raubgierige Klasse heutet die breiten Massen des Volkes in der unerhörtesten Weise aus, sowohl als Produzenten wie als Konsumenten. Um eine Handvoll reicher Leute noch reicher zu machen, wird eine Wirtschaftspolitik eingeschlagen, die den Armen die Nahrungsmittel verteuert und die sie zwingt, noch mehr als bisher zu darben. Die dann ausgehungert und nicht mehr arbeitsfähig sind, gefellen sich schließlich zu jener Klasse der Deffizienten, wie sie uns in den Obdachlosen entgegenzutreten. Verachtet, getreten, höhnt obenbrein noch die bürgerliche Gesellschaft über die „Schnaps- oder Pennbrüder“, ihnen höchstens noch von ferne einige Brocken zuwerfend, die andere nicht mehr mögen; spottet über die eigenen Opfer.

Die Zahl der erkrankten und verstorbenen Obdachlosen schwimmt immer mehr an und noch ist kein Ende dieses Massensterbens abzusehen. Nach den angestellten Ermittlungen in den Krankenhäusern, beim Verband für erste Hilfe und im Asyl für Obdachlose sind nunmehr von über hundert Erkrankungen etwa fünfzig tödlich verlaufen.

Genaue Zahlen anzugeben, ist ganz unmöglich. So sind von Mitternacht bis gestern morgen 6 Uhr wieder 21 Personen und gestern im Laufe des Vormittags weitere 10 Personen vom Asyl für Obdachlose in der Gröbelstraße nach dem Krankenhaus am Friedrichshain transportiert worden.

Auch aus dem Männerasyl des Berliner Asylvereins in der Wiesenstraße 55 bis 59 kommt eine Alarmnachricht. Dort war gestern früh gegen 5 1/2 Uhr der am 23. Oktober 1873 zu Groß-Nietzen geborene Arbeiter Hermann Ehrenpreis an Erbrechen und Krämpfen erkrankt.

Auf dem Wege zum Krankenhaus ist Ehrenpreis gestorben.

Zu den Namen, die wir schon veröffentlichten, kommen noch folgende: Max Teichner, geb. 20. Juni 1878; Karl Schulze, geb. 22. Januar 1872; Heinrich Howid, geb. 12. September 1889; Emil Dohlaue, geb. 16. April 1860; Wilhelm Freisch, geb. 28. August 1899; Friedrich Kasstfeldt, geb. 31. August 1881; Leopold Sosnowsky, geb. 11. Juli 1878; Paul Müller, geb. 23. Januar 1880; Josef Hurd, geb. 25. Januar 1879; August Richter, geb. 24. Juli 1871; Emil Dange; Franz Grohmann; Emil Gröger und Josef Konstantin.

Alle diese Namen und Geburtdaten sind auf Papieren enthalten, die man bei den Gestorbenen fand. Ob jedoch die Papiere auch in allen Fällen den Leuten gehörten, steht noch dahin. Die Kriminalpolizei ist bemüht, die Persönlichkeiten aller Toten genau festzustellen. Beamte des Erkennungsdienstes machen deshalb auch von den Toten Fingerabdrücke, um auch dieses Hilfsmittel bei der Feststellung zur Hand zu haben. Weiter dienen vielleicht zur Erkennung auch Tätowierungen, die man bei vielen Toten findet. Die Namen der übrigen sind noch nicht bekannt.

Die Ursachen des Massensterbens

sind bis zur Stunde noch nicht einwandfrei festgestellt. Es verstärken sich die Zweifel, daß lediglich Fischvergiftung die alleinige Ursache des Todes einer solchen großen Zahl Obdachloser sei. Es wird die Frage aufgeworfen: sollen denn alle die Erkrankten und Verstorbenen Wüdlings gegessen haben? Dazu kommt, daß eine Anzahl Erkrankter behauptet, überhaupt nichts zu sich genommen zu haben, während wieder andere angegeben haben, Kuchen gegessen zu haben. Diese Zweifel sind denn auch der die Untersuchung führenden Behörde gekommen und es sind denn auch nach anderen Richtungen hin Ermittlungen im Gange.

Dr. Gaffky über die Untersuchung.

Es wird halbamtlich gemeldet: „Nachdem gestern Abend der Arbeiter Max Voigt, der mit vielen anderen unter Vergiftungserscheinungen gestorben ist, im Schauhaus obduziert worden war, haben die genaueren Untersuchungen im Institut für Infektionskrankheiten ergeben, daß eine aufsteigende Krankheit, also etwa Cholera, Typhus oder Venenstarre vollständig ausgeschlossen ist. Herr Geheimrat Dr. Gaffky, der Direktor des Instituts für Infektionskrankheiten, ist vielmehr der Ansicht, daß es sich um eine Bakteriengift-Vergiftung handelt, eine Erscheinung, die äußerst selten ist, und die Herr Geheimrat Gaffky in seiner Praxis bisher nur einmal, und zwar in Darmstadt, beobachtet hat. Bestimmte Bakterien, die mit Nahrungsmitteln in Verbindung kommen, erzeugen ein Gift, das schon als solches in den Magen des Essers gelangt und nicht erst dort entwickelt wird. Verdorben im landläufigen Sinne sind diese Waren nicht, sie befinden sich also nicht im Verwesungsprozess, obwohl sie einen Geruch entwickeln, der sofort jedem Menschen auffallen muß. Die bedauerndsten Opfer, deren Sinne ja durch Rot und Entbehrungen sowie teilweise durch den Alkoholeinfluss abgestumpft sind, haben diesen Geruch nicht bemerkt. Jene Gefahr für gesunde Menschen liegt nicht vor, da diese Nahrungsmittelvergiftung nicht übertragbar ist.“

Die Auffassung der Berliner Staatsanwaltschaft.

Auf der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I, die mit der Ermittlung der Todesursachen beschäftigt ist, wurden von möglicherweise einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatt“ folgende Mitteilungen gemacht:

„Die Staatsanwaltschaft muß sich darauf beschränken, festzustellen, ob bei den vielen Todesfällen der Asylisten etwa eine strafbare Handlung, fahrlässige Tötung, oder ein Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz in Frage kommt. Wir haben deshalb noch gestern eine Leichenöffnung vornehmen lassen und zu dieser den Direktor des Instituts für Infektionskrankheiten Professor Lenz zugezogen. Die gestrige Leichenöffnung hat nun kein positives Ergebnis über die Ursachen des Todes zutage gefördert. Professor Lenz hat daher aus dem Mageninhalt des Toten Speisereste entnommen, um durch eine bakteriologische Untersuchung festzustellen, ob es sich um eine Fisch-, Bursch- oder Fischvergiftung, oder vielleicht um eine Infektionskrankheit handelt. Die neueren Untersuchungen haben nun leider die Möglichkeit, daß es sich um eine Infektionskrankheit handelt, nicht beseitigt. Die weiteren Obduktionen, die noch vorgenommen werden, müssen näheren Aufschluß über die Todesursachen geben. Welche Infektionskrankheit in Frage kommen könnte, falls es sich wirklich um eine solche handelt, darüber konnte bisher noch nichts Positives festgestellt werden. Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß Paratyphus in diesem Falle die Todesursache gewesen sein kann. Sollte sich tatsächlich herausstellen, daß es sich um eine Infektionskrankheit handelt, so scheint es, als ob die Sperrung des Asyls zu frühzeitig wieder aufgehoben worden ist.“

Mit der Leitung der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ist Staatsanwalt Dr. Gutjahr beauftragt worden.

Die Darstellung des Magistrats.

Aus dem Rathaus wird geschrieben: „In verschiedenen Berliner Tageszeitungen ist der Vermutung Ausdruck gegeben worden, daß die Todesfälle im städtischen Obdach auf den Genuß verdorbener Wüdlings zurückzuführen sind, die in den Zentral-Markthallen aus dem Reichsamt aufgesammelt worden sind. Eine sofort angestellte eingehende Untersuchung hat ergeben, daß die Räucherwaren, auf welche die Massenkrankungen der Asylisten zurückgeführt werden, unmöglich aus den Abfällen dieser Markthallen aufgesammelt worden sein können. Am zweiten Feiertage waren sämtlich Großhandlungen für Räucherwaren geschlossen und im Kleinhandel war nur ein einziger derartiger Stand geöffnet. Die Inhaberin desselben bestritt auf das bestimmteste, verdorbene oder minderwertige Wüdlings verkauft zu haben. Unter dem Reichsamt können sich solche auch nicht befinden haben. Das bestätigen die sofort vernommenen Beamten und Reinigungsarbeiter, die ganz bestimmt angeben, daß sich am zweiten Feiertage keine Wüdlings oder ähnliche Fische in den Abfällen befanden haben. Eine so große Menge, die die Erkrankung und den Tod zahlreicher Menschen zur Folge hätte, hätte ihrer Aufmerksamkeit auch nicht entgehen können.“

Es mag aber noch besonders darauf hingewiesen werden, daß im Reichsamt der städtischen Markthallen Stoffe, die als Nahrungsmittel Verwendung finden könnten, sich kaum noch vorfinden werden, weil eine große Schweinemästereigesellschaft aus der Umgebung Berlins alle Abfälle von animalischen und vegetabilischen Lebensmitteln durch ihre, den Verwaltungsberechnungen genau bekannten Angestellten sammeln läßt, um sie nach einem besonderen Verfahren zu präparieren und zu Mastzwecken zu verwenden. Der Rest des Reichsamts wird nach dem Zusammenfegen sofort nach dem Keller geschafft und an einer Stelle aufbewahrt, die dem Publikum unzugänglich ist. Die Abfuhr desselben erfolgt zweimal täglich nach Schluß des Markts. Da die Markthallen während dieser Zeit für den öffentlichen Verkehr geschlossen sind, finden Unbefugte keinen

Zutritt. Das Auffammeln von Abfällen ist im übrigen streng verboten und wird von den Aufsichtsberechnungen nicht geduldet.

Hiernach kann mit aller Bestimmtheit angenommen werden, daß die traglichen Wüdlings nicht aus den Zentral-Markthallen herkommen.

Es ist aber bemerkt worden, daß in der Woche vor Weihnachten und auch am 24. Dezember in der Umgebung der Zentral-Markthallen von Straßenhändlern Wüdlings äußerst billig, und zwar 5 Stück für 10 Pfennig, verkauft worden sind. Aus dem Preise ist auf die Qualität zu schließen und es ist nicht unmöglich, daß Reste dieser Ware bis zum zweiten Feiertage verdorbene Mäckerwaren, die sie nicht in die Hausmüllkästen werfen dürfen, morgens wieder mitbringen und auf die öffentlichen Straßen werfen.“

Die Annahme, daß Obdachlose von Straßenhändlern in der Umgebung der Markthallen Wüdlings gekauft haben sollen, ist doch eine sehr gewagte; es ist doch nicht gut anzunehmen, daß ausgezehret nur Obdachlose und niemand anders von den Händlern Wüdlings gekauft haben. Haben aber auch andere Personen von den Händlern gekauft, so ist auffallend, daß nur Obdachlose schwer erkrankt und gestorben sind.

Im Gewahrsam des Polizeipräsidiums

gestorben ist ein Arbeiter Rothke, der im Asyl verlehrt hat. Er wurde in der vergangenen Nacht auf der Straße krank aufgefunden und nach dem Gewahrsam gebracht. Er hatte Magenkrämpfe und auch sonst Vergiftungserscheinungen. Im Laufe der Nacht starb er.

Daß der Mann nicht, sobald man merkte, daß er Magenkrämpfe und Vergiftungszeichen hatte, sofort nach dem Krankenhaus gebracht ward, ist uns unbegreiflich. Im Gewahrsam der Polizei ist doch keine Erholung, geschweige denn gar sachgemäße Behandlung möglich. Kranke Personen gehören ins Krankenhaus und nicht in Polizeigewahrsam. Uebrigens besteht eine solche Abmachung zwischen Polizei und Stadt. Warum wird sie nicht eingehalten? Sind die Schutzleute davon nicht unterrichtet?

Obduktionsbefund im Schauhaus.

Im Schauhaus wurden gestern, Donnerstag nachmittag, von den Gerichtsärzten Geheimrat Straßmann, Medizinalrätin Hoffmann und Stoermer und Dr. Franke noch vier Leichen obduziert, die des Arbeiters Emil Gase, des Schneiders Neander Ritter, des Klempners Hermann Kühnel und des Steinbrücker Reuter. Das Ergebnis war bei allen das gleiche und daselbe wie gestern bei der Obduktion des Arbeiters Max Voigt. Die Todesursache ist in allen vier Fällen Vergiftung, aller Wahrscheinlichkeit nach Fleisch- oder Fischvergiftung. Im Darm zeigten sich keine Blutungen und Rötungen, wie sie bei solchen Vergiftungen auftreten. Für eine chemische Vergiftung fand sich wieder kein Anhalt. Der Obduktion wohnte gestern auch der Vorsteher des polizeilichen Untersuchungsamtes, Regierungsrat Prof. Dr. Jadenod, bei. Der Mageninhalt war bei allen vier Leichen, ebenso wie bei Voigt, wieder dreilig. Einen Teil von ihm erhielt wieder Professor Lenz vom Institut für Infektionskrankheiten, den anderen Gerichtschreiber Dr. Jeserich zur genaueren Untersuchung. Weil das Erbrochene der Kranken meist weggeschafft ist, so sieht man sich nach anderen Dingen um, durch die man vielleicht dem Ursprung der Massenkrankung näher kommen kann. So hat der Vorsteher des Schauhauses, Kriminalkommissar Dr. Roedel, die

Reste des Magens von Kriminalbeamten durchsuchen lassen. Hierbei wurden auch Wüdlingsreste gefunden, die man jetzt ebenfalls zur Untersuchung an Prof. Lenz gesandt hat.

Im Schauhaus

finden sich jetzt noch und nach viele Leute ein, um die Persönlichkeiten der Gestorbenen festzustellen. Bestimmt bekannt wurden: der Schlosser Max Voigt, der im Jahre 1876 geboren ist, und dessen Frau in der Schweinmünder Straße bei ihrer Mutter wohnt, der Schuhmacher Georg Guse, am 23. April 1856 zu Küstrin geboren, dessen Frau gestorben ist. Sein Stiefsohn erkannte ihn. Ferner: der Schriftgießer Franz Grohmann, der von seiner Schwester festgestellt wurde. Er ist am 1. Dezember 1880 zu Grünheide geboren, seine Eltern wohnen in Friedrichshagen. Endlich der Bauarbeiter August Dohbey, der, wie wir mitteilten, in der Georgenkirchstraße krank aufgefunden wurde und im Polizeigewahrsam starb. Er ist am 26. Oktober 1879 in Friedenhütte geboren. Die Leichen der fünf Obduzierten wurden von der Staatsanwaltschaft zur Beerdigung freigegeben.

Gestorben sind noch

zwei Personen. In das Krankenhaus wurden ebenfalls noch zwei Männer aufgenommen und zwar unter dem Verdacht der Vergiftung. Es sind das die Männer, von denen wir schon sprachen, ein Arbeiter Preuß und ein noch nicht festgestellter, die von Beamten krank in Speisewirtschaften angetroffen und nach der Inhaftation geschickt wurden. Sie haben unterdessen ein Krankenhaus aufgesucht. Von den Schwerkranken wird kaum einer mit dem Leben davonkommen. Den richtigen Weg hat Max Müller eingeschlagen, der als er andere erkrankt sah, gleich bei sich künstliches Erbrechen hervorrief. Er fühlte jetzt nur noch etwas Kopfschmerzen und hat schon wieder guten Appetit.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Zweite Abteilung heute Versammlung bei Loewe, Holzgartenstr. 6. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Genosse Karl Pudlik.

Zweiter Wahlkreis. Heute Freitag, den 29. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet in der Anhalter Ressource, Wödenstr. 114, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Referent: Richard Fischer. Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Heute abend 8 1/2 Uhr, bei Kabe, Fischestraße 29: Versammlung der 7. und 8. Abteilung.

Die Abteilungsführer.

Dritter Wahlkreis. Heute, Freitag, den 29. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, finden im Dresdener Kasino, Dresdener Straße 96, und in den Ritterfälen, Ritterstr. 75, öffentliche Wählerversammlungen statt. Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Referenten: Parteisekretäre F. Ebert und Stadtv. Dupont.

Vierter Wahlkreis. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Flugblätter zu den Frauenversammlungen erst am 3. Januar, die anderen jedoch heute verteilt werden. Der Vorstand.

Wilmersdorf-Galense. „Justizhaus und Reichstagswahl.“ lautet das Thema, über das der sozialdemokratische Reichstagskandidat, Stadterworbener Zubeil heute abend 8 1/2 Uhr im Victoriagarten, Wilhelmstraße 115, in einer öffentlichen Wählerversammlung referieren wird. Freie Diskussion. Anhänger aller Parteien sind eingeladen.

Stralau. Am Sonntag, den 31. Dezember, vormittags 8 Uhr: Handzettelverbreitung zu der am 2. Januar 1912 in den „Parkgrafen-Sälen“ stattfindenden öffentlichen Wählerversammlung. Die Bezirksleitung.

Lichtenrade. Am Sonnabend, den 30. Dezember, im Wirtshaus Lichtenrade am Bahnhof: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Wahlangelegenheiten“.

Mahlsdorf (Ostbahn). Am Freitag, den 29. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schliefe, Hönowerstraße: öffentliche Versammlung. Genosse A. Stadihagen wird über die Bedeutung der kommenden Reichstagswahlen sprechen. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, für recht zahlreichen Besuch zu agitieren.

Am Sonntag, den 31. d. M., morgens 8 Uhr: Flugblattverbreitung. Die Genossen treffen sich hierzu in Mahlsdorf-Süd, Raders Restaurant, Köpenicker Allee, Ecke Winklerstraße; in der Kolonie, Eilers Restaurant, Brunowstraße; in Mahlsdorf-Nord, Draegers Restaurant, Bahnhofsstraße. Die Bezirksleitung.

Hohen-Schönhausen. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Wählerversammlung bei Kreyher, Berliner Str. 93. Tagesordnung: Die Sozialdemokratie und ihre Gegner. Referent: Genosse Georg H. o.

Kaulsdorf. Am Sonntag, den 31. Dezember 1911, vormittags 8 1/2 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung von Vobey aus statt. Wir ersuchen die Genossen, alle zur Stelle zu sein. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Um die Rabenberge.

Etwa gegen acht oder neun Uhr morgens fahren wir vom Potsdamer Hauptbahnhof, vom Wanneseebahnhof oder von einer der Stationen der Stadtbahn nach Potsdam, das wir je nach dem gewählten Ausgangspunkt in einer oder auch schon in einer halben Stunde erreichen. Beim Hinausstreten aus dem Bahnhof in Potsdam wenden wir uns sogleich links, an den Droschkenhalteplätzen vorbei, ersteigen eine breite Steintreppe und befinden uns dann auf der großen Straßenbrücke über dem Bahnhöfen. Wir überschreiten sie und wenden uns auf der ersten rechts abzweigenden Straße durch die Vorstadt, wobei wir an bewaldeten Höhen vorüber die Michendorfer Chaussee erreichen. Bei der ersten Wegteilung rechts ab, an einer Reihe von Beamtenhäusern und am Walde vorüber zur jeartig verbreiterten Havel hinab, dann gemächlich auf der prächtigen Havelchaussee gen Templin. Die Straße, eine der schönsten der ganzen Berliner Umgebung, schlängelt sich zwischen dem steil abfallenden Walde und dem Seeufer hin. Auf dem Wasserspiegel Scharen von gluckenden Leichthühnern und nicht selten ein wahres Gewimmel von Wildenten und von Wägen. Immerfort wechselnde Bilder, von den kullissenartig sich verschiebenden dunklen welligen Linien der Virscheide und des Wildparks und von den steilen, oft durch Schluchten durchbrochenen Waldhängen zur Linken reizvoll eingefaßt, begleiten uns.

Vor dem Wirtshaus Templin (bis hierher etwa eine Stunde) zweigt links ein breiter Hohlweg ab, der uns jetzt aufnimmt. Hinter uns verflucht die Havel und der hochstämmige moosige Kiefernwald nimmt uns auf. So geht es gegen Osten, über manchen Weg, bis die breite Michendorfer Chaussee erreicht wird. Hier hört unser Weg auf, aber etwa hundert Schritt nach rechts finden wir die Fortsetzung auf dem von Caputh herankommenden Fahrwege. — Wieder wohnern wir weiter im hohen Walde in der Richtung nach Drewitz, und mit einem Male grüßen uns zur Linken die waldigen Kluppen der Rabenberge, in deren Gebiet wir jetzt eingetreten sind. Es sind mit etwas mehr als hundert Metern für die Mark recht respektable Höhen, die ihre Wirkung tun. Rechts vom Wege zeigt sich eine Senkung mit dem Teufelsfenn, zu dem wir einen Absteiger machen. Ein breiter Wassergrübel ringum hindert das Vortreten des trügerischen und geheimnisvollen Moores, das uns zeigt, wie solche Moore früher einmal auch im Grunewald ausgesehen haben, als er noch weniger „aufgeschlossen“ war. Unser Weg geht steil auf einen Rücken der Rabenberge hinauf und wenn wir uns im Gehen umwenden, haben wir prächtige Blicke über ein wellig bewegtes Meer von Wald. Man kann den Rücken bis zur Spitze der Kleinen Rabenberge verfolgen, die uns durch die Krönung mit einem eisernen durchbrochenen Turme (zum Zwecke der Meridianmessung aufgestellt) schon unten aufgefallen ist, und die Aussicht erweitert sich oben beträchtlich, bis nach Potsdam hinüber. Unser Weg senkt sich vom Rücken wieder herab und trifft einen von Potsdam kommenden Fahrweg, den wir nach rechts verfolgen, um bald darauf am Teufelssee zu stehen. Tief eingebettet liegt das „Auge des Waldes“, hier und da von dünnen Eisplatten überzogen, und weißliche Nebel steigen von ihm zu den Kiefern auf.

Wir brauchen Karte und Kompaß in dieser Gegend, denn es schneiden sich viele Wege und Gestele und wir haben wenig Aussicht, jemanden zu treffen, den wir nach dem Wege fragen könnten. Aber in dieser Einsamkeit, nur 30 Kilometer vom brausenden Berlin entfernt, liegt auch ein großer Teil des Reizes. Dazu der frische hohe Wald mit seinen grünen Wegen, die uns auf und ab führen und keine Monotonie aufkommen lassen, wohl aber den Ernst der märkischen Kiefernlandschaften von seiner besten und gewinnendsten Seite zeigen.

Derselbe Weg, der uns zum See hinabführte, führt uns nach Norden auch wieder heraus aus der Wildnis. Immer durch schönen Wald erreicht er schließlich den Telegraphenberg mit den Kluppen des Astro-Physikalischen Instituts und an diesem vorbei den Schützenplatz in Potsdam, der nur wenige Minuten vom Bahnhof entfernt ist.

Die Gemeindeschulen Berlins

haben in dem laufenden Winterhalbjahr 1911/12 sich um 2 auf jetzt 806 gemehrt. Die Zahl der Gemeindeschulkinder, die schon seit einigen Jahren im Rückgang ist, hat weiter abgenommen. Sie belief sich bei der am 1. November ausgeführten Zählung auf nur noch 224 424, das sind wieder um 543 weniger als im Sommerhalbjahr nach der Zählung vom 1. Mai. Eine Abnahme hatte zum ersten Male im Herbst 1908 sich bemerkbar gemacht. Nachdem im Mai 1908 mit 228 907 Gemeindeschulkindern der Höchststand erreicht worden war, wurden im November 1908 um 452 weniger gezählt. Der Mai 1909 brachte wieder eine kleine Zunahme um 118 Kinder, aber im November 1909 ergab sich ein desto stärkerer Rückgang, um 1285 Kinder. Seitdem hat die Abwärtsbewegung fortgedauert, wenn sie auch nicht immer dieses rasche Tempo beibehält. An den vier nächsten Zählungsterminen, Mai 1910, November 1910, Mai 1911, November 1911, wurden Abnahmen um 681, 50, 1290, 643 Kinder festgesetzt, sodass schließlich das Ergebnis vom November 1911 (224 424 Kinder) um 4483 hinter dem Ergebnis vom Mai 1908 (228 907 Kinder) zurückblieb. An dem Punkt von 4483, das in nur 3 1/2 Jahren zustande gekommen ist,

sind im Besonderen die letzten 2 1/2 Jahre allein mit 4140 beteiligt. Es war zu erwarten gewesen, daß der fortwährende Rückgang der Geburtenziffer schließlich auch auf die Gemeindeschulen Berlins seinen Einfluß ausüben würde. In den letzten Jahren hatte auch die Minderung des Zuzuges von Arbeiterfamilien nach Berlin noch dazu beigetragen, die Zahl der Gemeindeschulkinder herunterzubringen.

Daß trotz dieser Entwicklung der Dinge die Schulverwaltung unserer Stadt noch lange nicht aufhören darf, die Gemeindeschulen weiter zu vermehren, das versteht sich von selber. Zu einer Abnahme der Kinderzahl ist es ja nur in den älteren Stadtteilen gekommen, die längst voll bebaut sind. Die neuen Stadtteile, in denen Jahr für Jahr noch Neubauten entstehen und eine neu zuziehende Bevölkerung aufnehmen, haben noch immer eine starke Mehrung auch ihrer Schulkinder. Dort müssen dementsprechend immer neue Schulen eröffnet werden. In den letzten Jahren ist bei der Mehrung der Gemeindeschulen kein allzu stürmisches Tempo zu bemerken gewesen und manche neu eröffnete Schule war weiter nichts als eine bereits bestehende Schulkategorie, die durch Hinzufügung einiger Klassen sich zu einer vollen Gemeindeschule auswuchs. In dem laufenden Winterhalbjahr 1911/12 fällt auf, daß zum ersten Mal die Gesamtzahl der Gemeindeschulklassen nicht weiter vermehrt, sondern vermindert worden ist. Im Sommer hatten wir 804 Schulen mit zusammen 5252 Klassen (einschließlich 191 Vor- und Nebenklassen), jetzt im Winter aber sind es 806 Schulen mit zusammen nur 5239 Klassen (gleichfalls einschließlich 191 Vor- und Nebenklassen). Werden die Vor- und Nebenklassen ausgeschieden, so bleiben 5061 Klassen im Sommerhalbjahr, aber nur 5048 Klassen im Winterhalbjahr. Diese Minderung um 13 Klassen gegenüber dem Sommerhalbjahr, die durch den Rückgang der Gesamtkindenzahl keineswegs gerechtfertigt ist, gibt zu denken. Sie erscheint noch befremdlicher, wenn wir zur Vergleichung die Zahlen heranziehen, die für das Schuljahr 1911/12 im Gemeindeschuletat angeführt wurden. Das Winterhalbjahr 1910/11 schloß ab mit einer Gesamtzahl von 5221 Klassen (einschließlich 161 Nebenklassen, während es Vorklassen damals noch nicht gab). Die Gesamtzahl folgte, so stellte der Etat es in Aussicht, steigen im Winterhalbjahr 1911 auf 5273 Klassen, im Winterhalbjahr 1911/12 auf 5288 Klassen. In Wirklichkeit sind es nicht mehr als 5239 Klassen geworden, 44 Klassen zu wenig gegenüber dem Etat.

Die neuen, verschärften Sicherheitsvorschriften für Kinematographentheater werden aus Anlaß der Brandkatastrophe in der Franzfurterstraße demnächst zur Einführung gelangen; sie liegen dem Minister des Innern bereits zur Genehmigung vor. Ein Filmbrand, wie er nicht ganz unvermeidlich ist, wird sich danach so in dem völlig abgeschlossenen Vorklasserraum abspielen, daß die Zuschauer sich in absoluter Sicherheit befinden und nicht einmal durch Brandgeruch beunruhigt werden können. Die jetzt geltende Polizeiverordnung vom 2. Mai 1909 enthält schon eine Reihe von Sicherheitsvorschriften, die den Filmbränden vorbeugen bzw. ihre Ausdehnung verhindern sollen und danach wird ein niedrigerer und umsichtiger Vorklasserraum, wenn ja ein Film in Brand geraten sollte, diesen selbst sofort unterdrücken können. Die neue Verordnung geht aber noch weiter; sie verlangt eine völlige feuersichere Abtrennung des Vorklasserraums vom Zuschauerraum und dessen Zugängen und einen Ausgang der — eventuell durch einen Vorraum mit Sicherheitsklappen — unmittelbar ins Freie führt. Ferner sollen die im Vorklasserraum befindlichen Einrichtungsgegenstände aus unverbrennlichen Stoffen bestehen, die feuerhärteren Türen selbstständig schließen, die kleinen Projektions- und Schaulöffnungen mit Glas, größere mit eisernen Klappen versehen sein, die bei einem Brande sich von selbst schließen. Endlich ist eine Saugentlüftungsanlage vorgeschrieben, die das Eindringen von Stichflammen oder Rauch in den Zuschauerraum unmöglich macht.

Ueber die Neugestaltung der Tarife auf der Berliner Stadt- und Ringbahn nach Durchführung der Elektrifizierung wird uns geschrieben: In einer Konferenz, die Vertreter des Vereins der Vororte Berlins in diesen Tagen mit dem Präsidenten der Eisenbahndirektion Berlin hatten, hatte der Präsident auf Anfrage bestätigt, daß eine Erhöhung der Tarife auf der Berliner Stadt- und Ringbahn nach Aufnahme des elektrischen Betriebes als sicher zu betrachten sei. Bei den Vorarbeiten zur Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn hat die Tariffrage eine große Rolle gespielt. Die Elektrifizierung der Stadtbahn erfordert so hohe Summen, daß eine Erhöhung der Tarife in Aussicht genommen ist. Neben dem Tarif für Einzelsfahrarten sollen auch die Preise für die Monatskarten nach der Elektrifizierung erhöht werden. Vorläufig ist beabsichtigt, statt des fünfstationentarifigen Vierstationentarif einzuführen, so daß eine Fahrt in der 3. Wagenklasse bis zur 4. Station 10 Pf. kostet, während bisher bis zur 5. Station gefahren werden konnte. Der doppelte Fahrpreis wird für Fahrten bis zur 8. Station berechnet, darüber hinaus wird das dreifache des einfachen Fahrpreises in Anrechnung gebracht. Eine Rundfahrt auf der Berliner Ringbahn, die jetzt 20 Pf. kostet, würde somit in 3. Klasse 30 Pf. kosten. Für die Berechnung der Preise für Monatskarten wird eine neue Kilometerberechnung zugrunde gelegt werden, wie sie bereits bei den Vorarbeiten in Kraft ist. Die Karte Friedrichstraße—Charlottenburg, die augenblicklich in der 2. Wagenklasse 4,70 M. kostet, würde in Zukunft 7 M. kosten. Die Preise für Arbeiterfahrarten sollen nicht erhöht werden.

Schon immer wird von der Eisenbahnverwaltung die Behauptung aufgestellt, der Stadt- und Ringbahnverkehr rentiere schon heute nicht mehr. Dieser Behauptung ist eine Berechnung zugrunde gelegt, die nach den verschiedensten Richtungen hin anschaulich ist und mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht im Einklang steht. Aber wenn man etwas erreichen will, kann man Zahlen so gruppieren und Berechnungen so aufstellen, wie man sie gerade braucht. Und das hat die Eisenbahnverwaltung seit Jahren geübt, insbesondere in Rücksicht auf die Berechnung der Rentabilität des Stadt- und Ringbahnverkehrs. Und im städtefeindlichen preussischen Landtage fand sie dafür immer einen guten Boden.

Totgeistesfall. Ein schwerer Unglücksfall hat sich in der Nacht zum Donnerstag auf dem Strohhofbahnhof in der Belziger Straße in Schöneberg ereignet. Dort war der Wagenwäscher August Ruppel aus der Knyffäuserstraße 3 mit dem Reinigen von Strohhofbahnwagen beschäftigt. Als gegen 1 Uhr nachts ein Strohhofbahnzug in den Bahnhof einfuhr, versuchte R. entgegen der bestehenden Vorschrift, zwischen dem Bahnwagen und einem Rauerpfeller hindurch zu gehen. Dabei wurde der Unvorsichtige von dem einfahrenden Rotornwagen gegen das Rauerwerk gedrückt und erlitt einen Bruch des rechten Armes und schwere Brustquetschungen. Der Verunglückte erhielt auf der Unfallstation in der Vorbergstraße die erste Hilfe und wurde dann nach dem Schönberger Krankenhaus gebracht, wo er gestern früh seinen Verletzungen erlag.

Gram um den Tod ihrer Mutter und Verfolgungswahnhaft haben die 37 Jahre alte Ehefrau Valeria des Bureaugehilfen Reimann vom Salschischen Bahnhof 3 zum Selbstmord veranlaßt. Die Frau wurde nach dem Tode ihrer Mutter, die im September v. J. starb und an der sie sehr gehangen hatte, säuerlich. In der letzten Zeit zeigte sie so starke Spuren von Verfolgungswahnhaft, daß sie vorgeliefert nach der Irrenanstalt gebracht werden sollte. Bevor es dazu kam, sprang sie gestern Mittag aus dem Fenster des vierten Stods auf den Hof hinab. Ihr Mann brachte sie mit der Droschke nach dem Krankenhaus am Urban. Hier konnte der Arzt aber nur noch den Tod feststellen.

In seiner Wohnung erschossen hat sich gestern vormittag der 45 Jahre alte, aus Hamburg gebürtige Buchhalter Otto Bruns, der

seit zwei Jahren für sich allein in der Kirchstraße 18 zwei Stuben und Küche bewohnte. Der Aufwärtin, die ihm die Wirtschaft besorgte, fiel es auf, daß Bruns seit einem halben Jahre fast den ganzen Tag zu Hause war und ständig Ausflüge aus seiner Zeitung machte. Sie nahm an, daß er Stellunglos sei, kümmerte sich aber nicht weiter darum, weil sie stets ihren Lohn bekam. Auch die Miete bezahlte Bruns pünktlich. Als die Aufwärtin vorgestern vormittag um 10 1/2 Uhr kam, fand sie den Mann in seinem Wohnzimmer tot vor dem Spiegel liegen. Ein Arzt stellte fest, daß er sich eine Revolverkugel in die rechte Schläfe geschossen hatte. Die Leiche war noch nicht erkalte. Sie wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. In einem hinterlassenen Briefe an den Hauswirt hatte Bruns gekündigt und mitgeteilt, daß die bis zum 1. April noch zu zahlende Miete sein Bruder entrichten werde. Wahrscheinlich hat Stellunglosigkeit und Erschöpfung seiner Mittel den Mann in den Tod getrieben.

Ein armes Dienstmädchen hat am ersten Feiertag nichts eine schwarze Ledertasche mit Inhalt auf dem Wege von Weberstr. 17 bis Voßringstr. 83 bei Dir. Singer.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der Straßenbahn gestorben. Der Gerichtsekretär Ernst Püchel aus der Wilmersdorfer Str. 38 hatte am Mittwochabend gegen 7 Uhr einen Straßenbahnwagen der Linie 54 zur Fahrt nach Hause benutzt. An der Ecke der Leibniz- und Bismarckstraße wurde P. plötzlich von heftigem Unwohlsein befallen und verfiel, ehe ärztliche Hilfe zur Stelle war. Der Arzt konnte nur noch den insolge Herzschlages eingetretenen Tod feststellen.

Mariensfelde.

Die „Freie Turnerschaft Mariensfelde“ veranstaltet am Sonntag, den 31. Dezember, im Lokal von Herrmann in Mariendorf, Großbeerenstraße 78—81, eine Silvesterfeier, bestehend in turnerischen Aufführungen und Ball. Da der Arbeiterchor in Mariensfelde kein Lokal zur Verfügung steht, der Verein aber bei Partieveranstaltungen stets mitwirkt, werden die Genossen ersucht, sich roge daran zu beteiligen.

Köpenick.

Mit dem Fahrstuhl in die Tiefe geführt. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich in der Dampfstraße in der Friedrichshagener Straße zugetragen. Der Arbeiter Henschel hatte den Fahrstuhl mit Weiskäse beladen. Als der Tragekorb von den oberen Stockwerken nach unten befördert werden sollte, blieb er plötzlich stehen. Henschel versuchte ihn wieder flott zu machen, doch unvermutet sauste der Fahrstuhl in die Tiefe. Henschel wurde mitgerissen und schwer verletzt. Er wurde in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert.

Bohnsdorf.

Bei der Weihnachtsfeier in der Villa Kohl ist eine Herrschaftsmehr gefunden worden. Dieselbe ist abgeholt vom Lokalkommismissionsmitglied Ewald Wille, Bohnsdorfer Straße 21, Genossenschaftshaus.

Notawedel.

Verbot des Silvesterfeierns. In einer amtlichen Bekanntmachung wendet sich der Amtsvorsteher gegen die alteingesessene Sitte oder, besser gesagt, Unsitte, in der Silbesternacht aus den Fenstern Schüsse abzugeben und auf den Straßen schußähnliche Feuerwerkskörper abzubrennen; er droht denjenigen Personen, die bei Verübung des gerügten Unfalls betroffen werden, strafrechtliche Verfolgung an.

In der Sitzung des Gewerkschaftsrates teilte der Delegierte der Väder mit, daß die Angelegenheit des Restaurateurs, früheren Vädermeisters Goinn, Auguststraße, welche in der letzten Kartell-Sitzung zur Sprache gebracht wurde, zur Zufriedenheit der organisierten Väder erledigt ist. — Zur weiteren Unterstützung der streikenden und ausgeperrten Tabakarbeiter wurde beschlossen, dem Extrabeitrag, der auf 5 Pf. pro Woche und Mitglied festgesetzt ist, von den Gewerkschaften auf weitere vier Wochen zu erheben.

Gerichts-Zeitung.

Ein Zugzusammenstoß auf der Ringbahn

lag einer Anlage wegen fehlerhafter Gefährdung eines Eisenbahntransports zugrunde, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrats Brieskorn die 10. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Angeklagt waren vier Eisenbahnbeamte und zwar der Eisenbahngeschäftsleiter Hermann Rauter, der Weichensteller Ferdinand Raabe, der Lokomotivführer Johannes Strohsfeldt und der Zugführer Wilhelm Klink, welche von den Rechtsanwältinnen Marjonnin, Dr. Sonnenfeld, Dr. Herbert Kränkel und Dr. Niehke verteidigt wurden.

Da es sich in der Verhandlung hauptsächlich um die Erörterung rein betriebstechnischer Fragen handelte, waren vom Gericht und der Verteidigung mehrere Sachverständige von der Eisenbahnbehörde geladen. In der Mitte des Gerichtssaales war ein großer Tisch aufgestellt, auf welchem mit Hilfe einer Miniaturbahn, Schienen, Weichen und Signalmaschinen die tatsächlichen Verhältnisse am der zwischen den Stationen Treptow und Stralau-Rummelsburg gelegenen Unglücksstelle im Lilipusstil dargestellt wurden. — Der Anklage liegt jener Zugzusammenstoß zugrunde, der sich am 7. Januar d. J. dicht hinter der Station Treptow ereignet hatte und bei dem zahlreiche Personen Verletzungen erlitten hatten. Der sogenannte Völlringzug A 7, der kurz nach 6 Uhr von der Station Rixdorf abgefahren war, hatte die Station Treptow verlassen und befand sich gerade auf der Brücke zwischen den Stationen Treptow und Stralau-Rummelsburg als der jehige Angeklagte Strohsfeldt, der sich auf der Lokomotive befand, bemerkte, daß er auf einem falschen Geleise fuhr. Er bremste sofort und ließ den Zug auf die Järufe und Signale der in dem nahen Stellwerk St. befindlichen Angeklagten Rauter und Raabe rückwärts laufen, um wieder über die falsch gestellte Weiche hinweg auf das richtige Geleise zu gelangen. In demselben Augenblick kam von Treptow her der Sühringzug 212 heran. Der Lokomotivführer dieses Zuges sah plötzlich die Schlusslichter des sich rückwärts bewegenden ersten Zuges auf sich zukommen. Er gab sofort Gegenampf und zog die Bremse und brachte auch tatsächlich noch seinen Zug zum Stehen. Er konnte es jedoch nicht verhindern, daß der rückwärtsfahrende Zug auf ihn aufzufuhr. Der Zusammenstoß erfolgte mit einem weithin hörbaren Getöse und mit einer derartigen Gewalt, daß sich mehrere Wagen zusammenhoben. Die erschrockenen Fahrgäste stürzten histerend aus den Kuppeln und liefen die Geleise entlang. Hierdurch gerieten sie in eine zweite noch größere Gefahr, da in demselben Moment von Rummelsburg kommend ein dritter Zug heranbrauste. Zum Glück hatte einer der Bahnbeamten die Geleisegenwart durch Zuzufen auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen, so daß die Fahrgäste noch durch schnelles Weiteitspringen ihr Leben in Sicherheit bringen konnten. Als verletzt meldeten sich circa 20 Personen, die aber sämtlich mit leichteren Verletzungen davongekommen waren. — Vor Gericht gaben die Angeklagten Rauter und Raabe zu, jene Weiche falsch gestellt zu haben. Sie gaben an, irrtümlich geglaubt zu haben, daß es sich um einen anderen Zug handelte, der nach links einbiegen mußte. Die Hauptschuld mißt die Anklage den Angeklagten Strohsfeldt und Klink zu, die darin gefunden wird, daß sie entgegen der ausdrücklichen Vertriebsvorschrift ohne besondere Anweisung rückwärts gefahren waren, trotzdem sie wußten, daß bei der schnellen Zugfolge auf der Ringbahn unmittelbar hinter ihnen ein anderer Zug folgte. — Das Gericht kam auf Grund der Gutachten der Sachverständigen zu der Ansicht, daß eine Schuld lediglich dem Angeklagten Strohsfeldt beigemessen sei, da

entgegen der Vertriebsvorschrift ohne Auftrag rückwärts gefahren war, trotzdem er wusste, daß dicht hinter ihm ein anderer Zug folgte. Gegen ihn lautete das Urteil dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 500 Mark Geldstrafe, während die übrigen freigesprochen wurden.

Eine grobe Ausschreitung dreier „Achteten“, die in der rohesten Weise über einen Menschen hergefallen waren, beschuldigt gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Wegen gefährlicher und schwerer Körperverletzung im Sinne des § 224 des Strafgesetzbuches waren die Artisten Hermann Gehrte, Hermann Ehler und Karl Hermann angeklagt.

Die Angeklagten sind zusammen zirka 30 Mal wegen allerlei Missetaten mit längeren Gefängnisstrafen vorbestraft. Nach ihrer Angabe sind sie als Ringkämpfer und Partierkrochoten aufgetreten. — Am 27. Dezember v. J. kamen die drei Angeklagten, nachdem sie vorher schon mehrere andere Lokale aufgesucht hatten, spät abends in die Schankwirtschaft von Schmidt in der Siewertstraße. Als sie sich hier ungehörig benahmen, wurden sie von Schmidt aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Sie lehnten sich jedoch nicht im geringsten an diese Aufforderung, sondern schlugen auf Schmidt ein. Nachdem einer der Angeklagten mit einem Stuhle die Gastrone demoliert hatte, fielen alle drei in der Dunkelheit über den Gastwirt her und schlugen in der rohesten Weise auf ihn ein, um dann die Flucht zu ergreifen. Für den übel zugerichteten Schmidt hatte dieser Exzeß recht schwere Folgen, da er infolge eines Schlagens die Schenke auf einem Auge fast vollständig einbüßte. — Der Angeklagte Ehler versuchte später seine Schuld durch einen friedlichen Ausgleich zu föhnen, indem er an Schmidt eine Buße von 350 Mark zahlte. Da jedoch eine Einigung mit den beiden anderen Angeklagten nicht zu erzielen war, erhaltete Sch. im März d. J. Anzeige. — Das Gericht erkannte gegen Gehrte und Hermann auf 9 Monate Gefängnis, gegen Ehler lautete das Urteil dagegen auf 1 Monat Gefängnis, da er offensichtlich aus Reue über seine Tat schon versucht habe, den Verletzten zu entschädigen.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen, lest die Parteipresse!

Wir gehen einem neuen Jahre entgegen, einer Zeit, in der nicht nur große, heftige Kämpfe toben, sondern auch wichtige Entscheidungen fallen werden. Hierbei ist es zweifellos, daß die Presse uns eine zielsichere, unerschöpfene und konsequente Führerin sein kann und muß. Nur wer in seinem Organ, aus dem er täglich seine geistige Nahrung zieht, auch eine Weltanschauung findet, wird mit dem frohen unerbürdlichen Bemühen in die Kämpfe hinausziehen, daß nur eine gründliche und umfassende Reform unserer heutigen Gesellschaftsordnung die sichere Gewähr für gerechtere, sittlichere und vernünftiger Zustände in der künftigen Gesellschaft bieten kann. Die Presse muß die Wegweiserin sein, die uns führt und leitet, uns stützt und anfeuert, uns vorwärts treibt, dem Ziele entgegen. Diese Aufgaben kann die Presse aber nur erfüllen, wenn sie auf dem Klassenstandpunkte ihrer Leserschaft steht. Trotzdem sind heute noch viele Tausende von Angehörigen der arbeitenden Schichten Leser und Förderer der bürgerlichen Presse, die natürlich auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung steht und weiter nichts ist, als der Reflex der demagogischen, frömmelnden und mordspatriotischer Tendenzen, die nur den Zweck haben, die allmählich erwachende arbeitende Klasse vom Klassenkampf abzuhalten, ihnen Demut, Unterwürfigkeit und andere zweifelhaft Tendenzen zu predigen.

Ihre stärkste Stütze findet die Klatsch- und Reptilienpresse bei der Frau, die sie mit allerlei Mähdchen und allerlei sentimentalem und läppischem Strickschraus fördert, auf welch raffinierten Trick leider auch nur allzu viele Frauen aus den unteren Schichten hineinfallen. In der Zeit der größten Hungersnot, der schandwürdigsten Lebensmittelverteilung predigt man dem Volke weise Sparsamkeit und täuscht ihm statt preiswerter und nahrhafter Speisen angeblich „wohlfeile“ Kochrezepte auf, die ein blutiger Hohn auf die ohnedies schon kümmerliche Ernährungsweise dieser Schichten sind.

Wo es gilt, die heutigen Zustände, sei es unsere verrückte Zoll- und Wuchergesetzgebung, sei es unsere empörende Klassen- und Militärjustiz, unsere kulturwidrigen Schulverhältnisse, die Abhängigkeit des Staates von der Kirche zu geisteln, da versagt diese Presse oder windet sich um eine klare und unzweideutige Stellungnahme herum. Statt dessen finden in ihren Spalten der ödeste Klatsch, blutige Schauer- geschichten oder die intimsten Liebesangelegenheiten hochstehender Persönlichkeiten in breiter Ausführlichkeit Aufnahme. Die grauenhaften Zustände des Landarbeiterlebens, die empörende Ausbeutung der Frauen und Kinder, die brutale Niederknüppelung des arbeitenden Volkes werden verschwiegen oder in entstellter Weise wiedergegeben, zum Teil noch blutig verhöhnt.

Für die erwerbstätige Frau, für die Frau als Mutter und Erzieherin kommt aber noch ein Punkt von größter Wichtigkeit in Betracht: die politische und soziale Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts! Die Forderung der Gleichberechtigung der Frau ist bis jetzt noch von keiner bürgerlichen Partei je gefordert noch vertreten worden. Im Gegenteil, diese Forderung hat dem größten Teil der bürgerlichen Presse, darunter sogar ganz links stehenden Blättern, bis zur heutigen Stunde Anlaß zu den banalsten und kindischsten Witzen und Kalauern geboten. Und das in einer Zeit, wo elf Millionen erwerbstätiger Frauen im Daseinskampfe stehen und der Gesellschaft unermeßliche Werte schaffen, wo an die Frau als Mutter und Erzieherin die höchsten Anforderungen gestellt werden. — Dafür der Spott und Hohn! Die Sozialdemokratie war bis jetzt die unbestrittene Verfechterin der Staatsbürger- und Menschenrechte auch des weiblichen Geschlechts.

Darum sollte jede Frau, die nicht nur ein Interesse an der Besserung unserer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse hat, sondern auch die Gleichberechtigung der Frau als Staatsbürgerin für unumgänglich notwendig hält, nur eine Zeitung abonnieren, die unbeirrt und unverrückbar die Forderung vertritt: Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Der Kampf muß jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung gelten, ganz gleich, ob sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse richtet. Keine Partei hat in ihrem Programm die Forderung, wie sie das sozialdemokratische Parteiprogramm enthält: Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

Darum hinaus mit der bürgerlichen Klatsch- und Skandalpresse!

Frauen, abonniert die Presse, die eure Rechte als Mensch, Frau und Mutter jederzeit wahrgenommen hat und wahrnehmen wird. Vor allem aber lest auch die „Gleichheit“, die schneidige Vorkämpferin für Frauenrechte, die unerschöpfene, zielklare Streiterin gegen Ausbeutung und Unterdrückung, die glänzende, lichtvolle Belehrerin und Führerin in allen politischen, wirtschaftlichen, sozialen, ethischen, wissenschaftlichen und literarischen Fragen, die sicher vorwärtsführende Pionierin auf dem Wege zur sonnen- durchleuchteten Zukunft.

Kein Heim ohne dieses Organ, keine Familie, wo nicht die „Gleichheit“ ausläge, die eine Fundgrube an Wissen, ein nie versiegendes Quell der Belehrung und Aufklärung, eine unererschöpfliche Kistkammer für alle Kämpfer im politischen und wirtschaftlichen Leben darstellt.

Die „Gleichheit“, die nicht nur den Großen ein frisch und lebendig sprudelnder Quell des Wissens und der Unterhaltung, der geistigen Durchbildung ist, bietet auch den Kindern, die mit glühenden Bäckchen und glänzenden Augen sich weltvergeben in die prächtige Kinderbeilage versenken, eine empfehlenswerte Lektüre. Sie ist am ehesten geeignet, der verbohrenden und verblödenden Wirkung unserer heutigen Schundliteratur entgegenzuarbeiten.

Frauen, Genossinnen! Abonniert die Arbeiterzeitung, abonniert die „Gleichheit“!

Fort mit der Skandalpresse!

Erst Kampf, dann Frieden!

Mit sentimentalen, verlogenen Redensarten die Arbeiterinnen über die Not der Zeit hinwegzutäuschen, ist ein beliebter Trick der Unternehmerpresse. Trotz der riesenhaften Reichtumsanhäufung in den Händen weniger, wachsen für die Masse der Bevölkerung die Existenzsorgen. Während in den heuchlerisch-moralisierenden Gesellschaften à la Marit die Frau für das treue Schalten und Walten im Hause hochbeglückende Belohnung findet, reißt bittere Not einen immer größeren Teil der weiblichen Bevölkerung aus dem Hause, von der Kinderschar fort, zwingt sie hinein in die Geist- und Körpergerüttelte kapitalistische Fronarbeit. Und was dabei nicht vergessen werden darf: die Wirtschafts- und Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien ist es, die in steigendem Maße die Mitarbeit der Frau zu einer gebietenden Notwendigkeit macht! Die Frau muß mit verdienen, obwohl die Produktivität der Arbeit erheblich gestiegen ist. Daß die Zollwucherpolitik die soziale Not des Volkes erhöht, immer mehr Frauen und Jugendliche in die Fabrik hineingetrieben hat, das zeigen zur Evidenz die nachfolgenden Angaben über die Beschäftigung von Frauen und Kindern in der deutschen Industrie. Wir setzen die Zahlen des Jahres 1905, vor dem Inkrafttreten der Zölle des Wuchertarifs und vor dem Wirksamwerden der berühmten Reichsfinanzreform mit den neuen, die Lebenshaltung verteuernenden Steuern in Vergleich zu denen des Jahres 1910. Hier das aufreizende Resultat. Es waren in den Fabriken beschäftigt:

	1905	1910
Arbeiterinnen, über 21 Jahre alt	638 918	770 336
von 16—21 Jahren	408 829	489 120
Mädchen von 14—16 unter 14	185 673	167 225
4 474	5 856	
Knaben von 14—16 unter 14	246 591	309 076
5 771	7 014	
Arbeiterinnen und Jugendliche zusammen	1 438 258	1 748 627

Die Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Parteien hat die Zahl der zu einer Erwerbsarbeit gezwungenen Frauen ganz erheblich vermehrt, in den 5 Jahren um 315 371 = 22 Proz. Was dieses Resultat bedeutet, geht aus der Tatsache hervor, daß die Zahl der von den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Personen — männliche und weibliche — in 5 Jahren nur um 14 Proz. gestiegen ist. Die Frauen trifft die Verteuerungspolitik der Ritter und Heiligen mit verdoppelter Wucht. Rund 1¼ Millionen Frauen, Mädchen, Kinder und Jugendliche fronden nun im Dienste des Kapitalismus. Seit 1908 nahm übrigens die Zahl der über 21 Jahre alten Arbeiterinnen rascher zu als die der 16—21 Jahre alten. Das läßt darauf schließen, daß immer mehr verheiratete Frauen sich der Fabrikarbeit zuwenden müssen. Unter den jugendlichen Arbeitern hat das weibliche Element sich stärker vermehrt als das männliche; gleichfalls ein Beweis für das wachsende Dineingezerrn der Frauen in das Erwerbsleben. 12 870 Kinder unter 14 Jahren waren trotz des Kinderschutzgesetzes in Fabriken und Bergwerken beschäftigt. Die meisten Kinder — 31,2 Prozent aller — beschäftigt die Textilindustrie.

Die Kinder- und Frauenarbeit, als das Resultat unserer kapitalistischen Pflanderwirtschaftsordnung, bildet eine nette Illustration zu dem Friedens- und Wohlgefallensgekrei der letzten Tage: sie weisen mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit hin, durch Sozialisierung der Gesellschaft das seit Jahrtausenden erträumte Ideal der Menschheitsbefreiung und -beglückung erst noch zu erkämpfen!

Aus aller Welt.

Väterchens Denkersknechte.

Immer wieder gelangen aus den russischen Gefängnissen verzweifelte Hilferufe an die Öffentlichkeit, die einen Begriff geben von den furchtbaren Qualen der politischen Gefangenen. Kann die russische Reaktion nicht den sozialistischen Geist töten, der seinen Siegeszug durch das Land hält, so sucht sie wenigstens die ergriffenen Propagandisten der sozialdemokratischen Lehre körperlich zu Grunde zu richten. Und mit welchen Mitteln Väterchens Beauftragte den langsamen Menschenmord betreiben, ist aus dem Briefe eines Gefangenen des Moskauer Katorgagefängnisses zu ersehen. Es heißt darin: „Unsere Katorga muß als Hölle bezeichnet werden. Hier läßt man die Gefangenen hungern, man verhöhnt sie, schlägt sie zu Krüppeln, unterwirft sie Exzitationen. Dabei zwingt man alle, zu furchterlichen Bedingungen zu arbeiten. Im Namen aller Genossen auf der Katorga wende ich mich an Sie mit der Bitte, der Welt unsere Qualen mitzuteilen und unseren Genossen, den kleinen und den großen, den Stempel der Schmach aufzudrücken.“

Nur zu erklärlich ist bei solchen täglichen Verbrechen an Gesundheit und Leben der Gefangenen, daß die Krankheits- und Sterblichkeitsziffern in den Gefängnissen zu enormen Höhen anwächst. Aber auch da weiß die russische Bureaucratie Rat zu schaffen. Nicht etwa, daß sie mildernd eingreift, das wäre ja gegen den heiligen Geist des zarischen Regimes. Sie verbietet einfach den Gefängnisärzten, Mitteilungen über die sanitären Zustände an die Öffentlichkeit zu bringen. So ist dieser Tage wieder dem Gefängnisarzt in Smolensk von der Administration verboten worden, einen Bericht über die Krankheiten und die Sterblichkeit in den Gefängnissen in der Berater- sammlung zu verlesen!

Im Interesse der Menschlichkeit und Kultur ist zu hoffen, daß nicht allzu lange mehr die zarischen Denkersknechte das Regiment führen.

Feuer in einem englischen Kinotheater.

Ein schweres Brandunglück hat sich am Mittwochabend in einem Kinetographentheater in Chesterfield ereignet. Dreißig Kinder befanden sich in einem Nebenraume des Lichtspieltheaters, wo sie sich entkleideten und mit einem leichten Stoff bedeckten, um einer Kinetographischen Aufnahme zu dienen. Angeblich wollte sich einer der Knaben an einem Lichte eine Zigarette anzünden; er kam mit dem Lichte einem leibschleibenden Mädchen zu nahe, deren Kleider Feuer fingen. Im Augenblick stand das unglückliche Mädchen in hellen Flammen. Das Feuer dehnte sich bald über alle Kinder aus. Von den dreißig Kindern wurden fünf tödlich verletzt nach dem Hospital von Chesterfield gebracht, während verschiedene andere nach Anlegung von Nothverbänden sich zu ihren Eltern zurückgeben konnten. Das Befinden der schwerverletzten Kinder ist äußerst besorgniserregend, und man hat wenig Hoffnung, sie am Leben zu erhalten.

Bumbum! Trara!

Den oppositionellen Parteien droht zu den bevorstehenden Reichstagswahlen schweres Unheil. Um den inneren Feind zu besiegen, werden in Sommerfeld im Kreise Spandau-Potsdam-Osthavelland die Mannen des Kriegervereins aufgeboden. Der Vorstand hat an die Mitglieder folgenden Appell erlassen: „Reichstagswahl! Am 12. Januar 1912, vormittags 12 Uhr, gemeinsamer Abmarsch zum Wahllokal mit Musik und Fahnen. Orden und Ehrenzeichen sind anzulegen.“

Wie wir hören, ist als Feldgeschrei des Sommerfelder Landsturms der Ruf: „Heil Heidebrand!“ gewählt worden. Unter diesem Zeichen wollen die tapferen Sommerfelder Kriegervereiner kämpfen und — ihren Trauerschoppen trinken.

Das Jölibat.

Ein katholischer Pfarrer, der sich sein einfames Leben etwas versüßen will, erläßt in der Wiener „Reichspost“ folgenden Notzettel: „Pfarrhof in der Nähe Wiens, ohne Dekonomie, wird ein nettes Mädchen oder Witwe als Wirtschaftlerin zu einem einzelnen geistlichen Herrn aufgenommen. Zuschriften mit näheren Angaben unter „Wirtschaftlerin 854“ an das Stadtbureau der „Reichspost“, I. Bezirk, Schulerstraße Nr. 21.“

Mit Hilfe der „näheren Angaben“ gelangt es dem leuchtenden Pfarrherrn hoffentlich, in den Besitz eines wirklich netten Mädchens zu gelangen.

Kleine Notizen.

Unter Sandmassen verschüttet. In Falzborf (Rheinland) wurden zwei in einer Sandgrube beschäftigte Nechte von plötzlich niederstürzenden Sandmassen verdrückt. Nach dreiviertelstündiger Arbeit wurden die Verunglückten als Leichen geborgen.

Ein Hausbrand. In der belgischen Ortschaft Noosleede begoß eine Frau ihren schlafenden Ehemann mit einem Eimer siedend heißen Wassers. Der Mann verstarb einige Minuten später unter gräßlichen Schmerzen.

Zusammenstoß zwischen Automobil und Leichenwagen. Untweit des Ortes Rupe in österröischen Küstenlande fand ein Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einem Leichenwagen statt. Der Leichenwagen wurde vollständig zertrümmert. Der Chauffeur und der Lenker des Leichenwagens wurden getötet. Die Insassen des Automobils wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Ein Glücksspiel. Der spanische Kronpräsident Don Jaime gewann in den letzten zwei Tagen im Spielhaus von Monte Carlo beim Roulette Spiel 400 000 Mark. Kurz vor seiner Abreise nach San Remo erklärte er, daß er nun genug gewonnen habe.

Im Kampf mit Verbrechern. Bei dem Verlaufe, mehrere Verbrecher zu verhaften, wurden in der russischen Stadt Kifolaje zwei Geheimpolizisten getötet und einer schwer verwundet. Sechs der Verbrecher wurden verhaftet.

Ein neues Goldlager. In Ruby am Hammonsluk in Alaska ist ein neues großes Goldlager entdeckt worden. Aus allen Teilen des Landes strömen die Goldsucher zu diesem Plage, wo sich in kurzer Zeit eine ganze Zeltstadt entwickelt hat.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Schluß und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Kennzeichnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. 7. W. Ihre Wohnung ist ebenfalls anzugeben. — N. 1912. 1. Rein. 2. Es muß Einspruch erhoben werden. Für die Reichstagswahl verbleibt bei kinderloser Ehe dem überlebenden Ehegatten. Der übrige Nachlaß ist in vier in Frage kommenden Fällen zu teilen. — Alter Abonnement 100. 1. Ja. 2. An das Amtsgericht, in dessen Bezirk Sie wohnen. 3. Ja. Nach dem Ableben eines Teils muß das Testament unverzüglich dem Amtsgericht eingereicht werden. 4. Vor- und Zuname. 5. Ja. Die übliche Bezeichnung ist: „Gemeinschaftliches Testament“. — G. 21. Nur für die Zeit bis zum Tode. Falls die Forderung darüber hinausgeht, reklamieren. — R. 2. 24. Der Vermirer, falls der Schaden nicht durch Ihr oder Ihrer Familienangehörigen Verschulden verursacht ist. — N. 24. 24. Soweit richtiglich, nicht ausreichend. Bei dem unter 3. erwähnten wesentlichen Grunde liegt, soweit Ihre Darstellung erkennen läßt, Verjährung vor. — R. N. 7500. 1. Ja. 2. Unbestimmt. — O. 2. 29. 1. Reichen Sie sofort Beschwerde beim Amtsgericht ein. 2. Ja. 3. Die Frau kann intervenieren, muß sich aber eine eidesstattliche Versicherung der Eltern verschaffen. — N. Wapal 1912. Verlassen Sie den Umwau. Verwendung nach dem 1. Januar ist unzulässig. — P. 3. 23. Die Scheidung ist nicht zu erreichen, da Sie österröischer Katholik sind. Das Kind hat Anspruch auf Hausgemähen Unterhalt, die Frau nach Ihrer Schilderung auf notwendige Unterhalt. — W. G. 9991. 1. Ja. 2. Eina 100 R. — R. 27. Ja, jedoch ist das Fahrgeiß zu fügen. — G. 7. 77. 1. Nach Ihrer Darstellung unterlagen Sie nicht der militärischen Kontrolle. 2. Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu dreihundert Mark. — W. 2. 100. Ihre Mutter kann klagen, Ihre Ansprüche sind verjährt, abgesehen von dem später in Frage kommenden Erbrecht. — Wilmersdorf-Friedenau. 1. Ja. 2. Rein.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am		Wasserstand	am		am	
	27. 12.	26. 12.	27. 12.	26. 12.		27. 12.	26. 12.	27. 12.	26. 12.
	cm	cm ¹⁾		cm ¹⁾		cm	cm ¹⁾		cm ¹⁾
Remel, Müst	176 ¹⁾	—	176 ¹⁾	—	Saale, Großh	110	+6	110	+6
Bregel, Jüterburg	—	0	—	0	Havel, Spandau ²⁾	56	+2	56	+2
Beigels, Thorn	32	+6	32	+6	Havel, Rathenow ³⁾	33	+7	33	+7
Oder, Krollen	145	+3	145	+3	Spree, Spremberg ³⁾	78	0	78	0
• Krollen	76	—	76	—	• Breslow	77	—	77	—
• Frankfurt	94	+6	94	+6	• Beyer, Wanden	268	+28	268	+28
Wartbe, Schramm	23	—	23	—	• Witten	292	—	292	—
• Landsberg	1	+1	1	+1	Rhein, Wagnitzkanal	476	+12	476	+12
Rege, Borsdamm	6	0	6	0	• Raab	289	+13	289	+13
Eide, Zehlendorf	—	+2	—	+2	• Alin	443	+19	443	+19
• Dresden	—	+30	—	+30	• Rekar, Heilsbrunn	226	—	226	—
• Bergh	45	+3	45	+3	• Wain, Berthels	—	—	—	—
• Magdeburg	48	+4	48	+4	• Woiel, Trier	373	+16	373	+16

1) + bedeutet Hoch, — Fall. 2) Unterpegel. 3) Ufstand.

Dritter Reichstags-Wahlkreis.

Freitag, den 29. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

Zwei Wähler-Versammlungen

in „Dresdener Kasino, Dresdener Straße 96
und in den „Ritter-Sälen“, Ritterstraße 75.

Tagesordnung:

„Die bevorstehende Reichstagswahl.“

Referenten: Genosse Fröh Ebert und Stadtverordneter Paul Dupont.

In beiden Versammlungen wird der Kandidat des Kreises Wilsch Pfannkuch eine Ansprache halten
Zahlreichen Besuch erwartet [214/13*] Der Einberufer.

5. Reichstags-Wahlkreis.

Freitag, den 29. Dezember 1911, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal
der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23:

Öffentliche Wähler-Versammlung

Tagesordnung:

259/8*

„Warum hat die Abrechnung vom 12. Januar internationale Bedeutung?“

Referent: Schriftsteller Genosse Eduard Bernstein. — Freie Diskussion.

Parteilgenossen: Agitiert für Massenbesuch zu dieser Versammlung.
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Achtung! Polen! Achtung!

Sonntag, den 31. Dezember, nachmittags 2 Uhr, im Lokal von Borgmann,
Lindendammstraße 21:

Öffentliche polnische Wähler-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Stellung des polnischen Volkes zur Reichstagswahl. Referent: J. Städtewicz.
Rattowig. 2. Freie Diskussion.

Es ist Pflicht eines jeden Polen, in der Versammlung zu erscheinen.

Die Agitationskommission der P. P. S. Berlin-Bezirk.

Verband der Lederarbeiter

Filiale Berlin I.

Sonntag, den 31. Dezember, vormittags 10 Uhr,
Prinzenallee 33:

Versammlung.

Tagesordnung:

Stellungnahme zum Ablauf des Tarifs.

Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet

Der Vorstand.

Wegen Todesfall

sofort zu verkaufen in Kontopp (Schles.)
eine seit 20 Jahren bestehende, ohne
Konkurrenz sehr gut gehende

Buchbinderei

mit Papierhandlung.
Näheres bei den Erben Friedrich,
Berlin S. 61, Schmeier Str. 6;
vom 4.-8. Januar 12 in Kontopp.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-
ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitsloftsaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Einsetzer.

Die Arbeitsvermittlung erfolgt vom 2. Januar im paritätischen
Kerlsbühnenweg von 10 bis 12 Uhr vormittags.

Achtung!

Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!

Sonntagnachmittag von 3-8 Uhr abends ist der Arbeitsloftsaal
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, als Lesesaal für die Lehrlinge und
jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitungen der
Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.

Auch stehen den Besuchern Unterhaltungsstücke zur Verfügung.
Die Werkstättenvertrauensmänner werden gebeten, die Lehrlinge auf
den Besuch des Lesesaales aufmerksam zu machen.



Zu den Reichstagswahlen 1912!
Jeder Reichstagswähler

der über die Entwicklung der
politischen Parteien in Deutschland
von 1871 berichtet und
wollt, kann sich für 10 Pf. die
Reichstagswahlpostkarte
Hauptvertrieber in allen
Wahlkreisen
erwerben durch
Gustav Kretschmer
Kuttler
Hauptvertrieber für Teltow-Beeskow-Charlottenburg
Wilhelm Künzel, Rixdorf,
Erlanger Straße 8, III.
2118*

Vorverkauf für Großhändler:
Fr. Marquardt, Berlin N. 65,
Sonnent. 109, a Hof 7. pl.

Caviar-Hucke.

Vorzüglichen Astrachaner Caviar
pro Pfund 7.—, 9.—, 11.— bis 24.— M.
Oelsardinen, Neunaugen, Bratheringe, Sprotten billigst!

V. & A. Hucke, Kaiser-Wilhelm-Straße 21,
Caviar und Räucherfische engros und Verkauft.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig fettgedruckte
Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen
5 Pf. das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte
mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
Für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Grundbegriffe der Politik, von
Friedrich Stampfer, Gebunden 3 M.
Buchhandlung Vorwärts, Linden-
straße 69 (Laden).

Leppische! (schlechte) in allen
Sprachen, seit für die Hälfte des Wertes
Leppische! (schlechte) in allen
Sprachen, seit für die Hälfte des Wertes

Wandteppiche, Rührerplatz 7,
50 Jahre Garantie, Leppische,
Vortieren, Valerolo, Engage, Vela-
holas, Verchiedenes. 6569*

Wandteppiche, Rührerplatz 7,
50 Jahre Garantie, Leppische,
Vortieren, Valerolo, Engage, Vela-
holas, Verchiedenes. 6569*

Wandteppiche, Rührerplatz 7,
50 Jahre Garantie, Leppische,
Vortieren, Valerolo, Engage, Vela-
holas, Verchiedenes. 6569*

Wandteppiche, Rührerplatz 7,
50 Jahre Garantie, Leppische,
Vortieren, Valerolo, Engage, Vela-
holas, Verchiedenes. 6569*

Wandteppiche, Rührerplatz 7,
50 Jahre Garantie, Leppische,
Vortieren, Valerolo, Engage, Vela-
holas, Verchiedenes. 6569*

Wandteppiche, Rührerplatz 7,
50 Jahre Garantie, Leppische,
Vortieren, Valerolo, Engage, Vela-
holas, Verchiedenes. 6569*

Wandteppiche, Rührerplatz 7,
50 Jahre Garantie, Leppische,
Vortieren, Valerolo, Engage, Vela-
holas, Verchiedenes. 6569*

Wandteppiche, Rührerplatz 7,
50 Jahre Garantie, Leppische,
Vortieren, Valerolo, Engage, Vela-
holas, Verchiedenes. 6569*

Wandteppiche, Rührerplatz 7,
50 Jahre Garantie, Leppische,
Vortieren, Valerolo, Engage, Vela-
holas, Verchiedenes. 6569*

Wandteppiche, Rührerplatz 7,
50 Jahre Garantie, Leppische,
Vortieren, Valerolo, Engage, Vela-
holas, Verchiedenes. 6569*

Wandteppiche, Rührerplatz 7,
50 Jahre Garantie, Leppische,
Vortieren, Valerolo, Engage, Vela-
holas, Verchiedenes. 6569*

Wandteppiche, Rührerplatz 7,
50 Jahre Garantie, Leppische,
Vortieren, Valerolo, Engage, Vela-
holas, Verchiedenes. 6569*

Wandteppiche, Rührerplatz 7,
50 Jahre Garantie, Leppische,
Vortieren, Valerolo, Engage, Vela-
holas, Verchiedenes. 6569*

Wandteppiche, Rührerplatz 7,
50 Jahre Garantie, Leppische,
Vortieren, Valerolo, Engage, Vela-
holas, Verchiedenes. 6569*

Federbetten, Stand 10,00, 15,00,
20,00, feinste Brautbetten, Böden,
Gardinen, Decken, Handbleichhaus,
Rührerplatz 7.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00,
20,00, feinste Brautbetten, Böden,
Gardinen, Decken, Handbleichhaus,
Rührerplatz 7.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00,
20,00, feinste Brautbetten, Böden,
Gardinen, Decken, Handbleichhaus,
Rührerplatz 7.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00,
20,00, feinste Brautbetten, Böden,
Gardinen, Decken, Handbleichhaus,
Rührerplatz 7.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00,
20,00, feinste Brautbetten, Böden,
Gardinen, Decken, Handbleichhaus,
Rührerplatz 7.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00,
20,00, feinste Brautbetten, Böden,
Gardinen, Decken, Handbleichhaus,
Rührerplatz 7.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00,
20,00, feinste Brautbetten, Böden,
Gardinen, Decken, Handbleichhaus,
Rührerplatz 7.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00,
20,00, feinste Brautbetten, Böden,
Gardinen, Decken, Handbleichhaus,
Rührerplatz 7.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00,
20,00, feinste Brautbetten, Böden,
Gardinen, Decken, Handbleichhaus,
Rührerplatz 7.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00,
20,00, feinste Brautbetten, Böden,
Gardinen, Decken, Handbleichhaus,
Rührerplatz 7.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00,
20,00, feinste Brautbetten, Böden,
Gardinen, Decken, Handbleichhaus,
Rührerplatz 7.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00,
20,00, feinste Brautbetten, Böden,
Gardinen, Decken, Handbleichhaus,
Rührerplatz 7.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00,
20,00, feinste Brautbetten, Böden,
Gardinen, Decken, Handbleichhaus,
Rührerplatz 7.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00,
20,00, feinste Brautbetten, Böden,
Gardinen, Decken, Handbleichhaus,
Rührerplatz 7.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00,
20,00, feinste Brautbetten, Böden,
Gardinen, Decken, Handbleichhaus,
Rührerplatz 7.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00,
20,00, feinste Brautbetten, Böden,
Gardinen, Decken, Handbleichhaus,
Rührerplatz 7.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00,
20,00, feinste Brautbetten, Böden,
Gardinen, Decken, Handbleichhaus,
Rührerplatz 7.

Chaiselongue, neues, 16,—,
Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Chaiselongue, neues, 16,—,
Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Chaiselongue, neues, 16,—,
Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Chaiselongue, neues, 16,—,
Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Chaiselongue, neues, 16,—,
Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Chaiselongue, neues, 16,—,
Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Chaiselongue, neues, 16,—,
Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Chaiselongue, neues, 16,—,
Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Chaiselongue, neues, 16,—,
Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Chaiselongue, neues, 16,—,
Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Chaiselongue, neues, 16,—,
Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Chaiselongue, neues, 16,—,
Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Chaiselongue, neues, 16,—,
Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Chaiselongue, neues, 16,—,
Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Chaiselongue, neues, 16,—,
Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Chaiselongue, neues, 16,—,
Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Chaiselongue, neues, 16,—,
Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumen-
straße 44. 238*

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumen-
straße 44. 238*

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumen-
straße 44. 238*

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumen-
straße 44. 238*

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumen-
straße 44. 238*

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumen-
straße 44. 238*

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumen-
straße 44. 238*

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumen-
straße 44. 238*

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumen-
straße 44. 238*

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumen-
straße 44. 238*

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumen-
straße 44. 238*

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumen-
straße 44. 238*

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumen-
straße 44. 238*

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumen-
straße 44. 238*

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumen-
straße 44. 238*

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumen-
straße 44. 238*

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumen-
straße 44. 238*

Wohngesuche.
Zahngebisse, Zahn bis 80 Uhr,
Goldfaden, Stanniol, höchstgültig,
Kohn, Neue Königstraße 76. 238/11*

Wohngesuche.
Zahngebisse, Zahn bis 80 Uhr,
Goldfaden, Stanniol, höchstgültig,
Kohn, Neue Königstraße 76. 238/11*

Wohngesuche.
Zahngebisse, Zahn bis 80 Uhr,
Goldfaden, Stanniol, höchstgültig,
Kohn, Neue Königstraße 76. 238/11*

Wohngesuche.
Zahngebisse, Zahn bis 80 Uhr,
Goldfaden, Stanniol, höchstgültig,
Kohn, Neue Königstraße 76. 238/11*

Wohngesuche.
Zahngebisse, Zahn bis 80 Uhr,
Goldfaden, Stanniol, höchstgültig,
Kohn, Neue Königstraße 76. 238/11*

Wohngesuche.
Zahngebisse, Zahn bis 80 Uhr,
Goldfaden, Stanniol, höchstgültig,
Kohn, Neue Königstraße 76. 238/11*

Wohngesuche.
Zahngebisse, Zahn bis 80 Uhr,
Goldfaden, Stanniol, höchstgültig,
Kohn, Neue Königstraße 76. 238/11*

Wohngesuche.
Zahngebisse, Zahn bis 80 Uhr,
Goldfaden, Stanniol, höchstgültig,
Kohn, Neue Königstraße 76. 238/11*

Wohngesuche.
Zahngebisse, Zahn bis 80 Uhr,
Goldfaden, Stanniol, höchstgültig,
Kohn, Neue Königstraße 76. 238/11*

Wohngesuche.
Zahngebisse, Zahn bis 80 Uhr,
Goldfaden, Stanniol, höchstgültig,
Kohn, Neue Königstraße 76. 238/11*

Wohngesuche.
Zahngebisse, Zahn bis 80 Uhr,
Goldfaden, Stanniol, höchstgültig,
Kohn, Neue Königstraße 76. 238/11*

Wohngesuche.
Zahngebisse, Zahn bis 80 Uhr,
Goldfaden, Stanniol, höchstgültig,
Kohn, Neue Königstraße 76. 238/11*

Wohngesuche.
Zahngebisse, Zahn bis 80 Uhr,
Goldfaden, Stanniol, höchstgültig,
Kohn, Neue Königstraße 76. 238/11*

Wohngesuche.
Zahngebisse, Zahn bis 80 Uhr,
Goldfaden, Stanniol, höchstgültig,
Kohn, Neue Königstraße 76. 238/11*

Wohngesuche.
Zahngebisse, Zahn bis 80 Uhr,
Goldfaden, Stanniol, höchstgültig,
Kohn, Neue Königstraße 76. 238/11*

Wohngesuche.
Zahngebisse, Zahn bis 80 Uhr,
Goldfaden, Stanniol, höchstgültig,
Kohn, Neue Königstraße 76. 238/11*

Wohngesuche.
Zahngebisse, Zahn bis 80 Uhr,
Goldfaden, Stanniol, höchstgültig,
Kohn, Neue Königstraße 76. 238/11*

Schlafstellen.
Wohngesuche, Herr, 10,00,
Königsstraße 107, vom IV. Winter.

Schlafstellen.
Wohngesuche, Herr, 10,00,
Königsstraße 107, vom IV. Winter.

Schlafstellen.
Wohngesuche, Herr, 10,00,
Königsstraße 107, vom IV. Winter.

Schlafstellen.
Wohngesuche, Herr, 10,00,
Königsstraße 107, vom IV. Winter.

Schlafstellen.
Wohngesuche, Herr, 10,00,
Königsstraße 107, vom IV. Winter.

Schlafstellen.
Wohngesuche, Herr, 10,00,
Königsstraße 107, vom IV. Winter.

Schlafstellen.
Wohngesuche, Herr, 10,00,
Königsstraße 107, vom IV. Winter.

Schlafstellen.
Wohngesuche, Herr, 10,00,
Königsstraße 107, vom IV. Winter.

Schlafstellen.
Wohngesuche, Herr, 10,00,
Königsstraße 107, vom IV. Winter.

Schlafstellen.
Wohngesuche, Herr, 10,00,
Königsstraße 107, vom IV. Winter.

Schlafstellen.
Wohngesuche, Herr, 10,00,
Königsstraße 107, vom IV. Winter.

Schlafstellen.
Wohngesuche, Herr, 10,00,
Königsstraße 107, vom IV. Winter.

Schlafstellen.
Wohngesuche, Herr, 10,00,
Königsstraße 107, vom IV. Winter.

Schlafstellen.
Wohngesuche, Herr, 10,00,
Königsstraße 107, vom IV. Winter.

Schlafstellen.
Wohngesuche, Herr, 10,00,
Königsstraße 107, vom IV. Winter.

Schlafstellen.
Wohngesuche, Herr, 10,00,
Königsstraße 107, vom IV. Winter.

Schlafstellen.
Wohngesuche, Herr, 10,00,
Königsstraße 107, vom IV. Winter.

Gewerkschaftliches.

Das Märchen vom reichgewordenen Bergmann.

Anfang Dezember brachte der „Reichsbote“ einen Artikel unter der Stichmarke: „Eine schwere Anklage gegen die Sozialdemokratie.“ In einer Fußnote war dazu bemerkt:

„Von einem Mitarbeiter aus Thüringen wird uns dieser bemerkenswerte Aufsatz eines sozialdemokratischen Vergararbeiters aus dem Reuselwitzer Braunkohlenrevier, der durch den von der Sozialdemokratie im letzten Sommer frivol in Szene gesetzten Streik mit Weib und Kind in Not geraten ist, zur Verfügung gestellt.“

Der „sozialdemokratische Vergararbeiter“ erzählte in dem Aufsatz, er sei seit 15 Jahren gewerkschaftlich und politisch organisiert und auch als Funktionär tätig gewesen. Bei einer Hausagitation für die „Altenburger Volkszeitung“ Ende Oktober hätte er in einem Dorfe einen früheren Jugendfreund getroffen, der ihn zum Mittagstisch einlud. Hierbei hätte der Jugendfreund dem sozialdemokratischen Vergararbeiter erzählt, wie er selbst als Vergararbeiter zu Haus, Hof und Wohlstand gekommen sei. Das wäre ihm dadurch möglich geworden, daß er sich nicht organisiert und niemals einen Streik mitmachte. Der „sozialdemokratische Bergmann“ wurde durch die Erklärungen seines Jugendfreundes nachdenklich und rechnete zuhause zusammen, was er an Beiträgen für die Organisation bezahlt, und was er ferner durch Streiks, Aussperrungen usw. eingebüßt hätte. Und siehe da, er brachte die Summe von 4418 M. heraus.

Diese Erzählung wurde von einer großen Zahl bürgerlicher und gelber Blätter mit der üblichen Prühe ihren Lesern serviert. — War schon die Nichtigkeit der Angaben an der Hand der ausgeführten Zahlen zu bezweifeln, so fanden einige Vergararbeiter noch ein besonderes Interesse darin, diesen weisen Kollegen kennen zu lernen. Eine eingehende Untersuchung der Sache hat jetzt ergeben, daß die ganze Geschichte von Anfang bis zu Ende erlogen ist! Der „sozialdemokratische Bergmann“ existiert gar nicht, ebenso wenig der „Jugendfreund“. Als Erfinder des Romans ist ein Bergmann Seebauer ermittelt, der weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert, vielmehr ein geschäfflicher Gegner der Sozialdemokratie ist! Seebauer will derjenige sein, der in 15 Jahren 4418 M. für sozialdemokratische Zwecke geopfert hat! Er hat niemals einen Pfennig dafür ausgegeben! Seebauer hat also gehandelt, wie er es seinem erdichteten Jugendfreund zuschreibt, und er ist trotzdem arm wie eine Kirchenmaus! Es müßte gerade sein, daß er seinen „Ueberfluß“ in den katholischen Arbeiterverein oder ins „Blaue Kreuz“ abgeliefert hat, deren Mitglied Seebauer war.

So sieht der „sozialdemokratische Vergararbeiter“ des „Reichsbotes“ und seiner Klumpen aus, und so sind dessen unumstößliche Darlegungen in ihrer überzeugenden Schlichtheit und Sachlichkeit“ beschaffen. — Wenn die arbeiterfeindliche Presse mit solchen Schwindelstücken kommt, sollten sie doch nicht gar zu plump sein; etwas mehr Geist und Witz sollten sie dazu schon verwenden.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Hartgummiarbeiter! Die Firma Matthang, Schleißhofsstr. 32, ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs bis auf weiteres gesperrt.

Deutscher Holzarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Abwehrbewegung in der Mühlenbranche.

Das selbständige Vorgehen der Firma S. Gärtner u. Co. durch die schriftliche Erklärung, das bisherige Arbeitssystem bis Ende Dezember 1912 nicht ändern zu wollen, scheint bei den Herren

Mühlensfabrikanten erge Verstimmung hervorgerufen zu haben, wie aus folgendem Schreiben der Herren Fabrikanten an die Berliner Filiale des Deutschen Mühlenverbandes, das dieser erst am 27. Dezember erhielt, hervorgeht. Dasselbe lautet:

Arbeitgeber-Verband Deutscher Mühlenfabrikanten. An den Deutschen Mühlenverband Filiale Berlin Weinstr. 8, part.

Der Arbeitgeberverband Deutscher Mühlenfabrikanten hat beschlossen, dem obigen Verbands mitzuteilen, daß die Firma S. Gärtner u. Co. als Einzelfirma laut dem Verbandsstatuten des Arbeitgeberverbandes nicht berechtigt war, Verhandlungen direkt mit einer Arbeiterorganisation zu führen, sondern sind eventuelle Verhandlungen nur von Verband zu Verband zu führen. Demgemäß scheidet der Verband Deutscher Mühlenfabrikanten die unberechtigten Unterschrift der Firma S. Gärtner u. Co. als nicht gegeben an.

Herr Gärtner hat den Vorsitz in unserem Verband niedergelegt und ist Herr Adolf Winter zum ersten Vorsitzenden gewählt worden.

Verband Deutscher Mühlenfabrikanten J. A.: Ernst Hoffmann.

Nicht sagender konnte das Schreiben wohl kaum abgefaßt werden. Die Arbeiter soll es wenig kümmern, ob die Herren Fabrikanten die Unterschrift der Firma S. Gärtner u. Co. als nicht gegeben ansehen oder nicht, denn für die Fabrikanten wurde die Unterschrift natürlich auch nicht abgegeben. Daß die Firma S. G. u. Co. die Zulassung halten wird, beweist ja schon, daß Herr S. G. den Vorsitz im Fabrikantenverbande niedergelegt hat, wenn er nicht schließlich ganz ausgetreten ist.

Des weiteren beweist aber das Schreiben, daß die Herren Fabrikanten beschlossen hatten, gegen die Arbeiter gemeinsame Sache zu machen in der Form, daß jeder der Herren vorzüglich auf eigene Faust die Arbeiter seines Betriebes „abmurksen“ sollte. Das Programm hat sich bei der Firma G. A. Hoffmann nur nicht so abgewandelt, wie die Herren es entworfen hatten.

Daß den Herren das Feuer unter den Rägeln schmerzhaft brennt, geht noch viel deutlicher aus einem Schreiben hervor, das die Firma G. A. Hoffmann an sechs 20 Arbeiter und Arbeiterinnen richtete, die sie glaubte am „Heil der Liebe“ zum Verrat bewegen zu können. Das Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Berlin, SW. 29, 23. Dezember 1911. Gneisenaustr. 33.

Herrn

Nachdem Sie sich, trotzdem ich überzeugt bin, daß Sie es gegen Ihre Meinung getan haben, von einigen Helfspornen der Arbeiterschaft in einen für die Arbeitnehmer vollständig ausichtslosen Streik hineintreiben ließen, halte ich es für meine Pflicht, da Sie mir Ihre Arbeitskraft so lange Zeit stets zur Zufriedenheit geliehen haben, Sie ernstlich darauf aufmerksam zu machen, daß es nunmehr die allerhöchste Zeit ist, diesen wie gesagt vollständig ausichtslosen Kampf nicht weiter mitzumachen und Ihre Existenz nicht weiter aufs Spiel zu setzen.

Wie Ihnen vielleicht bekannt, arbeiten bereits jetzt über 80 Personen in meinem Betriebe und bin ich schon jetzt nicht mehr in der Lage, sämtliche Leute wieder einstellen zu können, da sich täglich Arbeitswillige melden.

Ich hoffe also, daß Sie in Ihrem eigenen Interesse nach dem Feste Ihre gewohnte Tätigkeit in meinem gewiß so human wie nur irgend möglich geleiteten anständigen Betriebe bei gutem Lohn wieder aufnehmen werden, da ich später keine Garantie Ihnen gegenüber übernehmen kann, ob Ihr Platz noch frei ist.

Hochachtungsvoll

G. A. Hoffmann.

Auch dieses verlockende Schreiben erweist nicht die Ausichtslosigkeit des Streiks, sondern die vollkommene Hilflosigkeit der Firma, die ohne die Ausständigen den Betrieb gar nicht aufrechterhalten kann. Nur der Arbeiter Paul Rajewski ist auf diese Zuleit hin eingeschlagen und gestern als Arbeitswilliger reuevoll in den Betrieb zurückgekehrt. Die Arbeiter sind überzeugt, daß sie aus dem ihnen aufgezeigten Kampfe als Sieger hervorgehen werden.

vor es nur ein leichter Schwindel, der sich aber bald verstärkte und über eine Woche lang anhält. Als zweites Symptom gestellte sich Trockenheit im Halse hinzu. Atropin löst nämlich die Nerven, welche die Sekretion der Drüsen verursachen. Nach einer Stunde traten die Augenstörungen auf. Die Pupillen erweiterten sich. Die Glieder wurden schmer, der Gang unsicher und taumelnd. Nun wurde dem Experimentator sein Zustand unheimlich. Er suchte sich den Magen auszubücheln, um das Atropin hinauszubefördern. Trotzdem nahmen die Vergiftungserscheinungen zu. Das Bewußtsein trübte sich. Der Kranke führte wirre Reden, verlor die Gegenstände und halluzinierte zeitweilig. Zwiischendurch wurde er klar. Am Morgen nach der Vergiftung besiel ihn eine auffallende Gedächtnisschwäche, allerdings nur für die Begebenheiten, die kurz zuvor geschehen waren. Zudungen, die in Armen und Beinen auftraten, zwangen, der Selbstbeobachtung ein Ende zu machen. Starke Abführmittel entfernten die Beeren aus dem Darm. Aber noch mehrere Tage hielten die Vergiftungserscheinungen an. Erst nach einer Woche waren die Nachwirkungen überstanden.

Der Murgab-Scandal. Aus Petersburg wird berichtet: Als das Chanat China nach langwierigen und erbitterten Kämpfen sich unter russische Oberhoheit begab, schied Kaiser Alexander III. eine Fläche von circa 100 000 Hektar aus, die unter dem Namen Murgab als lauterliches Schatzkammergut einverleibt wurde. Die aberaus fruchtbaren Landereien könnten mit wenig Mühe in ein Paradies verwandelt werden, doch hat die Apanagenverwaltung das nicht vermocht, die Landereien werden in primitiver Weise von den Eingeborenen bearbeitet und sie zahlen nur verhältnismäßig geringe Pacht. Jetzt kommt es an den Tag, daß in Murgab enorme Durchschneidungen begangen worden sind und daß den größten Teil der Erträge die mit der Verwaltung des Landes betrauten Beamten eingestekt haben. Daran wäre nun an und für sich nichts Auffälliges, denn Untreue und Diebstahl sind in der russischen Beamtenwelt durchaus gewöhnliche Erscheinungen. Auch das ist nicht ungewöhnlich, daß die betreffenden Beamten Wirkliche Staatsräte und mit dem Prädikate Exzellenz begabt waren; es gibt in Russland ja eine große Anzahl Wirkliche Staatsräte und Exzellenzen, die kein anderes Verdienst haben, als andauerndes Stillsitzen. Auch Wirkliche Staatsräte nehmen gern und sie unterscheiden sich von den Titulär-, Hof-, Kollegien-, einfachen Staats- und anderen Räten nur dadurch, daß sie ihrem hohen Range entsprechend mehr nehmen, als die Benannten.

Was die Murgab-Affäre auszeichnet und sie aus der großen Masse ähnlicher Begebenheiten heraushebt, ist der Umstand, daß die Beamten des Apanagenresorts die Auslese der russischen Beamten aus fast allen Regionen angefaßt werden. Die Felden des Murgablandes, Kozloj, Jermenej und Jwalchowski hatten besonders glänzende Karrieren gemacht, weil sie vornehmen Familien angehören, in einem der erlvollsten Regimenter der Gardelavallerie gebürt und zur engeren Hofgesellschaft gehört hatten. Diese Umstände lassen begreiflich erscheinen, daß der Prozeß, der gegen die Benannten anhängig gemacht worden ist, die peinlichsten Gefühle erwecken mußte. Der

Deutsches Reich.

Sohnbewegung in der Mühlenindustrie.

Wieder ist mit einer Großfirma in der Mühlenindustrie ein Tarif abgeschlossen worden, der den Arbeitern nennenswerte Vorteile brachte. Mit der Firma Simons Söhne in Reuß wurde vereinbart, daß die Arbeitszeit für die Mehrzahl des Personals um 20 Minuten bis 2 1/2 Stunden pro Tag verkürzt wird; einige Gruppen haben eine achtstündige Arbeitszeit, die übrigen 10 Stunden. Die Lohn-erhöhung beträgt 3 M. bis 6,50 M. pro Woche. Die Ueberstunden- sätze wurden um 12 bis 30 Pf. pro Stunde erhöht. Bei militärischen Uebungen und in Krankheitsfällen wird 14 Tage lang die Differenz bis zum vollen Lohne bezahlt. Jeder Arbeiter, gleichviel wie lange er im Betriebe ist, erhält jährlich einen Urlaub von einer Woche ohne Lohnabzug.

Der Tarifgedanke macht also auch in der Mühlenindustrie Fortschritte, wenn sich auch einzelne Scharfmacher so sehr dagegen sträuben. Die Verhandlung mit dieser Firma stach sehr vorteilhaft gegenüber dem Verhalten des Herrn Hildebrand in Magdeburg ab, der die Organisation nicht anerkennen will und sich Hingebühren und „Privatwächter“ aus Berlin gegen seine streikenden Arbeiter kommen läßt. — Auch mit der Großfirma Plange in Düsseldorf, die den feinerzeit mit dem Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verband getroffenen Friedensbedingungen nicht sinngemäß nachkam, scheinen nun durch neuerliche Vereinbarungen die Differenzen behoben zu sein. In den beiden Betrieben sind 365 Personen beschäftigt.

Unternehmerterrorismus.

Die Arbeiter der Maschinenfabrik Carlshütte in Mendenburg befinden sich, wie wir wiederholt berichteten, seit längerer Zeit im Streik, weil die Direktion hartnäckig jedes Entgegenkommen verweigert. Der Unternehmerverband kommt nun der bedrängten Firma zu Hilfe. Folgendes, vom 21. Dezember datierte Schreiben des Arbeitgeberverbandes Mendenburg, an den Unternehmerverband Neumünster gerichtet, ist jetzt an die Deffentlichkeit gelangt:

„Auf die Karte vom 8. d. M. erwidern wir Ihnen hiermit, daß, nach den von der Aktiengesellschaft der Hollerischen Carlshütte angestellten Ermittlungen, die Firma Gebr. Lehmbach dort existiert und zwar im Kleinbetriebe. Wir ersuchen Sie, nunmehr wegen Entlassung des Sallofers M. sofort das Weitere zu veranlassen und uns von dem Erfolg Ihrer Bemühungen gest. sofort Mitteilung zu machen.“

Ein Beitrag zur Zuchtshausvorlage!

Husland.

Die Kapitane und Mannschaften der Antwerpener Schlepddampfergesellschaft befinden sich im Ausland. Ein Teil der Schlepddampfer hat im Hafen, auf der Schelde und der Maas den Dienst eingestellt. Die übrigen Schiffe der Gesellschaft, die sich augenblicklich auf hoher See befinden, werden sofort nach ihrem Einlaufen in den Antwerpener Hafen die Arbeit einstellen. Der Ausstand droht für die Schifffahrt auf der Schelde äußerst unangenehme Folgen nach sich zu ziehen. Der Bürgermeister von Antwerpen hat die Vermittlerrolle zwischen Gesellschaft und Streikenden übernommen, um eine Verständigung zwischen beiden zu erzielen.

Die Pariser Gasarbeiter drohen mit einem Gesamtaustrand, weil ihnen ihre Forderungen, darunter Lohn erhöhungen und der Achtstundentag, nicht bewilligt wurden.

Das amerikanische „Taylor“-System und die Gewerkschaften.

Die Amerikaner haben ein neues System zur größeren Ausbeutung der Arbeiter erfunden. Sie sprechen von einer neuen „wissenschaftlichen“ Erhöhung der Produktivität der Arbeit, und bereits ist dies System in einer Reihe von größeren Betrieben zur Anwendung gekommen. Auch die Regierung der Vereinigten Staaten hat einen Versuch damit in den Waffenwerkstätten in Watertown seit zwei Jahren unternommen. Jüngst ist ein offizieller Bericht über die Ergebnisse dieses Versuchs erschienen, der ein großes Interesse in Unternehmern wie in Arbeiterkreisen erweckt hat, denn er zeigt, daß tatsächlich noch eine große Erhöhung der Ausbeutung der Arbeitskraft möglich ist.

Mancher deutsche Arbeiter hat vielleicht von dem neuen System noch nichts gehört und wird begierig sein, etwas darüber zu erfahren. Seine Enttäuschung wird zuerst groß sein, wenn er hört,

Prozeß deckte ein System frecher Unterschlagung, Untreue und schamloser Erpressung an den Eingeborenen auf. Bei allen Maschinen spielten Weiber die Vermittlerrolle und sie heimlich Besten- taufende ein.

Der höchste Gerichtshof des Landes, der dirigierende Senat, hat nun die Schächer zu schweren Strofen verurteilt. Die russischen Blätter aller Parteilichungen beschäftigen sich sehr eingehend mit der skandalösen Affäre und sie geben der Erbitterung darüber Ausdruck, daß sogar bevorzugte Beamte von bester Herkunft, die zum Haushalte des Zaren zählen und in verwandtschaftlichen Beziehungen zu den exklavischen Kreisen stehen, als ganz niedrigdenkende, feile Bestechungsgelbträger entlarvt werden mußten.

Wie lange die Erde noch bewohnbar sein wird. Die großartige Smithsonian Institution in Washington hat ein Jahrbuch herausgegeben, worin allerhand interessante Berichte über wissenschaftliche und technische Unternehmungen, außerdem auch einige zusammenfassende Arbeiten naturwissenschaftlichen Inhalts enthalten sind. Unter diesen darf ein Aufsatz von Prof. Chamberlin, einem der bestbekanntesten amerikanischen Geologen der Gegenwart, eine besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Er beschäftigt sich mit der zukünftigen Bewohnbarkeit der Erde. Prof. Chamberlin verdient die Anerkennung, daß er eine gewaltige Summe von Wissen aus verschiedenen Forschungszweigen herangeholt hat, um zu Schlüssen über diese schwierige Frage zu gelangen. Ueber der Geologie nimmt er auch die Physik, die Chemie und die Astronomie in Anspruch. Er kommt denn schließlich zu dem recht beruhigenden Ergebnis, daß die Erde noch etwa zehn Millionen Jahre bewohnbar bleiben werde. Ihren Untergang stellt er darin voraus, daß ein Dummelkörper der Sonne zu nahe kommen und das ganze Sonnensystem gewissermaßen zer- sprengen werde.

Notizen.

„Das Korallenfettlin“ und die Schöneberger Zensur. Der Polizeipräsident von Schöneberg hat dem Reuen Schauspielhaus die Aufführung von Franz Tilberg's „Korallenfettlin“ verboten und hat sich geweigert, auf die Wenderungsbeschläge des Autors einzugehen, vielmehr erklärte er, daß er zu der endgültigen Entscheidung gelangt sei, daß das Stück auch durch wesentliche Wenderungen nicht zensurpolizeilich einwandfrei gestaltet werden könne“. Demgegenüber nimmt der Schuwerband deutscher Schriftsteller“ Anstoß zu erklären, daß dieses Verbot nicht nur jeder sachlichen Begründung entbehrt, sondern auch keine Stütze im Gesetz findet.

„Eine Vereinigung sozialistischer Dichter-Freunde“ ist in Berlin gegründet worden. Die Vereinigung will für alle Interessen sozialistischer Dichterfreunde einen Mittelpunkt schaffen, und im besonderen durch Vorträge und Wärdertausche, durch Herausgabe eines Mitteilungsblattes, durch Anregung und Veranstaltung von Neuaufgaben durch Auslandsverteilung u. dergl. diesen Interessen dienen. Anfragen sind zu richten an Max Gruwald, Berlin W. 62, Landgrafenstr. 3a.

Kleines feuilleton.

Die slavische Burg in Potsdam. Der außerordentlich niedrige Wasserstand dieses Sommers hat im südlichen Ende von Potsdam an der Havelmündung unmittelbar vor der Heiliggeistkirche, ein Gewirr von Mäulen zum Vorschein kommen lassen, zwischen denen spielende Kinder verzierte Topfscherben fanden. Die Stadtverwaltung nahm sich nun, wie Direktor Schuchardt vom Berliner Völkerkunde-Museum in der „Prähistorischen Zeitschrift“ mitteilt, der Sache an und ließ seit mehreren Wochen an der Stelle systematisch graben. Als die Mächtigkeit der Dolmenkonstruktion immer mehr wuchs, ihre Dicke erst bis an die jetzige steinerne Kaimauer 6 Meter betrug und dann unter ihr hindurch auf 10 und 12 Meter kam, konnte kein Zweifel sein, daß es sich um einen hölzernen Burgwall handle, wie er in ähnlicher Größe und Konstruktion vor ein paar Jahren für den slavischen Ringwall „Altstädter“ festgestellt worden ist. Nochbars erinnern sich, daß etwa achtzig Meter von dem jetzt freigelegten Wall entfernt auf der anderen Seite der Heiliggeistkirche vor etwa fünfzehn Jahren bei Anlage der Kanalisation eine ganz ähnliche, große Dolmenkonstruktion angechnitten worden sei; in ihr würden wir also wohl die Gegenseite des Burggrundes oder -opales zu erkennen haben. Die Hölzer bilden in regelmäßiger Länge- oder Quertagerung ein festes Fachwerk; die Zwischenräume sind mit Erdmaterial ausgefüllt, das in großer Masse slavische Gefäßscherben enthält. Man hat daraus frühslawische Töpfe von beträchtlicher Größe zusammengesetzt begonnen. Die lange Strahlenlinie, die vom Schlosse nach der Heiliggeistkirche führt, heißt heute noch Burgstraße. Es ist ohne Frage in dem rundlich erhöhten Platze, auf dem die Heiliggeistkirche steht, die frühslawische Burg, die Keimzelle der heutigen Stadt Potsdam, gefunden.

Wagemut im Dienst der Wissenschaft. Von Zeit zu Zeit findet sich ein wagemutiger Forscher bereit, die Giftigkeit eines Mittels an seinem eigenen Körper auszuprobieren, sei es, um nachzuweisen, daß die Vorstellungen über den Grad der Giftigkeit übertrieben seien, sei es auch nur, um den Verlauf der Vergiftung genauer zu studieren. In die letztere Reihe gehört das berühmte Cholerafrühstück, das in den achtziger Jahren der Münchener Hygieniker Prof. Pettenkofer mit seinem Schüler Emmerich einnahm, um nachzuweisen, daß die von Koch entdeckten Choleraabierionen durchaus nicht die Ursache der asiatischen Cholera seien. In die zweite Gruppe reihet sich ein auffehrender Versuch mit dem Tollkirschengift ein, den der Toxikologe (Giftforscher) der Universität München, Dr. Kanner, nach Verichten der Münchener Medizinischen Wochenschrift an sich selbst vorgenommen hat. Bekanntlich geben die schwarzen Beeren der Tollkirsche (Atropa Belladonnae) häufig Anlaß zu Vergiftungen. 4—10 Beeren sollen bereits eine tödliche Vergiftung hervordringen. Der wirksame Bestandteil ist das Alkaloid Atropin, das auch in der Medizin, besonders in der Augenheilkunde, zur Erweiterung der Pupillen, viel Anwendung findet. Der Experimentator hatte den Wut, acht Beeren zu essen. Schon sieben Minuten nach dem Genuße traten sich die Zeichen einer beginnenden Atropinvergiftung ein. Zunächst

Das es sich nur um die außerordentliche Verhäufung eines alten Systems, nämlich der Hah und des Antreibens bei der Arbeit, handelt. Freilich war schon unter dem alten System die Produktivität der Arbeit in amerikanischen Fabriken und Werkstätten höher als in deutschen, was jeder deutsche Arbeiter sofort erfährt, wenn er nach Amerika kommt, wo er sich dann über die höheren Löhne gar nicht mehr wundert.

Das neue System gründet sich darauf, daß die Arbeitszeit so ausgenutzt wird, daß auch der geringste Zeitverlust vermieden wird. Jede Bewegung, jeder Griff muß zweckmäßig sein, der Arbeiter wird zum Arbeitsautomaten. Ausgebildete Spezialisten überwachen alles, ordnen prompt und sicher an, geben jederzeit schnelle Anweisung, die der Arbeiter, ohne zu überlegen, sofort zu befolgen hat; kein Augenblick Ruhe, kein Augenblick Wast von der ersten bis zur letzten Minute. Wer am schnellsten arbeitet, verdient am meisten Geld und wird den andern als Muster hingestellt. Schnell, rasend schnell und dabei sicher und gut muß gearbeitet werden.

Durch dieses System ist nach dem Bericht der Regierungswerkstätten eine Arbeitsleistung, die früher 1533,73 Dollar Lohn gekostet hatte, für 988,39 Dollar erzielt worden. Drei Lafetten, die früher 2418,31 Dollar kosteten, wurden für 1810,13 Dollar hergestellt. Eine Form, die früher von den Gießern im Durchschnitt 53 Minuten Zeit erforderte, wurde in 20 Minuten hergestellt. Während früher eine Form 1,17 Dollar kostete, kostet sie jetzt 54 Cent, also noch nicht die Hälfte des früheren Preises. Andererseits ging der Lohn der Arbeiter in die Höhe, so daß ein Arbeiter, der früher 3,28 Dollar pro Tag verdiente, jetzt einen Tageslohn von 5,74 Dollar erzielt. Dabei kommt ein Prämienystem zur Anwendung, wodurch die Arbeiter wieder gehetzt und getrieben werden.

Daß man bei diesem System nur junge und sehr kräftige Arbeiter gebrauchen kann, ist klar. Wie alle diese dabei werden, wie lange sie es aushalten können, darüber verläutet nichts, aber es kann sich jeder ausmalen, daß eine Arbeitskraft unter einem solchen System in kurzer Zeit aufgegeben werden muß. Die Gewerkschaften stehen dem neuen Arbeitssystem durchaus ablehnend gegenüber. Nicht nur deswegen, weil es den Arbeiter begründet und weil es ihn der rücksichtslosesten Ausbeutung preisgibt, sondern weil es den Gewerkschaften selber einen Lebensnerz zerschneidet. Das neue System hat es zugleich darauf abgesehen, den einen Arbeiter zum Feind des andern zu machen, denn jeder soll sich bemühen, den andern zu übertrifft in der wilden Jagd der Arbeit, und dafür gibt es dann Prämien über den Tageslohn hinaus. Jedes Solidaritätsgefühl wird dadurch im Keime zerschört.

Die Gewerkschaften haben sich offen gegen dieses System erklärt, auch auf dem letzten Kongreß des Amerikanischen Arbeiterbundes, und sie sind entschlossen, es aufs äußerste zu bekämpfen.

Aus der Partei.

Politische Falschmüngerer.

Durch die bürgerliche Presse läuft seit einigen Tagen eine Notiz, die im Reichsverbandstille einen Abwehrartikel ausschleudert, den Genosse Westmeyer am 19. Dezember in der Göttinger „Freien Volkszeitung“ veröffentlichte. Westmeyer nahm in dem Artikel Stellung zu den Stuttgarter Parteiwirren und protestierte besonders gegen die Art und Weise, wie die bürgerliche Presse und deren angeblich parteigenössliche Hintermänner die bedauerlichen Differenzen zu fruchtbareren suchten.

Westmeyer hatte nicht mit der Gewissenlosigkeit der bürgerlichen Presse gerechnet; sie ignoriert die Zurechtweisung und fällt sich aus der „Abwehr“ Angriffe auf die eigene Partei Westmeyer zusammen, die sie unter der Ueberschrift „Von der Brüderlichkeit der Not“ an ihre Leute zu bringen sucht.

Es ist dies ein Wahlmünder, das auf der gleichen Höhe steht, wie alle die Falschmünger und Verdrehungen, die auch bei früheren Wahllämpfen gegen die Sozialdemokratie unternommen worden sind. Westmeyer ersucht uns, ausdrücklich festzustellen, daß sich seine Abwehr gegen die unter parteigenösslicher Flagge legenden Verleumdungen richtet. Er verteidigt darauf, daß gelegentlich der Stuttgarter Gemeinderatswahl die bürgerliche Presse eine ganze Anzahl anonym eingekauft veröffentlichte. Wer die „vornehmen“ Gebrauche der gegnerischen Presse Süddeutschlands kennt, der weiß, daß bei allen Wahlen sich auf den „Feldwiesen“ eine Schar anonymen Helden tummelt, die sich unter der Bezeichnung „Alter Parteigenosse“, „Mitglied der freien Gewerkschaft“, „Arbeiter“ usw. verkleiden, um bei allzu Leichtgläubigen den Anschein zu erwecken, als kämen die Angriffe aus den eigenen Reihen der Befehdeten Arbeiterschaft.

In Stuttgart richteten sich diese Angriffe vorzugsweise gegen Westmeyer. Man hoffte, durch sie die Parteidifferenzen zu verschärfen und damit die Interessen der bürgerlichen Parteien zu fördern.

Diese perfide Kampfweise Brandmarkt Westmeyer, der in seiner Zursicht an uns besonders betont:

„Es steht fest, daß die sozialdemokratische Partei mit den Gemeinheiten der bürgerlichen Presse und deren Hintermännern nichts zu tun hat. Im Gegenteil hat die Partei durch ihre zuständigen Instanzen aufs härteste Stellung genommen gegen die bürgerliche Presse und ihre Kumpane, die jetzt die eigene Verkommenheit der sozialdemokratischen Partei andichten möchten.“

Ueber die „Finanzreform des Jahres 1909 und die Parteien des Reichstages“

hat der Vorstand der sozialdemokratischen Partei im Jahre 1910 ein Handbuch herausgegeben, in das sich leider einige Fehler eingeschlichen haben, die erst jetzt festgestellt worden sind. So heißt es auf Seite 329, daß die Freistimmigen in der zweiten Lesung den Kommissionsbeschluß auf Erhöhung des Kaffeesteuers zugestimmt hätten; nach der Abstimmungsabelle auf Seite 403 hätte ein parteigenösslicher Abgeordneter gegen die Erbschaftsteuer gestimmt.

Beide Angaben sind unrichtig. Es haben alle Sozialdemokraten in der zweiten Lesung für die Erbschaftsteuer gestimmt. Das oberrheinische Verhalten der Freistimmigen gegenüber der Kaffeesteuer ist in dem Handbuch richtig geschildert worden auf den Seiten 338 und 402.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Jagows Jagd nach der Volkspresse.

Am Donnerstag morgen in aller Frühe war die Berliner Polizei in der Engrosabteilung der Buchhandlung Horwärts, um nach Diederichs Buch der Freiheit „Von unten auf“ zu hausuchen. Ausbeute: fünf Exemplare! Bei Gelegenheit dieser Jagd nach freien Liedern erfährt man auch, in welchen Verhältnissen Jagows Mann nach dreivierteljährigem Fortschreiten eine Staatsgefährlichkeit entdeckt haben. Da ist zunächst aus dem ersten Bande Ludwig Pfau, des alten 48er Demokraten prophetisches Gedicht „Der Tag wird kommen“; weiter Alfred Reichners bittere Anklage gegen die herrschenden Klassen „Den Reichen“. Im 2. Bande haben es nicht weniger als sieben Dichtungen der Polizei angeht; an der Spitze steht Derweghs bekanntes Dumbstied „Bei' und arbeit' ruft die Welt“; ihm folgt ein anderes Derweghs-Lied: „Die Arbeiter an ihre Brüder“; und endlich verfiel dem Jörn der Polizei eine dritte Dichtung Derweghs: „Achtzehnter März“, eine in späterer Zeit entstandene Erinnerung an die Märztage von 1848. Jörn Henry Raday ist mit drei Dichtungen: „Gesang der

Arbeiter“, „Reise der Welt“, am Ausgange des Jahrhunderts, und „Selbstgespräch eines Proletariats“ auf den polizeilichen Index gekommen. Den Beschluß endlich bildet Bottiers „Internationale“, die schon fast im gleichem Maße Gemeingut der deutschen Arbeiter geworden ist, wie die Arbeitermarschlied.

Es ist nicht anzunehmen, daß die durchaus ungerichtete Beschlagnahme aufrecht erhalten bleibt; denn es handelt sich um eine Gedichtsammlung von hohem literarischen und künstlerischen Wert, in der die beanspruchten Gedichte als charakteristische Erscheinungen ihrer Zeit einfach nicht fehlen dürfen.

Aus Industrie und Handel.

Das Betrüben in der Montanindustrie.

Kapitalistische Großindustrie und kapitalistische Politik, sie haben viel Gemeinsames. Die hervorsteckendste Eigenschaft bei beiden ist das fortwährende Betrüben. Seit einem halben Dutzend Jahren rückt die deutsche Montanindustrie zur Erneuerung des Kohlenfondikats und des Stahlwerksverbandes, trotzdem das letztere erst zum 30. Juni 1912 abläuft und das erstere noch viel später, am 31. Dezember 1915. Der Aufstall dazu war die Umwandlung der Aktiengesellschaft Gelsenkirchen aus einem „reinen“ Kohlenunternehmen in ein „gemischtes“ Montanwerk, heute besitzt es ein Aktienkapital von 180 Millionen Mark. Der Lothringer Hüttenverein in Aumeg-Friede, dessen Geschäftsbüro Brüssel ist, verfügt über 217 Hektar ausschließlich deutschen Bodens. Er produzierte 1910 rund 580 000 Tonnen Roheisen, 400 000 Tonnen Rohstahl und 312 000 Tonnen Halbzeugfabrikate. Dazu kommt noch eine Produktion von 1 000 000 Tonnen Kohle und 1 760 000 Tonnen Erz. Der Lothringer Hüttenverein erwarb vor einiger Zeit unter anderem die Kohlenzeche Viktor, in deren Gefolge sich wieder die im Abteufen begriffene Zeche Adern befindet. Auf diese Art wird bei ihm wohl 1912 eine Kohlenproduktion von 2 000 000 Tonnen erreicht werden. Dazu kommt jetzt noch der Neuzugriff der Erzzeche Reichslande, die dafür sorgen soll, dem vergrößerten Halbzeugfabrik die nötigen Rohstoffe zu schaffen.

Das Nassener Eisenschmelzwerk L. Mannstaedt tritt in die Interessengemeinschaft ein, weil es ebenso großes Bedürfnis nach der ungehinderten Lieferung von Roh- und Halbprodukten hat, als der Lothringer Hüttenverein daran interessiert ist, für eben diese Fabrikate gesicherten Absatz zu finden. Allerdings spielt hier, wie immer, auch das Finanzinteresse hinein. Der Schaaffhausensche Bankverein ist an dem Nassener Eisenschmelzwerk Mannstaedt stark interessiert und übertragend beteiligt. Erst im Frühjahr verschmolz er ihm die Sieg-Rheinische Hütte A.-G. und zwar im besonderen aus dem Grunde, weil das darin festliegende Geld nur durch eine Fusion mobilisiert werden konnte. Auch jetzt ist wieder der Schaaffhausensche Bankverein der Hauptinteressent der Gemeinschaftsbestrebungen. Daneben kommen noch einige andere Banken in Frage. Wie stark das besondere Interesse des Schaaffhausenschen Bankvereins ist, geht unter anderem daraus hervor, daß bei der finanziellen Transaktion auch Mannstaedt-Aktien zum Umtausch kommen, die ja in der Mehrzahl in seinen Händen sind. Bei der Vereinigung mit der Dritten im Bunde, der Düsseldorf-Eisen- und Drahtindustrie A.-G., ist es ebenfalls das Interesse von Aumeg-Friede als eines der allerbedeutendsten Halbzeuglieferanten Deutschlands, sich länder- und verpflanzte Abnehmer zu besorgen, das zur Interessengemeinschaft geführt hat.

Der neue Konzern wird zuerst eine Kapitalerhöhung auf die Art erfahren, daß Aumeg-Friede 13 Millionen Mark neue Aktien ausgibt, die sein Gesamtkapital auf 58 Millionen Mark bringen.

Das jüngste große Gemischtwerk, der Lothringer Hüttenverein Aumeg-Friede, zieht also mit verstärktem Rücken und vergrößertem Rückzug in die Kämpfe um die Erneuerung des Stahlwerksverbandes. So muß notwendigerweise das Interesse an Produktionsstufenfondikaten immer geringer werden. Unternehmungen, die ihre Roh- und Halbprodukte so gut wie gar nicht auf den Markt bringen, sind an deren Preisgestaltung weniger interessiert. Für sie ist die Preisbildung der Fertigfabrikate viel wichtiger; aber gerade das ist auch die Schwächung der komplizierten und schwierigsten, weil sie sich noch im Entwicklungsstadium befindet. Die Mächte des Kapitalismus werden immer gewaltiger, besonders wichtig ist dabei, daß auch der Staat und seine Stellungnahme zu den Syndikatsverneuerungen für diese ausschlaggebend wird. Ein Grund mehr, im besonderen der preussischen Regierung ganz besonders auf die Finger zu zeigen.

Soziales.

Zum Auhuhr-Ladenschluß. Die §§ 130 e und f der Gewerbeordnung sollte Frau Richter dadurch übertreten haben, daß sie ihr Juwelengeschäft zu Berlin nach Eintritt der geschäftlichen Ladenschlußzeit um 8 Uhr abends für den „geschäftlichen Verkehr“, wie sich § 130 e ausdrückt, nicht geschlossen habe. Der Sachverhalt war folgender: Vor 8 Uhr kam jemand, um einen Ring zu kaufen. Die Angelegenheit wurde auch vor 8 Uhr erledigt. Es hatte sich aber eine Unterhaltung über kunstgewerbliche Gegenstände angesponnen und diese wurde in dem erleuchteten und nicht verschlossenen Laden bis gegen 9 Uhr fortgesetzt. Dagegen wurde eine Person, welche nach 8 Uhr noch etwas kaufen wollte, mit dem Bedenken wegweisen, daß Geschäfte nicht mehr abgeschlossen würden. Auch ein Schuhmann kam nach 8 Uhr in den Laden.

Im ersten Rechtszuge war die Angeklagte mit der Begründung freigesprochen worden, daß es genüge, wenn in dem Laden ein geschäftlicher Verkehr nach Eintritt der geschäftlichen Zeit nicht mehr stattfindet.

Diese Ansicht wurde aber vom Kammergericht verworfen. Die Sache beschäftigte nochmals das Landgericht, das nunmehr die Angeklagte verurteilte. Die neuerdings eingelegte Revision hatte keinen Erfolg. Das Kammergericht, das vor kurzem zum zweiten Mal zu entscheiden hatte, nahm folgenden Standpunkt ein: Es genüge durchaus nicht, wenn in der Verkaufsstelle tatsächlich ein Verkehr nicht mehr stattfindet. Wenn der Geschäfte sage, offene Verkaufsstellen mühten für den „geschäftlichen Verkehr“ geschlossen sein“, dann folge daraus, daß durch geeignete Veranordnungen erkennbar gemacht werden müsse, daß dort eine Bedienung nicht mehr stattfindet. Wenn, wie hier, der Zutritt von Leuten, die da nach Lage der Sache glaubten, sie würden noch bedient, möglich sei, dann fehlten solche erkennbaren Maßnahmen. Nach den Feststellungen habe Licht im Laden gebrannt und die Tür sei auch nicht verschlossen gewesen.

Explosionen und Brände in der Sprengstoffindustrie im Jahre 1910.

Nach einer Zusammenstellung des Ministeriums für Handel und Gewerbe über diese Explosionen und ihre Ursachen kamen in diesen Betrieben 1910 28 Explosionen und 8 Brände vor, und rechtfertigen diese hohen Zahlen wohl ein näheres Eingehen auf diese Vorfälle. Denn die Hauptleidtragenden dabei sind doch die Arbeiter und Arbeiterinnen. Bei den 28 Explosionen wurden 13 Arbeiter getötet und 40 verletzt. Die Ursachen der Explosionen wurden in 7 Fällen einwandfrei festgestellt, in 13 Fällen wurden sie mit mehr oder minder Wahrscheinlichkeit vermutet und in 8 Fällen blieben sie unbekannt. Bei den 8 Bränden wurden 3 Personen verletzt. Die Ursachen des Brandes wurden in einem Falle ein-

wandfrei festgestellt, in 5 Fällen wurden sie vermutet und in 2 Fällen blieben sie ganz unbekannt.

In 3 Fällen war die Explosion auf Blühschlag zurückzuführen. In 2 dieser Fälle wurde bei der Wiedererrichtung des Betriebes von dem Wiederanbringen der sogenannten Tarabashischen Rebe zunächst nur auf Widerruf Abstand genommen und an ihrer Stelle als sicherere Blühschlaganlage hohe Auffangstangen errichtet. Ferner wurde die Ansammlung von großen Mengen Metall möglichst vermieden und alle Metallteile und -leitungen mit Erdleitungen verbunden. Der dritte Betrieb war derart, daß er dauernd eingestell wurde. In zwei Explosionen, die sich zu verschiedenen Zeiten in demselben Betriebe ereigneten, explodierte ein Zündhütchen einer Handklotzmaschine dadurch, daß die Arbeiterin beim Einführen des Zündstahls und Pulver bedeckenden Pappblättchens dies nur mit einer dünnen Nadel einstich, die mit ihrer Spitze leicht bis auf den Zündstah stößt und diesen dadurch zur Entzündung brachte. Nach dem Unglück wurde endlich die dünne Nadel durch einen härteren Stiff ersetzt, die Operation überhaupt unter einer Glasplatte vorgenommen. In einem Falle war Reibung von Anallqued Silber die Ursache der Explosion, als ein Arbeiter ein Kästchen mit etwa 50 Gramm Zündstah fallen ließ und durch eine Fußbewegung beim Wägen die Reibung und Explosion verursachte. Auf grobe Fahrlässigkeit ist ein siebenster Fall zurückzuführen, bei dem die Ursache zweifelsfrei festgestellt wurde. Ein beim Füllen von Papierhüllen von 4 Millimeter Durchmesser mit einem Gemisch von Schwarzpulver, Mehl und Holzstohle beschäftigter jugendlicher Arbeiter verlor in der Pause den zum Füllen benutzten Messingstab und benutzte nach der Pause statt dessen eigenmächtig einen eisernen Stab. Die Reibung von Eisen und Schwarzpulver hatte die Explosion der Hülle und diese dann die einer größeren Menge des Gemisches zur Folge. Nach dem Unglück wurde bestimmt, daß zu derartigen Arbeiten künftig jugendliche Personen nicht mehr verwendet werden dürfen.

In den dreizehn Fällen, in denen sich nicht mit voller Sicherheit die Ursache der Explosion feststellen lassen, werden zum Teil Unachtsamkeit oder Fahrlässigkeit der Arbeiter, zum Teil aber ganz ungewöhnliche Betriebseinrichtungen oder Arbeitsverfahren als mutmaßliche Ursachen angegeben. In bezug auf die Folgen der Explosionen wird in zwei Fällen hervorgehoben, daß sich die nach dem Ausblasehohem erbaute Betriebsräume vollkommen bewahrt haben. Unter den Explosionen mit unbekannter Ursache wird auch ein Fall erwähnt, der sich in einer Fabrik ereignete, die sich mit der Herstellung von Anallforlen beschäftigte. Als Zündmasse der Forle verwendete sie ein Gemisch von chlorsaurem Kali, rotem Phosphor und einem Bindemittel. Dieses Pulvergemisch ist so leicht explosierbar, daß schon das Schieben desselben mit einem Blatt Papier es leicht zur Explosion bringen kann. Es kann nicht übersehen werden, daß bei dem Arbeiten mit einem so leicht explosiblen Gemisch eine Explosion eintrat, durch die die dabei beschäftigten Arbeiter mehr oder weniger schwere Brandwunden im Gesicht erlitten. Nebenbei war schon früher eine Explosion von etwa 500 Anallforlen erfolgt, bei der ein Arbeiter Brandwunden an Händen und Arm erlitt. Aber das Bedeutsamste hierbei ist, daß der Unternehmer zu dieser gefährlichen Fabrikation gar nicht die nach § 16 der Gewerbeordnung notwendige polizeiliche Genehmigung eingeholt. Jetzt wurde freilich die Wiederaufnahme des Betriebes polizeilich inibiert und gegen den Unternehmer ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung eingeleitet. Aber wegen der ohne die erforderliche polizeiliche Genehmigung jahrelang betriebene unzulässige und gefährliche Fabrikation konnte er nicht mehr belangt werden, weil für diese schon längst Verjährung eingetreten war.

Das die Brände betrifft, so ist in einem Falle der Brand auch durch grobe Unvorsichtigkeit entstanden. Es handelt sich um eine Heimarbeiterin, die Ehefrau eines Feuerwerkerarbeiters, die in ihrer Wohnung mit der Herstellung von Anallforlen beschäftigt war. Beim Anzünden der Lampe flog ein Funken vom Zündholz in die auf dem Tische stehende, mit Staubpulver gefüllte Schachtel, das dadurch sofort aufklammte. Der Arbeitgeber der Heimarbeiterin wurde veranlaßt, von der Hausarbeit Abstand zu nehmen. Die Brände haben durchweg nur geringeren Schaden an Material verursacht, auch glücklicherweise keine bedeutenderen Verletzungen der Arbeiter zur Folge gehabt. In drei Fällen wird als Ursache des Vorhandenseins eines Fremdkörpers (im Pulversch, in einer Pulverschmür bzw. in der Abfallsäure einer Nitrotoluolmischbude, deren Ursache nicht festgestellt werden konnte, führte zu wesentlichen Betriebsänderungen.

Bayerische Kellnerinnen.

Seit Jahren pflegen bayerische Konzertunternehmer aus München und Nürnberg in Norddeutschland, besonders in Berlin und dessen Vororten, sowie in Hamburg (Tom) in großen Lokalen oder in eigenen Konzerthallen — meistens gemeinsam mit einer Brauerei — große Konzerte (Vier- und Akmiermusik) abzuhalten.

Hierzu pflegen diese Unternehmer eigene in München oder Nürnberg engagierte Kellnerinnen anzustellen. Das Los dieser Kellnerinnen ist meistens ein sehr fragwürdiges. Sie müssen die Reisefkosten selbst bestreiten, ebenso die Kosten für das vorgeschriebene Kostüm. Können angelegte Konzerte nicht abgehalten werden, so gibt es keine Entschädigung. Da dies sehr oft vorkommt, kommen solche Mädchen — oft sind es auch verheiratete Frauen — häufig in schlimme Verhältnisse und befinden sich oft in fremden Städten in ganz hilfloser Lage. Es sei hier ein Vertrag veröffentlicht, der die ganze Mißere dieser Mädchen zeigt. (Stil und Orthographie ist wie im Original.)

Vertrag. (Nachdruck verboten.)

Herr Glossner in No. Baron „Rudi“ jr. hat heute folgenden Vertrag mit den Servierfräulein . . . abgeschlossen.

Herr Glossner engagiert die Madl für die Zeit vom . . . bis . . . nach . . . und zwar mit einem täglichen Lohn von 1,50 M. Eine weitere Verpflichtung fällt Herrn Glossner nicht zu.

Eine Kündigung ist gegenseitig . . .

Unvorhergesehene Ereignisse lösen den Vertrag ohne jede Entschädigung für beide Teile, wie Krieg, Brand des Lokals, polizeiliches Verbot, Landesträger.

Beginn der Arbeitszeit an Wochentagen . . .

An Sonn- und Feiertagen . . .

Kostüm: rot oder grüner Rod, schwarzes Nieder mit Tuch, schwarze Stiefel, Kollerhut mit Flaum, farbige oder weiße Schürze. Jedes Madl hat für Fußgeld täglich 80 Pfennige zu zahlen.

Invalidiäts u. Krankenkassen beiträge nach den gesetzlichen Bestimmungen; pro Woche ein Drittel der Krankenkassa u. die Hälfte Invalidenmarken.

Bei Vertragsunterschrift ist die Reife zu hinterlegen.

Ein Kontraktverkauf oder vertausch an irgend ein anderes Madl ist streng verboten. Käuferinnen eines solchen Vertrages haben kein Recht im obigen Betrieb zu arbeiten.

Ueber alles, was im Geschäft gesprochen wird, ist strenge Diskretion zu bewahren, wie auch obiges Engagement bei sofortigen Verlußt des Vertrages nicht vor Beginn desselben veröffentlicht werden darf.

Die Madl haben sich den Anordnungen des Herrn Glossner oder dessen Stellvertreter unbedingt zu fügen u. Folge zu leisten, sowie alle ihnen in ihrer Eigenschaft obliegenden Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen. Wohnungsänderungen u. Krankheit, sind Herrn Glossner sofort mitzuteilen. Folgende Vorkommnisse berechnen Herrn Glossner zur sofortigen Entlassung ohne jeden Anspruch auf Lohn.

1. Nachlässigkeit, sowie schlechtes Betragen, Dienstverräumnis, uneheliche Verträge gegenüber den Gästen, sowie ihre Vorgesetzten; Betrunktheit, Streit, Ueberforderung der Gäste, Klatschereien, sowie übles Nachreden über meine Person.

2. Verkehr während u. nach der Dienstzeit mit Ausfern.

3. Nach Schluß der Konzerte andere Lokale im Kostüm aufzusuchen u. zu besuchen. Wer nach Schluß der Konzerte andere Lokale besuchen will, hat Erlaubnis einzuholen.

4. Sinen bei den Gästen während des Geschäftes.
 5. Eigenmächtige Handlungen sind streng verboten.
 Jedes Model hat am . . . pünktlich in . . . zu sein. Invaliden-
 Karten u. Heimatschein sind mitzubringen. Vorstehender Vertrag
 ist für Dr. Glosner in Duplo ausgefüllt, gelefen, genehmigt u.
 eigenhändig mit der ausdrücklichen Erklärung der Kontrahenten
 vollzogen, daß sie dessen Sinn wohl verstanden haben u. sich mit
 allem hier gesagten einverstanden erklären. Unstündiges, stillliches,
 moralisches Betragen Hauptbedingung.
 Unterschrift
 Die Forderung von Anstand, Sitte und Moral ist sicherlich ein
 guter Witz, denn in diesem Vertrag ist von derlei Dingen sicherlich
 nichts zu finden.
 Seinerinnen, die solche Engagements annehmen wollen, werden
 gut tun, sich erst bei der Organisation, dem Zentralverband
 der im Gastwirts-gewerbe Angestellten, zu erkundigen, um nicht zu
 spät den Schaden zu beheben.

Eingegangene Druckschriften.
 Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 13. Heft des 30. Jahrganges
 erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Von starken
 Vorkämpfern. — Konsumisten und Produzenten. Von R. Kautsky. — Der
 Einfluß des Militarismus vom Jahre 1902 auf die Lebensmittelpreise in
 Deutschland. Von Spectator. — Zur Entwicklungsgeschichte des Separat-
 tismus in Oesterreich. Von Paul Umbreit.
 Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buch-
 handlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro
 Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal
 abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.
 Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
 ist und soeben Nr. 6 des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem
 Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Kampf-Weihnacht! Von D.
 Selinger. — Segen den Feind. — Die Teuerung. (Für die Les- und
 Diskussionsabende.) Von Käthe Dunder. — Vom Arbeitsnachweis für

weibliche Erwerbstätige in Berlin. Von Käthe Dunder. — Die werden
 wir Mitglieder für die Partei und Abonnenten für die Presse. Von Luise
 Sieb. — Aus der Bewegung.
 Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer
 10 Pfennig, durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vier-
 teljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonne-
 ment 2,00 M.
 Die Neujahrnummer des „Wahren Jacob“, mit der unser Mit-
 glied in seinen 29. Jahrgang eintritt, ist soeben 16 Seiten stark er-
 schienen. Aus ihrem Inhalt, der in überwiegendem Maße der bevor-
 stehenden Reichstagswahl gewidmet ist, heben wir folgende
 Beiträge hervor:
 Zeichnungen: Profit Neujahr! Von R. Vanselow. — Italiens
 Veteranenfrage. — In der Silberhochzeit. Von Erich Schilling. — Gebet
 vor der Wahlkampf. Von D. G. Jenisch. — Der Sorgen hat, hat auch
 Linder. Von D. G. Jenisch ufm.
 Zeitbeiträge: Neujahr. Von Max. — China und wir. Von
 Tchang. — Prophezeiungen für das Jahr 1912. — Das Motu proprio.
 Von Lehmann. — Die bühnen Sympathie. — Ueber Jacob! Von Jost
 Kaufe. — Frauen heraus! Von P. E. — d. Armin-Schnodderheim an
 v. Helldorn-Weitenburg. — Preussische Eisenbahnreform. Von Lehmann ufm.
 Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern
 sind jederzeit durch den Verlag J. D. B. Fery Koch, G. m. b. H. in Stutt-
 gart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.
 Versicherungsfrage für Angehörige. Mit Erläuterungen von R.
 Habermann. Geb. 2,50 M. C. G. Koch, Leipzig.
 Drei Monate Fabrikarbeiter von P. Göhre. Brosch. 3 M. — Die
 Not des vierten Staates. Von einem Arzte. Brosch. 2 M. Fr. B.
 Grunow, Leipzig.
 Der Sämann. Heft 1. Monatschrift für Jugendbildung und
 Jugendkunde. Jahrl. 12 Hefte. Viertel. 2 M. D. G. Leubner, Leipzig.
 „Der Kampf“. Sozialdemokratische Monatschrift (Wien). 6. Jahr-
 gang. Heft 4. Karl Renner: Ueber Rundbrud hinaus! — Ludo R. Gar-
 mann: Zur nationalen Debatte. — Otto Bauer: Galizische Parteitage. —
 Adolf Braun: Reichstagswahlen. — Rudolf Müller: Die Rechte des
 Eigenhantles. — Heinrich Wiskul (Auffig): Bildungsmittel für Arbeiter. —
 Adolf Reihner (Hodenbach): Die es einst war. — Josef Ruppold Stern:
 Arbeiter und Dichter.

C. Regenhardt, Geschäftskalender für den Wettbewerb. 1912.
 3,75 M. Selbstverlag, Schöneberg, Bahnstr. 19/20.
Privatangelegenheiten und Arbeitsrecht von Dr. R. Fleck und Dr. J.
 Voithoff, im Auftrage des Bundes der technisch-industriellen Beamten,
 Berlin, Industriebeamten-Verlag. 1 M.
Politische Handbücher. Heft 7. Die Stellung des Bauern in
der deutschen Wirtschaftsentwicklung von H. Boll-Hunspach. 1 M.
Heft 8. Die Sozialdemokratie, ihre Grundlagen und ihre Arbeit
von J. Hoyer. 1 M. Nationalverein, München.
Marktpreise von Berlin am 27. Dezember 1911, nach Ermittlung
des Königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Reinband),
 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 36,00—50,00. Speisebohnen
 weiße, 40,00—60,00. Linsen 40,00—60,00. Kartoffeln 8,00—11,00. 1 Kilo-
 gramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20
 bis 1,80. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch
 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,30—6,40. 1 Kilogramm
 Karpfen 1,20—2,40. Kote 1,20—2,80. Jander 1,40—3,60. Hechte 1,20 bis
 2,60. Forelle 1,00—2,00. Schlei 1,40—3,20. Heie 0,80—1,40. 60 Stück
 Krebse 2,40—24,00.
Witterungsübericht vom 28. Dezember 1911.

Stationen	Barometer- stand min.	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. in 5 u. 10 u. 15 u.	Stationen	Barometer- stand min.	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. in 5 u. 10 u. 15 u.
Stolmenbe.	760,0	SW	2	heiter	3	Dahranba	758,0	SW	4	bedeckt	-1
Hamburg	765,0	SW	3	heiter	1	Petersburg	765,0	SW	2	bedeckt	-5
Berlin	762,0	SW	3	bedeckt	1	Seiff	766,0	SW	3	bedeckt	11
Kranfa. M.	766,0	SW	2	wolkig	5	Usterben	757,0	SW	3	bedeckt	8
München	768,0	SW	4	bedeckt	2	Paris	767,0	SW	1	bedeckt	6
Wien	761,0	SW	5	bedeckt	3						

Wetterprognose für Freitag, den 29. Dezember 1911.
 Etwas wärmer, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit geringen
 Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden.
 Berliner Wetterbureau.

Todes-Anzeigen

Am 2. Helertag, früh 4 1/2 Uhr
 verschied nach langem Leiden an
 Lungenerkrankung mein lieber
 Mann, unser guter Vater,
 Schwieger- und Großvater, der
 Tischler
Wilhelm Hoffmann
 Mariendorfer Straße 16
 im 67. Lebensjahre.
 Dies zeigen tiefbetrübt an
 Luise Hoffmann geb. Kollhoff,
 Max Hoffmann und Frau,
 Willi Hoffmann und Frau.
 Beerdigung Sonnabend nach-
 mittags 3 1/2 Uhr von der Halle
 des Städtischen Friedhofes in
 Friedrichsfelde aus.

Sozialdemokratischer Verein
 für den
2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
 (Bezirk 105 alt 119.)
 Am 28. Dezember verstarb
 unser Mitglied, der Tischler
Wilhelm Hoffmann
 Mariendorfer Straße 16.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen
 Sonnabend, den 30. Dezember,
 nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
 des Städtischen Friedhofes in
 Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.
 212/16

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
 (Wiederburger Viertel, Bez. 372 II.)
 Den Mitgliefern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Zimmerer
August Schmidt
 Doltgerstraße 47
 gestorben ist. 301/5
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonn-
 abend, den 30. d. M., nachmittags
 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-
 Friedhofes in Friedrichsfelde aus
 statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.
 255/5

Zentral-Verband
der Zimmerer Deutschlands.
 Zahlstelle Berlin und Umgegend.
 Bezirk 1.
 Den Berufsgenossen zur Nach-
 richt, daß unser Mitglied
August Schmidt
 am 27. Dezember plötzlich ver-
 storben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonn-
 abend, den 30. Dezember,
 nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des Zentralfriedhofes
 in Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.
 255/5

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unsere Kollegin, die Arbeiterin
Berta Szimma
 am 26. Dezember im Alter von
 46 Jahren verstorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonn-
 abend, den 30. Dezember,
 nachmittags 3 Uhr, von der
 Leichenhalle des Lindens- Kirch-
 hofes in Wilhelmshagen aus statt.
 59/6 Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
 Am 28. Dezember verstarb
 unser Genosse, der Gestirter
Karl Schwarz
 Halber Bergstr. 34
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonnabend, den 30. Dezember,
 nachmittags 2 Uhr, vom Trauer-
 hause, Kolonnenstr. 184 aus, nach
 dem Golgatha-Kirchhof, Vorjus-
 traße, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Kenntnis,
 daß der Kollege
Karl Schwarz
 Kolonnenstr. 184 (Bezirk 2)
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonnabend, den 30. Dezember,
 nachmittags 2 Uhr, vom Trauer-
 hause aus nach dem Friedhof in
 der Vorjuststraße statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.
 51/15

Zentralverband der Handlungs-
gehilfen u. Gehilfinnen Deutschl.
 Bezirk Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß am 26. Dezember unser
 Kollege
Wilhelm Reschke
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute,
 Freitag, nachmittags 3 Uhr, von
 der Leichenhalle des Gemeinde-
 Friedhofes in Reinickendorf, Hum-
 boldtstraße, aus statt.
 269/5 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
 Für die zahlreichen Beweise der
 Teilnahme, wie auch für die zahl-
 reichen Kranzspenden bei der Beer-
 digung meines geliebten Mannes
Hermann Kirbis
 sage ich allen Freunden und Ver-
 wandten meinen tiefgefühltesten Dank.
 Besonderen Dank sage ich den Kamer-
 aden des Zentral-Verbandes der
 Zimmerer, Zahlstelle 15, und dem
 Verein der Zimmerer.
 Ww. Miana Kirbis, Bornholmerstr. 91.
 Statt besonderer schriftlichen Mit-
 teilungen für die vielen Beglück-
 wünschungen zu unserem Wdheligen
 Gedenktag sagen wir allen, ins-
 besondere dem 6. Frauenbezirk und
 dem 12. Bezirk des Bahnervereins
 Schöneberg unseren herzlichsten Dank.
Paul Horsdorf und Frau.

Nach langem schweren Leiden verschied heute
 mein innigstgeliebter Mann und guter Vater
Franz Bockwinkel.
 Dies zeigen tiefbetrübt an
Klara Bockwinkel geb. Eckart.
Paul Bockwinkel.
 Berlin, Watterstr. 3, den 27. Dezember 1911.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 30. De-
 zember, 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-
 Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 222/7b

Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands.
 Am 25. Dezember verstarb unser
 Mitglied
Paul Vertun
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute,
 Freitag, den 29. Dezember, nach-
 mittags 2 1/2 Uhr, von der Halle
 des St. Vinz-Friedhofes in Wil-
 helmshagen aus statt.
 64/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
 Dem Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Metall-
 dreher
Fritz Mehnert
 am 23. d. M. am Herzschlag
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 153/13 Die Ortsverwaltung

Am 25. 12. früh entschlief nach
 kurzem schmerzlichen Leiden mein
 Mann, unser lieber Vater, der
 Mineralwasserfabrikant
Hermann Fanselow
 im 55. Lebensjahre. 1282D
 Dies zeigen tiefbetrübt an
Antonie Fanselow
 nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet am Frei-
 tag, den 29., nachmittags 3 Uhr,
 von der Halle des neuen Luisen-
 Kirchhofes am Fürstendammer
 Weg aus statt.

Allen Freunden und Bekannten
 die traurige Nachricht, daß mein
 lieber Mann, unser guter Vater,
 Schwiegervater und Großvater,
 der Tapezierer
Adolf Haube
 am 26. Dezember verstorben ist.
Familie Haube,
 Köpenicker Str. 191.
 Die Beerdigung findet am
 30. Dezember 1911, nachmittags
 3 Uhr, von der Leichenhalle des
 Emmaus-Kirchhofes, Hermann-
 straße, aus statt.

Verband der Branerei- und
Mühlensarbeiter und verwandter
Berufsgenossen.
 Zahlstelle Berlin.
 Am 27. Dezember 1911 ist
 unser Mitglied, die Kollegin,
 Kaufmännin Frau
Hedwig Tepper
 (Rindbrauerei)
 gestorben.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonnabend, den 30. d. M.,
 mittags 1 Uhr, von der Leichen-
 halle des Rixdorfer Gemeinde-
 Friedhofes, Mariendorfer Weg,
 aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
 Für die überaus große Beteiligung
 bei der Beerdigung meines unver-
 gesslichen Mannes sagen wir allen
 Verwandten und Bekannten sowie
 dem Bahnerverein, dem Verband der
 Freien Schankwirte, Sparverein
 „Prozent“, der Jugendbewegung auf
 diesem Wege unseren tiefgefühltesten
 Dank.
Elise Warsow nebst Kindern.

Arbeiter-Radfahrer-
Bund Solidarität.
 Ortsgruppe Berlin.
Touren
 zum 1. Januar 1912.
 2. Abt.: 2 Uhr: Tiergarten, Wil-
 helmshof. Start: Schönleinstr. 6.
 3. Abt.: 1 Uhr, 5. Abt.: 2 Uhr:
 Wlbershof (Wollstein).
 4. Abt.: Am 31. Dez.: Strelitz
 durch den Osten (Endziel Neukölln).
 Am 1. Jan., 1 1/2 Uhr: (Fuhrour)
 Wilhelmshagen (früher Trinitatis).
 6. Abt.: 1 Uhr: Tiergarten.
 7. Abt.: 2 Uhr: Waldmannslust
 (Schweizerhäuserchen).
 Start an den bekannten Stellen.
 Heute 9 Uhr: Fahrtrichtung
 bei Lehmann, Stralauer Brücke 3.
 Erscheinen unbedingt notwendig.
 Ortsgruppe Lichtenberg.
 Am 31. Dez., 2 Uhr: Kärenfelde
 (Schnider); bei schlechtem Wetter
 per Bahn. 3 1/2 Uhr: Bahnhof
 Lichtenberg. 5 1/2 Uhr: Für Rad-
 fahrer. 12/14

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am
 Moritzplatz
 10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4.

Tyloßbräu.
Flößfärberei
 sind **Wolfs-**
nemig Alkohol.
Die Qualität ist fursorgend!

Schallplatten
 Verleih-Institut.
 Auch nach auswärt. Prosp. gratis.
Karl Borbs, Berlin 69
 Neue Königstrasse 35.

Zigarren- W. Herbst
 Fabriken
 gegr. 1862 — Tel.: IV, 3873.
BERLIN SW., Ritterstr. 83
 Erstklassige Ware. Zigarren-
 händlern bestens empfohlen.
 — Tarifarbeit.

Für
Silvester
 empfohlen wir
Lebende Spiegel- und
Schuppenkarpfen
 80—100 Pf.
 Dampfscherei-Gesellschaft
„Nordsee“
 Stadtbahnhof Börse
Siskarpfen 65 Pf.

Réunion-Cigaretten
 Für die Qualität der Fabrikate
 bürgt der Name **„Réunion“**
 Spezialmarken:
 Vneta 8b 2 Pfg.
 Lookout 3 -
 Flagship 4 -
 Vneta-Crème 5 -

Bock-Bier :: **Ausstoß**
 beginnt
Berg-Brauerei **Sonnabend,**
30. Dezbr.
Weißensee, Berliner Allee 211/215
 1283L Telephon No. 2

Ohne jede Anzahlung
Pianos
 eraklassisches Fabrikat
 (Unal prämiertes Staats-
 medaille) in allen Holz-
 und Stilarten von
 wunderbarer Tonfülle.
 (Flügelton) gegen kleinmonatliche Teilzahlung
 ohne jeden Preisaufschlag.
 Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nechtg. Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
 Auch Sonntags geöffnet.

Für Silvester!
 Für den Familienkreis.
Likör-Essenzen
 zur leichtesten Selbstherstellung für
 jedermann. Hervorrag. Liköre, Punsch,
 Sortiment (12 Flaschen) für 10 Mark.
 Unübertreffl. Qualitäten, für 12 Liter
 ausreichend, nur 2.75 Mk. franco
 überalhin. Jeder Versuch gelingt!
Dr. G. Weishrod & Co.
 Berlin 58, Graefenhagener Straße 70.

Zum Silvester empfiehlt
Punsch, Rum etc.
 Wein-Großhandlung und Likör-Fabrik
Jgnatz Sello.
 In meinen Filialen Einzelverkauf zu Engrospreisen.
 Achten Sie bitte genau auf meine Firma.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 20. Dezember 1911.
Urania. Taubenstraße 48/49.
 Lebende Tierbilder von nah und fern.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 R. Cyrenhand. Königlicher Hoftheater.
 R. Schauspielhaus. Die glückliche Hand.
 Deutsches. Offiziere.
 Gabeland. Spezialitäten.
 Jürges Busch. Gala-Vorstellung.
 Jürges Schumann. Gala-Vorstellung.
 Anfang 8 Uhr.
 Urania. Taubenstraße 48/49.
 Aus dem Leben des Meeres.
 Neues Kgl. Operntheater. Geschlossen.
 Kammertheater. Samurän.
 Kurfürstentheater. Philemon und Baucis.
 Berliner. Die Wagnersgalerie.
 Lessing. Gubrun.
 Komische Oper. Nigolotto.
 Neues Schauspielhaus. Agnes Bernauer.
 Westen. Jolinda.
 Residenz. Ein Walzer von Chopin.
 Neues Operetten. Eva.
 Königgräzer Straße. Die fünf Hühner.
 Kleines. Jolinda's Geburtstag.
 Geny und Janny Nyer. Heden-
 job.
 Schiller O. Es lebe das Leben.
 Schiller. Charlottenburg. Die
 Hölle.
 Friedrich. Wild. Schauspielhaus.
 Bonaparte und seine Frauen.
 Hofe. Faust I. Teil.
 Metropole. Die Nacht von Berlin.
 Schauspielhaus. Die Vergnügungs-
 reise.
 Trianon. Das kleine Café.
 Thalia. Volkische Wirtschaft.
 Luise. In Dunkel gehüllt.
 Casino. Der Kampf ums Dasein.
 Apollo. Spezialitäten.
 Wagner. Spezialitäten.
 Herrnsfeld. Schmerzlose Behandlung.
 Das Kind der Firma.
 Reichshallen. Steintiner Säng.
 Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
 Wintergarten. Spezialitäten.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 4 Uhr:
 Lebende Tierbilder von nah u. fern.
 8 Uhr Dr. Berndt zum erstenmal:
 Aus dem Leben des Meeres.

Residenz-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.
 Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.
 Sonntag, 31. Dez. (Silvesterabend)
 7 Uhr: Ein Walzer von Chopin.
 Sonntag, 31. Dez. (Silvesterabend-
 mittag) 3 Uhr: Volksspiel: Nach
 dem Opernball. In der Sil-
 berrnacht. Der selige Otfade.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Abends 8 Uhr:
Die größte Liebe.
 (Der Lumpenpastor.)
 Schauspiel in 5 Akten von H. Zober.
 Sonnabend 4 Uhr: Eidiönig und
 Goldprinzchen. 8 Uhr: Faust.
 Sonntag 3 Uhr: Faust. 8 Uhr:
 Der Kampf gegen den Ruh.

Apollo Theater
 Abends 8 Uhr
Die sensation. Spezialitäten
 9 Uhr:
Harry Walden
 in
Brettlingen.

Metropol-Theater.
Die Nacht von Berlin!
 Große Jahresrevue in 7 Bildern von
 Karl Freund. Musik von G. Hoffänder.
 In Szene gesetzt vom Dir. A. Schulz.
 Anfang 8 Uhr. Reuehen gefaltet.
 Am 31. Dezember: Gr. Silvester-
 feier.

Herrnsfeld Theater
 Noch nie dagewesener Erfolg:
**Das Kind
 der Firma.**
 Hierzu: Schmerzlose Behandlung.
 Sonntag, den 31. Dezember cr.:
**Große Silvester-
 Vorstellung**
 von 8 Uhr abends bis 4 Uhr früh.
 Reuehen-Programm orig. Art:
 Das Kind der Firma. Schmerzlose
 Behandlung. Orig. Klabin-Partie.
 Fest-Prölog. Fanfaron-Groß.
 9 Uhr nachts:
Silvester-Kabarett.
 Billetts für sämtliche Vorstel-
 lungen bis Neujahr
 bereits zu haben.

Passage-Theater.
 Das große Festprogramm.
**Der Triumph der
 Schönheit!**
 Lebende Kunstwerke
Claire Waldoff
 Der taplere Herr Angstlich
 Burlesk-Sketch mit
 Georg Kaiser u. W. Goldmann
 in den Hauptrollen
 und 12 Varietè-Sensationen.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Säng.
 Gastspiel
**Robert
 Steidl.**
 Sonntag,
 31. Dez.:
**Große Silvester-
 Ulk-Soiree** mit Tanzkränzen.

Theater des Westens.
 8 Uhr: **Saturnia.**
 Sonntag u. Mittwoch 4 Uhr: **Wag
 und Woriu.**
 Sonntag zum erstenmal: **Wiener
 Stut.** Akt 7 Uhr.
 Sonntag, nachm. 3 und Mont. nachm.
 3 1/2 Uhr: **Saturnia.**
Belle-Alliance-Theater.
 Täglich 5 1/2 Uhr:
Die schöne Rolotte.
 Sonnabend, 30. Dez. letzte Kinder-
 vorstellung: **Der rührende.**

Midgets Town
 Hauptstadt von Laliput
 mit ihren 70 Bewohnern
 Friedrichstraße 165, in den Räumen von Gustav Panoptikum.
 Geöffn. von 2 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends.
 Entree lobgriffen Varietè- und heitere Unterhaltungs-Vorstellungen.
1 Mark.
 Zirkus Extra-Entree. Zirkus Extra-Entree.

Union-Theater
 Direktion: Willy Cromer.
Jack Johnson
 der Vertreter der
 schwarzen Rasse
 wird
 ab Dienstag,
 den 2. Januar,
 mit dem
 Welt-Champion
Tim Jeffries
 boxen.
Warnung! Es wird surzeit ein Film „Boxerkampf des
 Negers Johnson“ verschiedentlich dem
 Publikum vorgeführt, der die kinematographische Auf-
 nahme eines tagessgeschichtlich und sportlich recht un-
 bedeutenden Kampfes Johnsons mit dem Boxer Burns
 in London 1908 bildet. — Wir halten uns verpflichtet, alle
 Interessenten des Boxerkampfes darauf aufmerksam zu
 machen, daß jener Film nicht mit dem von uns editierten
 Kinematogramm
Champion-Match Johnson-Jeffries
 verwechselt werden darf, der s. Z. in Reno (Amerika) vor
 mehr als 50 000 Zuschauern stattfand und über dessen
 hochdramatischen Ausgang alle Zeitungen der ganzen
 Welt berichteten.
 Die Vorführung dieser einzigartigen kinematographischen
 Aufnahme wurde durch die Berliner Zensurbehörde
 verboten.
 Die Direktion der Union-Theater erhoht Widerklage und
 erwirkt durch Beschluß des Oberverwaltungsgerichts die
 Aufhebung dieses Zensurverbotes. Die Vorführung dieses
 Sensationsfilms ist also endgültig
 freigegeben.

A Mords Gaudi!
**Ober-Bayern
 Sport-Palast**
 Potsdamerstr. 72.
 Heute Anfang 8 Uhr abends. Schluß 8 Uhr
 morgens. — Eintritt 50 Pf. — Voller Betrieb.
 5 Musikkapellen. Jodler und Schuhplattler.
Sonntag von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens
Silvester in Oberbayern
 12 Uhr Monstertusch v. 6 Kap. Festrede des fidalen Kamberger.
Riesengaudi.
 Schneefall in der Neujahrnacht — der Jodler auf der Alm!
 Der Alpensteg! Zwei Tanzplätze, auf der Tanne und im Seel.
 Rodelbahn — Tuffelrad usw. im Festschmuck.
 Eintritt M. 1.— Tische bestellen! Tageskasse 10—2 Uhr.
Trianon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.
 Sonntagvormittag: **Francillon.**
Berliner Ulk-Trio
 Rixdorf-Berlin. Lahnstr. 74, 1.

SARRASANI
 Premiere Schönhauser Allee
4. 8 Minuten vom Alexanderpl.
 18 Minuten vom Spittelmarkt.
 20 Minut. vom Potsdamerpl.
 Vorverkauf: Sämtliche Billetverkauf-
 stellen von A. Wertheim.
 Januar, 7 1/2 Uhr

Pracht-Säle Alt-Berlin
 Blumenstraße 10 Neben dem Residenz-Theater
 sind die besten
Versammlungssäle des Ostens.
 Im neuerrbauten Theater-Seal täglich: 6311.
 Konzert, Theater und Spezialitäten.

Casino-Theater
 Lothring. Str. 37. Anfang 8 Uhr
Der größte Theatererfolg!
 Täglich andoverkauft
Der Kampf ums Dasein.
 Kitzend! Dem heutigen Leben ent-
 nommen.
 Kitzend! In jeder Hinsicht!
 Sonntag u. Montag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Tochter des Sträflings.

Boigt-Theater.
 Gesundbrunnen Badstraße 68.
 Freitag, den 22. Dezember 1911:
Der Goldonkel.
 Volksstück mit Gesang in 7 Bildern
 von Emil Geil.
 Reuehenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Admiralspalast
 Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
 Nachmittags um 5 Uhr
 Das
**Weihnachts-Märchen
 Schneewittchen.**
 Abends:
**Das prachtvolle Eisballett
 Alpenzauber.**
Die kleine Charlotte
 Apachentänze — Pushballspiele.
 Bis 6 Uhr u. von 10 1/2 Uhr abends
 halbe Kassenpreise.
 Restaurant I. Ranges.

Voranzeige.
**Große
 Silvester-Feier
 mit Ball.**
 2 Tanzplätze in der Eis-Arena.
**Ballmusik: 2 Orchester mit
 Leit. Jul. Einödshofer**
**Ueberraschungen
 auf Ueberraschungen.**
 Vorverkauf und Tischbestel-
 lungen bei A. Wertheim G. m.
 b. H., Invalidendank und an
 der Kasse der Eis-Arena.

1. Admiralsredoute
 Sonnabend, den 13. Januar.

Zirkus Busch
 Heute, abends 7 1/2 Uhr:
**Der mysteriöse Billardspieler
 Norman Tolma,
 Hektor und Lolette.**
 Equilibristen.
 Herr Ernst Schumann, Meister-
 dressuren. 8 Geschw. Blumen-
 feid, Reikimastlerinnen. Zwarg-
 clown Francois.
 Um 9 1/2 Uhr zum 82. Male:
 Origin-
 Aus-
 stattungs-
 stück des
**Zirkus
 Busch**
 in
 5 Bildern.

Zirkus A. Schumann
 Heute abend 7 1/2 Uhr:
**Gala-
 Vorstellung**
 Reichhaltiges
 Programm.
 Nur noch kurze Zeit
1000 Jahre
 auf dem
Meeresgrund

Königstadt-Kasino.
 Gef. Holzmarkt u. Regenerstraße
 Vom 16. Dez. bis 1. Januar.
 Tägl. 4 3/4 Uhr: Das erklaffte
 Spezialitäten-Prögr. u. das gr.
 Volksstück in 3 Bildern
Goldene Träume.

Folies Caprice.
 Täglich abends 8 Uhr:
Waffenübung.
 Wandelblütz Boiterabend.
Loßgelassen.

Passage-Panoptikum.
 Während der Weihnachts-
 ferien vom 17. Dez. bis inkl.
 7. Januar:
Volkstage.
 Jedermann ein Kind frei.
 Jedes Kind erhält ein Geschenk.
 Bei den Feuerfressern.
Lebend! Lebend!
 Die wilden Essmanns
 Karawane sudanesischer
 Heul- und Feuer-Fakire in ihrem
 Originaldorf.
Ohne Extra-Entree.

Woods Theater.
 Direktion: Robert Dill.
 Berlin N., Brunnentstraße 16.
**Der Herrgottschneider von
 Ammergau.**
 Geöffnet mit Ges. in 3 Vorstellungen.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Reuehen gefaltet.
 Sonntag, 31. Dez.: Gr. Silvester-
 feier! Theater. Reuehen gefaltet.